



Stenografischer Bericht

89. Sitzung

am Freitag, dem 4. Februar 2011,
in Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Erklärung außerhalb der Tagesordnung gemäß § 68 GO

Herr Prof. Dr. Böhmer (CDU)..... 5973
Herr Dr. Fikentscher (SPD)..... 5974

Schlusswort des Präsidenten

Präsident Herr Steinecke..... 5975

TOP 15

Beratung

Abschlussbericht der Enquetekommission „Die Gestaltung einer zukunftsfähigen Personalentwicklung im öffentlichen Dienst des Landes Sachsen-Anhalt“

Beschluss des Landtages - **Drs. 5/21/638 B**

Beschlussempfehlung der Enquetekommission - **Drs. 5/3020**

Frau Rotzsch (Berichterstatlerin)..... 5931
Frau Dr. Paschke (DIE LINKE)..... 5932
Frau Fischer (SPD)..... 5934
Herr Dr. Schrader (FDP)..... 5936
Herr Tullner (CDU)..... 5937
Minister Herr Bullerjahn..... 5939

TOP 25

Beratung

Rückkehr von sachsen-anhaltischen Lehrerinnen und Lehrern aus anderen Ländern erleichtern

Antrag der Fraktion der FDP - **Drs. 5/3084**

Herr Kley (FDP)..... 5941, 5946
Ministerin Frau Prof. Dr. Wolff..... 5943
Frau Mittendorf (SPD)..... 5944
Herr Höhn (DIE LINKE)..... 5945
Herr Dr. Schellenberger (CDU)..... 5945

Beschluss..... 5946

TOP 26

Beratung

Nordverlängerung der A 14 zügig realisieren

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
- **Drs. 5/3085**

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
- **Drs. 5/3118**

Herr Güssau (CDU)	5947, 5955
Minister Herr Dr. Daehre.....	5950
Herr Dr. Schrader (FDP).....	5951
Herr Doege (SPD).....	5953
Herr Dr. Köck (DIE LINKE)	5954
Herr Gallert (DIE LINKE).....	5957, 5958, 5959
Frau Dr. Hüskens (FDP).....	5958
Herr Wolpert (FDP).....	5958
Herr Gürth (CDU).....	5959
Beschluss	5960

TOP 27

Beratung

**Planfeststellungsverfahren für den
Schleusenkanal Tornitz (Saale-Seiten-
kanal) nicht gefährden**

Antrag der Fraktion der FDP - **Drs. 5/3083**

Herr Dr. Schrader (FDP)	5961, 5970
Minister Herr Dr. Daehre.....	5964
Frau Budde (SPD)	5966
Herr Dr. Köck (DIE LINKE)	5967, 5969
Herr Doege (SPD).....	5968
Herr Scheurell (CDU).....	5969
Beschluss	5970

TOP 30

Beratung

**Behandlung im vereinfachten Verfahren
gemäß § 38 Abs. 3 GO.LT (Konsensliste)
- Drs. 5/3096**

Modellprojekte für Schülergerichte

Antrag der Fraktion der FDP - **Drs. 5/40**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für
Recht und Verfassung - **Drs. 5/3018**

(Erste Beratung in der 3. Sitzung des Land-
tages am 09.06.2006)

**Öffnung der Ehe für Personen gleichen
Geschlechts**

Antrag der Fraktion DIE LINKE - **Drs. 5/2791**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für
Recht und Verfassung - **Drs. 5/3019**

(Erste Beratung in der 80. Sitzung des Land-
tages am 10.09.2010)

**Konzept zur Neuausrichtung von Aus-
steigerprogrammen**

Antrag der Fraktion der FDP - **Drs. 5/2808**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für
Inneres - **Drs. 5/3050**

(Erste Beratung in der 79. Sitzung des Land-
tages am 09.09.2010)

Beschluss.....5973

TOP 31

Zweite Beratung

**Gesetzliche Regelung zur anonymen Ge-
burt**

Antrag der Fraktion der FDP - **Drs. 5/21**

**Legalisierung der anonymen Geburt in
Deutschland**

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS
- **Drs. 5/34**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für
Recht und Verfassung - **Drs. 5/3109**

(Erste Beratung in der 3. Sitzung des Land-
tages am 09.06.2006)

Frau von Angern (Berichterstatteerin).....5972

Beschluss.....5972

Beginn: 9.03 Uhr.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hiermit eröffne ich die 89. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der fünften Wahlperiode. Dazu begrüße ich Sie alle herzlich.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Wir setzen nunmehr die 46. Sitzungsperiode fort und beginnen, wie vereinbart, mit dem Tagesordnungspunkt 15. Danach folgt der Tagesordnungspunkt 25.

Ich rufe jetzt den **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Beratung

Abschlussbericht der Enquetekommission „Die Gestaltung einer zukunftsfähigen Personalentwicklung im öffentlichen Dienst des Landes Sachsen-Anhalt“

Beschluss des Landtages - **Drs. 5/21/638 B**

Beschlussempfehlung der Enquetekommission - **Drs. 5/3020**

Ich bitte zunächst Frau Nicole Rotzsch, als Berichterstatterin das Wort zu nehmen. Bitte schön, Frau Rotzsch.

Frau Rotzsch, Berichterstatterin der Enquetekommission „Die Gestaltung einer zukunftsfähigen Personalentwicklung im öffentlichen Dienst des Landes Sachsen-Anhalt“:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der vorliegenden Drucksache erstattet die Enquetekommission „Die Gestaltung einer zukunftsfähigen Personalentwicklung im öffentlichen Dienst des Landes Sachsen-Anhalt“ dem Landtag ihren Abschlussbericht für die Zeit vom 19. Oktober 2007 bis zum 31. Dezember 2010. Als Vorsitzende der Kommission freue ich mich, diesen Bericht heute erstatten zu dürfen. Damit verbunden ist die Würdigung der letztlich sehr umfangreichen und anspruchsvollen Arbeit der Kommission, was ich hiermit vorab unterstreichen möchte.

Die Enquetekommission hat ihre Arbeit zum 31. Dezember 2010 beendet. Der primäre Auftrag im Sinne des Einsetzungsbeschlusses war es, die gesamte Landesverwaltung anzuhören, um einerseits eine Bestandsaufnahme des Status quo zu ermitteln und andererseits unter Berücksichtigung der Skizzierung absehbarer Entwicklungen, der zu erfüllenden Aufgaben, der finanziellen Rahmenbedingungen und der Bevölkerungsentwicklung Handlungsempfehlungen für eine zukunftsfähige Personalentwicklung des Landes Sachsen-Anhalt zu unterbreiten.

Über den Status quo hat die Enquetekommission dem Landtag in ihren vier Zwischenberichten bereits ausführlich berichtet und auftretende Problematiken mit entsprechenden Vorschlägen untersetzt. Die sich daraus abzeichnende aktuelle Situation in der Landesverwaltung wurde im vorliegenden Abschlussbericht sowohl thematisch als auch institutionell zusammenfassend dargestellt, um eine solide Grundlage für die Beantwortung der zwölf Fragestellungen des Einsetzungsbeschlusses herzuleiten.

Die Antworten darauf wurden - wie schon in den Zwischenberichten - im Konsens- bzw. Dissensprofil wiedergegeben. Zudem werden im Abschlussbericht allgemeine theoretische Grundlagen des Personalmanagements beschrieben, die als Basis für die Herleitung möglicher zukünftiger Entwicklungen des Landes Sachsen-Anhalt und dessen Landesverwaltung dienen.

Darüber hinaus wurden in Zusammenarbeit mit der Hochschule Harz im vorliegenden Bericht konkrete Handlungsempfehlungen für die künftige Personal- und Organisationsentwicklung in der Landesverwaltung aufgezeigt, die auf wissenschaftlichen Methoden basieren und einen Blick auf mögliche zukünftige Szenarien aus der Sicht der Wissenschaft ermöglichen.

Meine Damen und Herren! Dass ich Ihnen dieses sehr umfassende Dokument unterbreiten darf, ist jedoch nicht so selbstverständlich. Eine Menge Arbeit und ein enormer zeitlicher Aufwand liegen hinter der Kommission. Gestatten Sie mir deshalb an dieser Stelle einen kurzen Blick zurück.

Wie Sie sicherlich noch in guter Erinnerung haben, stieß der zur Einsetzung der Enquetekommission eingebrachte Antrag der Fraktion der LINKEN bei den anderen Fraktionen anfangs auf Skepsis. Dies zeigte sowohl die Debatte um die Einsetzung der Kommission, aber auch deren Abstimmungsergebnis.

Es wurde bemängelt, dass die Kommission hätte eingesetzt werden müssen, um ein Personalentwicklungskonzept zu erarbeiten, anstatt es im Nachhinein zu bewerten, zu begleiten und durch entsprechende Haushaltsbeschlüsse zu untersetzen. Skepsis wurde auch bezüglich der Aktualität der erhobenen Daten und der daraufhin zu treffenden Empfehlungen und Vorschläge durch die Kommission sowie der Einbringung dieser Erkenntnisse in das jeweilige Personalentwicklungskonzept geäußert.

Allen Fraktionen war jedoch von Anfang an bewusst, dass mit der Enquetekommission die angemessene Beteiligung des Parlaments an der Personalentwicklung des Landes sichergestellt werden würde und diese somit nicht allein der Landesregierung obliegt.

Mit dem Einsetzungsbeschluss lag - wie eingangs erwähnt - eine anspruchsvolle und umfangreiche Aufgabenstellung vor der Kommission. Nach kleineren Anfangsschwierigkeiten befand sich die Arbeit der Kommission jedoch schon nach kurzer Zeit, so denke ich, auf einem sehr guten Weg, Lösungsansätze und Vorschläge für einen zukunftsfähigen öffentlichen Dienst in Sachsen-Anhalt zu liefern. Die Kommission profitierte dabei auch von der Kooperation mit der Hochschule Harz, die als wissenschaftlicher Begleiter fungierte.

Die Arbeit in der Enquetekommission hat gezeigt, dass alle Fraktionen innerhalb eines gemeinsamen und fairen Diskussionsprozesses sachorientiert vorgegangen sind, um ihrem Auftrag gerecht zu werden.

(Herr Tullner, CDU: Sehr gut!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich gab es auch Probleme; denn nicht alles lief reibungslos bzw. es hätten bestimmte Dinge besser laufen können.

Beispielsweise wäre es aus der Sicht der Enquetekommission wünschenswert gewesen, dass sie bei der stetigen Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes und bei Gesetzesvorhaben insbesondere mit personal-

entwicklungstechnischem Bezug bereits im Vorfeld eingebunden worden wäre.

Im Rahmen ihrer Arbeit hat die Kommission auch mehrmals darauf hingewiesen, dass die gemeinsam erarbeiteten Empfehlungen, die vor allem auf qualitative Gesichtspunkte abzielen, stärker in die Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes hätten eingearbeitet werden sollen.

Die Empfehlungen gaben aus der Sicht der Kommission der Landesregierung die Möglichkeit, diese Gesichtspunkte angemessen zu berücksichtigen und die Arbeit der Enquetekommission verstärkt in die Personalentwicklung des Landes einfließen zu lassen. Die Impulse hätten aufgenommen werden sollen, vor allem weil diese Vorschläge auf der Basis von umfassenden Anhörungen der Ministerien, von Fachleuten und Interessenvertretungen entstanden sind.

Es darf und muss natürlich auch die selbstkritische Frage gestellt werden, was die Enquetekommission letztlich bewirkt hat. Im Grunde genommen hatte die Kommission - wie bereits beschrieben - zwei wichtige Funktionen: die Bestandsaufnahme der aktuellen Personalsituation im öffentlichen Dienst des Landes Sachsen-Anhalt und den damit verbundenen Diskussions- und Lösungsfindungsprozess in der Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes.

Durch die Einsetzung der Enquetekommission wurde eine umfassende und intensive Diskussion über eine qualitativ und quantitativ ausgewogene Personalentwicklung ermöglicht. Das Thema Personal konnte somit in seiner Gesamtheit betrachtet werden, wodurch sichergestellt wurde, dass die Personalentwicklung nicht im politischen Tagesgeschäft untergeht.

Neben ihrer Aufgabenstellung hat die Enquetekommission zusätzliche Innovationen und zu berücksichtigende Überlegungen in den Diskussionsprozess eingebracht. Insbesondere die Erkenntnisse des Erfahrungsaustausches mit Vertreterinnen und Vertretern anderer Bundesländer bei den veranstalteten Workshops sowie wissenschaftlich fundierte Darstellungen und Berichte innerhalb der Strukturierungsphase wurden dabei aufgegriffen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Enquetekommission hat letztlich - diesbezüglich spreche ich im Sinne aller Beteiligten - wichtige Beiträge in der weiteren Diskussion über ein zukunftsfähiges Personalmanagement im öffentlichen Dienst des Landes Sachsen-Anhalt geliefert bzw. angestoßen.

Ich denke, die Arbeit in der Kommission hat deutlich gezeigt, dass die Diskussion über eine zukunftsfähige Personalentwicklung im öffentlichen Dienst nicht allein auf den notwendigen Stellenabbau und entsprechende Einsparungen reduziert werden kann. Hinsichtlich der Personalentwicklung sind in deutlich höherem Umfang als bisher auch qualitative Gesichtspunkte einzubeziehen.

Ohne Fort- und Weiterbildung, Leistungsanreize, Motivation, Wissenstransfer und Gesundheitsmanagement ist die Sicherung der Handlungs- und der Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Zukunft nicht möglich. Daher ist die Personalentwicklung des Landes Sachsen-Anhalt nicht nur als finanzpolitische, sondern vor allem als Gestaltungs- und Entwicklungsaufgabe für die Zukunft unseres Landes zu begreifen.

Darüber hinaus sind sich alle Kommissionsmitglieder einig, dass Veränderungen der Personalbedarfe in bestimmten Bereichen nicht zulasten anderer Bereiche gehen dürfen. Eine aufgabengerechte und gesetzmäßige Verwaltung muss in allen Bereichen zu jeder Zeit sichergestellt werden.

Abschließend, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich im Namen der Enquetekommission den beteiligten Ministerien, unserem wissenschaftlichen Referenten der Enquetekommission Herrn Wilke und unserer Ausschusseksretärin Frau Lorenz für die konstruktive Zusammenarbeit danken. Insbesondere gilt unser Dank den zu den Anhörungen und Workshops geladenen Referentinnen und Referenten für die sehr interessanten und anregenden Referate. Sie alle haben uns wichtige Hinweise und Denkanstöße für unsere Arbeit in der Kommission gegeben.

Des Weiteren möchte ich mich bei der Hochschule Harz, vor allem bei dem Dekan des Fachbereichs Verwaltungswissenschaften Herrn Professor Dr. Stember für die intensive Begleitung und Unterstützung der Arbeit der Enquetekommission bedanken.

Mein persönlicher Dank gilt den Kommissionsmitgliedern und den Sachverständigen der Fraktionen für die sehr angenehme und sachliche und auch konstruktive Arbeit in der Kommission.

Ich bitte das Hohe Haus, den vorliegenden Abschlussbericht zur Kenntnis zu nehmen, und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Rotzsch. - Wir kommen jetzt zu den Beiträgen der Fraktionen. Vorher habe ich noch die Freude, Damen und Herren von der Bildungsgesellschaft Magdeburg auf der Südtribüne zu begrüßen.

(Beifall im ganzen Hause)

Nun spricht für die Fraktion DIE LINKE Frau Dr. Paschke. Bitte schön.

Frau Dr. Paschke (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mit dem Dank anfangen. Nachher habe ich dafür vielleicht keine Zeit mehr, aber er ist wichtig. Mein Dank gilt meinen Kommissionsmitgliedern, vor allem meiner Ausschussvorsitzenden Frau Rotzsch, die insbesondere in den ersten Monaten sehr navigationsfest in relativ unbekanntem Gewässern sein musste.

(Beifall im ganzen Hause)

Dank der Hochschule Harz, insbesondere Herrn Professor Stember, unserem wissenschaftlichen Referenten Herrn Wilke und - das möchte ich anschließen - unserer Ausschusseksretärin Frau Lorenz. Letztere weiß natürlich, wie Politik tickt. Bei Ersteren mussten sich Wissenschaft und Politik zunächst einmal annähern, was man mit gegenseitigem Willen dann auch hinbekam.

Dank auch dem Finanzminister. Warum?

(Minister Herr Bullerjahn: Oh! - Herr Miesterfeldt, SPD: Was? - Heiterkeit - Unruhe)

- Nun rutschen Sie nicht gleich vom Stuhl, Herr Finanzminister.

(Heiterkeit - Beifall bei der LINKEN - Minister Herr Bullerjahn: Mache ich doch gar nicht!)

Erstens. Er hat uns allein mit der Vorlage des ersten PEK im Jahr 2007 den Anlass gegeben, die Personalpolitik aus einem jahrelangen parlamentarischen Tiefschlaf zu holen.

Wir erinnern uns: Jeweils nur alle zwei Jahre wurde dieser Tiefschlaf durch das Parlament unterbrochen, nämlich wenn es um die Haushaltsdebatten ging. Das ist aber nicht angemessen bei einem Personalkörper von ca. 60 000 Bediensteten und einem Haushaltsvolumen, das jetzt fast ein Drittel des Gesamtvolumens umfasst.

Zweitens. Wir danken dem Finanzminister auch deshalb, weil im Verlaufe der Fortschreibung der Konzepte und der Diskussion dazu immer deutlicher wurde, dass hehre Ziele in der Realität nicht so leicht umsetzbar sind. Der Zwischenbericht hat gezeigt, dass man an einen Punkt kommt, wo die Quadratur des Kreises nicht mehr funktioniert. Allein aus diesem Grund kam es im Jahr 2010 nicht zu einer Beschlussfassung im Hinblick auf das Personalentwicklungskonzept. Auch dies ist eine Lehre, die wichtig ist.

Drittens. Mit der Herangehensweise ist im Verlaufe der Zeit sehr eindrucksvoll bewiesen worden, dass Personalentwicklung nicht ausschließlich durch die Handschrift des Finanzministers betrieben werden kann. Sonst fallen alle Faktoren, die im weiteren Sinne die Qualität von zukunftsfähiger Personalentwicklung ausmachen, hinten runter.

Nicht nur einmal stöhnte der Finanzminister: Was denn? Bin ich jetzt auch für Gender zuständig?

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN - Herr Galtert, DIE LINKE: Auch!)

- Auch, aber nicht nur.

(Frau von Angern, DIE LINKE: Aber auch! - Zuruf von Herrn Miesterfeldt, SPD)

Mein Dank gilt den vielen Angehörten, die zum Teil von weit her angereist waren, um uns ihre Erfahrungen zu vermitteln. Ich denke, es gibt noch ein ganzes Paket von Dingen, von denen man lernen kann.

Dank auch den Sachverständigen. Ich meine, dass wir in der nächsten Legislaturperiode gemeinsam darüber nachdenken müssten, wie man deren Kompetenz noch besser einbinden kann. - Jetzt ist genug gedankt.

(Frau Weiß, CDU, lacht)

Meine Damen und Herren! Ich möchte nun in einem zweiten Teil meiner Rede einige Grundsätze nennen, die sich für die Fraktion DIE LINKE im Verlaufe der Arbeit der Enquetekommission herauskristallisiert haben.

Ich erinnere daran, dass wir seit dem zweiten Zwischenbericht daran gearbeitet haben, dass wir sowohl gemeinsame als auch fraktionsspezifische Empfehlungen geben konnten. Deshalb gibt es in dem Bericht der Enquetekommission kein Sondervotum, wohl aber alle Sichten.

Die Fraktion DIE LINKE meint erstens, es muss unser Anspruch sein, den Personalbestand am derzeitigen Niveau der Aufgabenerfüllung zu orientieren und den Personalbestand schrittweise zu stabilisieren. Bereits jetzt

tun sich Defizite in vielen Bereichen auf, auch in Bereichen, die unmittelbar Serviceleistungen für Bürger realisieren. Ich denke dabei nur an die Sozialagentur und an die öffentliche Sicherheit. Deshalb sind wir nach wie vor der Überzeugung, dass im Rahmen der Ausweisung bei Titelgruppe 96 nicht nur der Zeitpunkt des Renten- bzw. Pensionseintritts klargestellt werden muss, sondern dass auch der Aufgabenverbleib beschrieben werden muss: Fällt die Aufgabe weg? Wer übernimmt sie dann? Oder wird sie reduziert?

Das Land kann nicht den Anspruch erfüllen, auf 19 Beschäftigte pro 1 000 Einwohner kommen zu müssen, gleichzeitig aber von 3 000 Lehrern mehr sprechen, wobei jede Partei im selben Atemzug in ihre Wahlprogramme hineinschreibt: mehr Polizisten - sehr stark bei der CDU ausgeprägt - oder Entwicklung der sozialpädagogischen Betreuung und Entwicklung der pädagogischen Mitarbeiter, sehr stark im SPD-Wahlprogramm fixiert. Weil Sie wissen, dass dies so nicht aufgeht, haben Sie es im Jahr 2010 nicht als PEK beschlossen und die Zielzahl 19 wohlweislich auch nicht in die Wahlprogramme hineingeschrieben.

Zweitens. Eine grundsätzliche andere Auffassung vertreten wir zu der notwendigen Anzahl und zu dem Zeitpunkt der Neueinstellungen. Angesichts des rapiden Absinkens des Nachfragepotenzials in den nächsten Jahren auf ein Zehntel, wenn man vom Stand 2006/2007 ausgeht, müssen wir mehr Einstellungen realisieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist eigentlich nicht zu glauben, dass in einem Wahlprogramm steht, die Wirtschaft werde aufgefordert, den jungen Menschen eine Zukunft zu geben, und dass darin kein Wort dazu steht, dass wir selbst Arbeitgeber sind und dass wir unseren Ausgebildeten eine Zukunft geben.

(Beifall bei der LINKEN)

In dem Abschnitt steht dazu null, nichts.

(Herr Grünert, DIE LINKE: So sind sie!)

Gleichzeitig muss man sagen, dass wir im Landesverwaltungsamt nach wie vor - auch im Jahr 2010 nicht - keine Verwaltungsfachangestellten ausbilden und dass wir junge Leute, wenn wir sie einstellen, mit der Entgeltgruppe E 3 wie Unqualifizierte eingruppieren. Das, meine Damen und Herren, heißt nicht Zukunftsfähigkeit für junge Leute.

(Beifall bei der LINKEN)

Drittens. Wir brauchen - auch wenn es die Landesregierung nicht so sieht und wenn es die Koalitionsfraktionen nicht so sehen dürfen - einen Paradigmenwechsel in der Berufswerbung. Das Land muss sich geschlossen als attraktiver Arbeitgeber präsentieren. Diesbezüglich muss man in der Zukunft ressortübergreifend agieren; das haben uns andere Länder in der Enquetekommission sehr gut vorgeführt.

(Zuruf von Herrn Weigelt, CDU)

- Gut.

Viertens. Der Grundsatz des lebenslangen Lernens ist durch eine zukunftsfähige, attraktive Weiterbildung zu gewährleisten. Wissenstransfer zwischen den Generationen, zeitnahe und anwendungsfähige Qualifikationen und mehr Verbindlichkeit sind einige der Stichwörter.

Fünftens. Es bleibt dabei: Leistung soll sich auszahlen. Wir haben es nicht geschafft, die Ausschüttungspflicht bei Leistungszulagen und Erfolgsprämien im Gesetz zu verankern. Wir bleiben da aber dran.

Sechstens. Wir müssen das Gesundheitsmanagement qualifizieren. Was bisher dazu geleistet wurde, sollte ausgewertet werden und in die Weiterentwicklung einfließen. Es muss uns alarmieren, wenn fast 40 % aller Ausfälle durch Krankheit in den Bereichen psychische und Verhaltensstörungen einzuordnen sind. In diesem Zusammenhang brauchen wir einen Tiefgang der Analyse. Die Arbeitsverdichtung wird nicht die alleinige Ursache sein.

Siebtens. Gender Mainstreaming kann nicht nur die Aufgabe des Frauenressorts sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Diesbezüglich hat die Enquetekommission Defizite der letzten Jahre klar verdeutlicht. Diese Defizite sind ressortübergreifend abzuarbeiten, und das gemeinsam mit Expertinnen und Experten.

Achtens. Die Diskussion in der Enquetekommission hat deutlich gemacht, dass der Wunsch nach einem flexiblen Einstieg in den Ruhestand steigt, auch vor dem Hintergrund verschlechterter Rahmenbedingungen für Altersteilzeit und der Rente mit 67. In dieser Sache steht uns noch eine wichtige Entscheidung im Beamtenbereich bevor. Hierbei haben wir neue Ansätze zu bedenken, die in der Enquetekommission aufgezeigt wurden.

Neuntens. Die Enquetekommission hat verdeutlicht: Zerfaserte Zuständigkeiten für den komplexen Bereich der Personalentwicklung sind eine der Hauptursachen von Defiziten im Personalmanagement. Eine zukunftsfeste Personalpolitik funktioniert in immer stärkerem Maße durch Bündelung aller strategischen Personalfragen in einer Hand. Wir meinen, das sollte in einer für diese Aufgabe hochmotivierten und kompetenten Staatskanzlei passieren. In der nächsten Wahlperiode - darin sind wir uns fast alle einig - sollte Personalpolitik stringenter vom Parlament begleitet werden; denn es ist noch viel zu tun. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Dr. Paschke. - Für die SPD-Fraktion spricht nun Frau Fischer. Bitte schön, Frau Fischer.

Frau Fischer (SPD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Mit dem vorliegenden Abschlussbericht beendet nun die Enquetekommission „Die Gestaltung einer zukunftsfähigen Personalentwicklung im öffentlichen Dienst des Landes Sachsen-Anhalt“ mit dem Ende dieser Wahlperiode ihre Arbeit. Bevor ich zum eigentlichen Bericht komme, gestatten Sie mir einige grundsätzliche Bemerkungen.

Auslöser des Antrags der Fraktion DIE LINKE - das wissen Sie - war die Vorlage eines Personalentwicklungskonzepts durch die Landesregierung, dessen Erstellung durch das Finanzministerium vorgenommen worden war. Die Vorlage eines solch detaillierten und beispielgebenden Konzepts der Personalentwicklung im März 2007 bedeutete aus meiner Sicht den Beginn eines Diskus-

sionsprozesses zum Thema Personalentwicklung, in dessen Folge sich eine systematische und auch zielorientierte Auseinandersetzung mit diesem Thema einstellte. Damit wurde ein Wandel in der Personalentwicklung unserer Landesverwaltung vollzogen, indem alle Beteiligten auch ein höheres Maß an Sensibilität für diese Problematik entwickelten.

Die Landesregierung ist ihrer Aufgabe damit nachgekommen, Personalplanung transparent und auch langfristig darzustellen. Die jährliche Fortschreibung oder auch Anpassung des Konzepts ist ein zentrales Element. Es ist gewissermaßen ein lebendes Konzept. Die Arbeit daran ist nie abgeschlossen. Das heißt, es wird auch nie fertig sein.

Es ermöglicht aber, flexibel und damit rechtzeitig auf Entwicklungen und Bedarfe im Personalbestand zu reagieren. Das führt dann auch folgerichtig bei den bereits vorliegenden jährlichen Fortschreibungen zum Beispiel zu Veränderungen bei den Neueinstellungskorridoren, vorwiegend in den Bereichen Polizei und allgemeinbildende Schulen.

Aufgrund der Langfristigkeit der Projektion wird auch sehr deutlich, welche Folgen diese Entscheidungen für die zukünftigen Haushalte haben werden. Das heißt auch, meine Damen und Herren, mehr Planungssicherheit für uns, für das Parlament, und für die betroffenen Einrichtungen.

Nicht nur der Landtag sah sich mit einer neuen Situation konfrontiert, sondern, so denke ich, auch innerhalb der Landesregierung vollzog sich dahin gehend eine neue Arbeitsweise, eine neue Zusammenarbeit.

Personalentwicklung erfordert eine intensivere Diskussion zwischen den Ressorts. Das Kabinett war gezwungen, Schwerpunkte bei der Personalplanung zu setzen, sodass Entscheidungen zum Beispiel zugunsten der Bereiche Polizei oder Lehrerschaft zwangsläufig Anpassungen in den übrigen Zweigen der Verwaltung zur Folge hatten; denn an dem Ziel, im Jahr 2020 einen Personalbesatz von 19 Vollzeitäquivalenten pro 1 000 Einwohner zu haben, wird seitens der Landesregierung festgehalten. Auch die Fraktion der SPD steht uneingeschränkt dahinter.

(Zustimmung von Herrn Tullner, CDU)

Die Anpassungen in der Personalentwicklung müssen einen notwendigen Beitrag zur Konsolidierung der Landesfinanzen leisten. Auch wenn es von meiner Seite schon oft wiederholt wurde, möchte ich es trotzdem noch einmal betonen: An diesem Schritt - also der Konsolidierung - führt kein Weg vorbei. In diesem Falle dürfte man sogar sagen, er ist alternativlos, da die einzige Alternative der Verlust jeglichen finanziellen und politischen Gestaltungsspielraums für zukünftige Generationen, auch für die Parlamentariern in unserem Land bedeuten wird, und das stellt unsererseits eindeutig keine Alternative dar.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe bereits im Dezember des letzten Jahres im Plenum erklärt, dass ich dem Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Einsetzung einer Enquetekommission am Anfang sehr skeptisch gegenüberstand, weil ich - Frau Rotzsch sagte es schon - dafür keine Notwendigkeit sah. Ich dachte, man kann darüber genauso gut im Finanzausschuss oder in den anderen Fachausschüssen diskutieren.

(Zustimmung von Herrn Graner, SPD)

Ich habe aber sehr schnell erkennen müssen, dass die Beschäftigung mit den Fragen von Personal und Personalplanung nur in einem eigenständig arbeitenden Gremium sinnvoll ist.

Ich habe in meinem Redebeitrag vor der Einsetzung der Kommission damals ausgeführt, wenn es gelänge, die Bedeutung gut ausgebildeten und motivierten Personals im Bewusstsein aller Verantwortlichen zu verankern, dann wäre der Aufwand in der Enquetekommission auch gerechtfertigt. Meine Damen und Herren! Das ist gelungen und damit hat sich der Aufwand auch gerechtfertigt.

(Zustimmung von Herrn Tullner, CDU)

Die Enquetekommission war ein wichtiges Instrument, weil sie über alle Facetten des übergreifenden Themas Personal beraten hat. Im Zuge umfassender Anhörung wurde den Gewerkschaften und den Personalräten sowie verschiedenen Institutionen, Behörden, Einrichtungen und Fachverbänden Gelegenheit gegeben, ihre Positionen ausführlich darzustellen.

Die Enquetekommission hat sich in insgesamt vier Zwischenberichten nahezu allen Bereichen der Landesverwaltung gewidmet. Zentrale Bereiche waren, wie erwartet, die Polizei, namentlich der Polizeivollzug, und die Schulen einschließlich der Hochschulen.

Man kann ja auch einmal ein konkretes Beispiel nennen: Wir haben über die Verweildauer in der Bereitschaftspolizei diskutiert und dazu auch Empfehlungen abgegeben, weil diese unserer Meinung nach einfach zu lang ist. Wir haben dazu im Zweiten Zwischenbericht die gemeinsame Empfehlung abgegeben, dass diese Verweildauer zu verkürzen ist. Ich denke, mittlerweile kann dies auch umgesetzt werden - es ist noch nicht geschehen, kann aber Schritt für Schritt passieren -, weil der Einstellungskorridor im Polizeivollzugsdienst von 60 auf 180 erhöht wurde, sodass neue Anwärter für die Bereitschaftspolizei eingestellt werden können.

Die Beratungen in der Kommission fanden in einer fairen und sachlichen Atmosphäre statt. Es entstand eine Reihe gemeinsamer Empfehlungen, die aber natürlich nur den kleinsten gemeinsamen Nenner der vier Fraktionen abbilden können. In den vorgelegten Berichten werden die unterschiedlichen Ansätze und Auffassungen der Fraktionen deutlich. Ich bin sicher, Sie haben das sowohl in den Zwischenberichten als auch im Abschlussbericht nachvollzogen.

Die SPD-Fraktion bekennt sich zu einer modernen und leistungsfähigen Verwaltung. Dazu gehört auch eine angemessene Personalausstattung. Wir halten am Ziel der bereits mehrfach erwähnten 19 Vollzeitäquivalente auf 1 000 Einwohner im Jahr 2020 fest. Innerhalb dieses Rahmens sind Anpassungen selbstverständlich unerlässlich. Dem kommt die Landesregierung mit der jährlichen Fortschreibung nach.

Die zu formulierenden Stellenziele müssen zum einen die demografischen Entwicklungen berücksichtigen, andererseits aber auch Einrichtungen sichern, die unabhängig von der Bevölkerungsentwicklung vorzuhalten zu sind. Das bedeutet aber auch, dass bei der Festlegung von Schwerpunktbereichen andere Bereiche einem verschärften Anpassungsdruck unterworfen sind. Nur so können die Neueinstellungskorridore austariert werden.

Meine Damen und Herren! In den Beratungen der Enquetekommission haben die Mitglieder der SPD-Fraktion immer wieder auf drei besondere Möglichkeiten zur Effi-

zien- und Leistungssteigerung in der öffentlichen Verwaltung hingewiesen. Ständig auf der Tagesordnung steht erstens die Frage der Aufgabenkritik. Wir können uns eine überproportionale Personalausstattung nicht mehr leisten. Daher darf auch ein Aufgabenverzicht kein Tabu darstellen.

Es ist uns leider nicht gelungen, die Anforderungen des Personalentwicklungskonzepts mit einer umfassenden Aufgabenkritik und einem umfassenden Aufgabenverzicht zu verbinden, aber, ich glaube, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, das wäre vielleicht auch ein bisschen zu ehrgeizig gewesen. Das liegt auch daran, dass die Funktionalreform nicht die Ergebnisse erreicht hat, die wir uns eigentlich vorgestellt haben. Aus diesem Grund bleibt das Thema der Kommunalisierung von Aufgaben als Auftrag für die kommende Legislaturperiode unbedingt erhalten.

Der zweite Punkt, der uns sehr wichtig ist, ist die Kooperation mit anderen Bundesländern. Hierbei gibt es noch ungenutzte Synergieeffekte, deren Nutzung für uns unerlässlich ist. Deshalb bedarf es nicht bei Absichtserklärungen und Ankündigungen bleiben. Bereits begonnene Kooperationen müssen konsequent weiterentwickelt werden. Dies kann auch zur Bildung gemeinsamer Einrichtungen führen.

Der dritte Aspekt, der sich wie ein roter Faden durch die Stellungnahmen unserer Fraktion zog, betrifft die Notwendigkeit der Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten. Deren Bedeutung wächst vor dem Hintergrund sich rasch verändernder Aufgabenfelder, sodass eine schnelle und flexible Anpassung an sich fortschreitend wandelnde Rahmenbedingungen erforderlich ist.

Die erst kürzlich wieder aufgelebte Diskussion über den Länderfinanzausgleich hat außerdem noch einmal deutlich gemacht, dass Ländervergleiche notwendig sind, diese aber natürlich nur dann Sinn machen, wenn ein anerkannter Vergleichsmaßstab vorliegt, der einen Vergleich und damit verbunden eine Bewertung der Leistung von Landesverwaltungen ermöglicht. Ein Beispiel ist die Polizei; darüber haben wir gerade am Anfang lange diskutiert.

Wir stehen außerdem vor der Aufgabe, eine realistische Handlungsorientierung für die Landespolitik zu entwickeln. Der erste Schritt in diese Richtung wird die zügige Fortschreibung des Personalentwicklungskonzepts sein, deren Ergebnis bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2012/2013 Berücksichtigung finden muss.

Am Ende erwarten wir, die SPD-Fraktion, und, ich denke, auch alle Mitglieder der Enquetekommission, dass unsere gemeinsamen Empfehlungen in der Folgezeit, das heißt, nach der Landtagswahl, auch umgesetzt werden.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident! Die eigentliche Aufgabe besteht darin, die Verwaltung so zu gestalten, dass die bestehenden Aufgaben effizient erledigt werden können. Dies kann aber nur in Zusammenarbeit mit den Betroffenen, also auch den Beschäftigten, erfolgen. Das erfordert auch den Willen zur Kooperation. Dieser ist meiner Meinung nach aber überall vorhanden.

Wir werden uns künftig von der Vorstellung lösen müssen, dass es nur ein Modell bzw. nur ein Generalkonzept für alle gibt. Die Fortschreibung des PEK und die Arbeiten in der Enquetekommission haben deutlich gemacht,

dass unterschiedliche Voraussetzungen und Bedingungen auch unterschiedliche Lösungsansätze erfordern. Dabei sind natürlich kreative Lösungen erforderlich.

Der vorliegende Abschlussbericht kann nur eine Momentaufnahme bedeuten. Personalentwicklung wird auch in Zukunft eine zentrale Aufgabe der Landespolitik bleiben. Daran müssen Landtag und Landesregierung weiter gemeinsam arbeiten, um das Ziel der 19 Vollzeit-äquivalente pro 1 000 Einwohner im Jahr 2020 zu erreichen.

Für Politik, Verwaltung und Gesellschaft in unserem Land werden sich neue Aufgabenfelder und Herausforderungen ergeben. Dies muss und wird auch Auswirkungen auf das Personal haben. Der Landtag der sechsten Wahlperiode ist deshalb aufgefordert, die Arbeit der künftigen Landesregierung konstruktiv zu begleiten.

Der Stabilitätsrat hat Sachsen-Anhalt eine solide Haushaltspolitik bescheinigt. Dazu gehört auch das Personalentwicklungskonzept. Auf diesem Weg gilt es fortzufahren, damit unser Land handlungsfähig bleibt. Die Herausforderung, damit verantwortungsvoll umzugehen, bleibt bestehen und reicht über diese und die nächste Wahlperiode hinaus.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte der Vorsitzenden Frau Rotzsch herzlich danken, nicht nur für Ihre Moderation, sondern für die wirklich gekonnte Führung der Enquetekommission. Ansonsten schließe ich mich den Dankesworten von Frau Dr. Paschke an, die das sehr umfänglich gemacht hat. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Fischer. - Es folgt der Debattenbeitrag der FDP-Fraktion. Ich erteile Herrn Schrader das Wort.

Herr Dr. Schrader (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Dankesworte an diejenigen, die zum Gelingen der Enquetekommission beigetragen haben, sind genug gesprochen. Ich schließe mich diesen gern an. Frau Rotzsch, herzlichen Dank!

Eine moderne und effiziente Verwaltung ist nicht nur Ausdruck eines fortschrittlichen Staatswesens, sondern auch ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor. Eine funktionierende Verwaltung ist für den Menschen, für den einzelnen Bürger da und nicht umgekehrt. Sie fühlt sich dem Gemeinwesen verpflichtet und ist unanfällig für Korruption und Bestechung. Das mag sich ein bisschen komisch anhören, ist auf dieser Welt aber nicht normal. Wir in Deutschland und in Sachsen-Anhalt haben eine funktionierende Verwaltung; das muss man einfach einmal feststellen.

Für uns ist es selbstverständlich, dass beispielsweise Bauanträge neutral geprüft werden. Dafür werden wir von anderen Ländern beneidet. Die Hörfunkbeiträge von Baumann und Clausen bei SAW vermitteln da oftmals ein nicht sehr sachgerechtes Bild.

Natürlich kostet uns das auch etwas. Wir als Gesellschaft tragen die Kosten des Verwaltungsapparates, weil wir uns davon einen entsprechenden Nutzen, einen gesamtgesellschaftlichen Nutzen versprechen. Die ent-

scheidenden Fragen, die sich daraus ergeben, lauten jedoch: Welche und wie viel Leistungen wollen wir haben, und was lassen wir uns das kosten? - Diese Fragen müssen wir beantworten unter Rahmenbedingungen, die eine ehrliche Antwort zusehends schwerer machen; denn wir haben es mit Bevölkerungsschrumpfung zu tun, die Bevölkerung wird älter, die Solidarpaktmittel laufen aus. Und: Was machen andere Länder?

Der Finanzminister hat seine Antwort dazu gegeben. Sie lautet: 19 - 19 Vollzeitäquivalente auf 1 000 Einwohner. Der Personalbestand soll so weit reduziert werden, bis wir diese Zahl erreicht haben. Diese Zahl scheint über allem zu schweben. Letztlich können wir viele Diskussionen auf folgende Fragen reduzieren: Ist das ein sinnvoller Wert? Ist es sinnvoll, solche Zahlen überhaupt vorzugeben? Sind Vergleiche mit anderen Ländern machbar und sinnvoll, und ist das zulässig?

Diese und ähnliche Fragen haben wir versucht, in sehr ausführlichen, langen und sehr umfangreichen Sitzungen zu klären. Wir haben Anhörungen und Workshops durchgeführt, in denen wir viel gelernt haben. Zahlreiche Anzuhörende, natürlich potenziell betroffene Ressorts, haben gesprochen. Das hatte zur Folge, dass uns meistens sehr ausführlich dargelegt wurde, welche umfangreichen Aufgaben man zu bewältigen habe und wie dringend man eigentlich mehr Personal bräuchte. Von möglichem Personalabbau war bei den Ressortanhörungen eigentlich nie die Rede. Aber Sie kennen das Sprichwort: Man sollte nicht die Frösche fragen, wenn der Teich trockengelegt werden soll.

Eine Schlussfolgerung dieser Anhörungen bestand für mich auch darin, dass Personalabbau durch eine konsequente Aufgabenkritik untersetzt werden muss. Allein Personal abzubauen, ohne dabei die Aufgaben zu reduzieren, führt ins Nichts. Das überfordert und lähmt langfristig den öffentlichen Dienst.

Wir als FDP bekennen uns zur Zielzahl 19. Wir halten es für eine sinnvolle Vorgabe. Natürlich ist es schwer, solch einen komplexen Vorgang wie Personalabbau auf eine einzige Zahl zu reduzieren. Wir halten es trotzdem für notwendig, überhaupt eine Zielzahl zu fixieren, um den Personalabbau weiter voranzutreiben. Wir halten auch die 19 selbst für angemessen, da sie dem Personalbesatz vergleichbarer westdeutscher Flächenländer entspricht.

Natürlich kann man sich immer über Ländervergleiche streiten. Aber in vielen anderen Sachen macht man das auch, bei Arbeitslosenquoten, sogar im Bildungsbereich mit dem Pisa-Test. Daraus zieht man entsprechende Schlussfolgerungen. Warum sollen wir es nicht schaffen, was andere Länder uns vormachen? - Sogar das rot-rote Brandenburg will schon 2014 18 Vollzeitäquivalente auf 1 000 Einwohner erreichen.

Ich möchte auch betonen, dass wir Liberalen den Personalabbau vor dem Hintergrund des Bevölkerungsrückgangs für notwendig erachten. Für uns steht nämlich fest und außer Frage, dass die Bevölkerungszahl und die Mitarbeiterzahl im öffentlichen Dienst korrelieren müssen.

Natürlich gibt es Ausnahmen. Der Personalbedarf der Landesvermessung ist an die Fläche und nicht an die Einwohnerzahl gekoppelt. Oder auch im Polizeivollzug, im Justizbereich kann der Bedarf nicht gleichmäßig mit sinkender Bevölkerungszahl abnehmen. Grundsätzlich

gibt es aber diesen Zusammenhang zwischen der Zahl der öffentlich Beschäftigten und der Bevölkerungszahl. Andernfalls müsste ja in jedem Land dieser Erde die gleiche Anzahl von Verwaltungsmitarbeitern tätig sein - eine abenteuerliche Vorstellung!

Wir haben es bereits im Dezember gesagt, und ich wiederhole mich hier gern: Das Personalentwicklungskonzept stellt eine durchaus sinnvolle Arbeitsgrundlage dar. Ich kann die zukünftige Landesregierung deshalb nur auffordern, sich an diese Zielvorgaben zu halten und das PEK umzusetzen.

Ich möchte aber auch betonen, dass wir Liberale nicht mit jedem Detail einverstanden sind. Den einen oder anderen Schwerpunkt hätten wir zweifelsohne anders gesetzt. So hätten wir bekanntlich nicht so hohe Abbauraten bei der Polizei gewählt.

Meine Damen und Herren! Die vorhandenen und mithilfe der Enquetekommission in vielen Fällen deutlich herausgearbeiteten Probleme bleiben bestehen, ebenso unsere unterschiedlichen Ansätze. Das Thema Personal wird uns in der nächsten Legislaturperiode garantiert wieder beschäftigen. Hierzu hat sich der Abschlussbericht ebenfalls geäußert, allerdings ohne dass es zu einer gemeinsamen Empfehlung kam, Ich möchte deshalb kurz unsere Position erläutern.

Grundsätzlich sind wir der festen Überzeugung, dass der Bereich Personal in die Hände der Exekutive gehört. Dies sollte uns aber nicht davon abhalten, das Thema parlamentarisch zu begleiten. Doch genügt es nach unserer Auffassung dafür, dass sich die jeweils fachlich zuständigen Ausschüsse für Inneres und für Finanzen mit dem Thema befassen, wenn die konkrete Notwendigkeit besteht. Allen anderen Ausschüssen ist es ebenfalls unbenommen, sich dieser Thematik zu jeder Zeit zu widmen.

Einen eigenen Ausschuss damit zu betrauen, halte ich für überzogen. Schließlich kommen die anderen Bundesländer auch ohne derartige Ausschüsse aus. Ich wüsste auch nicht, womit sich solch ein eigener Ausschuss regelmäßig beschäftigen sollte. Ein neuer Ausschussvorsitzender wird geschaffen; das ist das Einzige.

Ich möchte auch nicht, wie es die LINKEN vorsehen, die gesamte Personalverantwortung in der Staatskanzlei bündeln. Hier Doppelstrukturen zu schaffen, herkömmliche Personalverantwortung in den Ministerien und ein zentrales Personalmanagement in der Staatskanzlei, verursachen nur zusätzliche Bürokratie und lähmen die Ministerien bei der Einstellung von Personal.

Abschließend noch eine Bemerkung zur vorliegenden Beschlussempfehlung. Die Einstimmigkeit mag suggerieren, dass es partei- und fraktionsübergreifend gleiche Ansätze gibt. Das ist aber mitnichten der Fall, was sich auch leicht nachvollziehen lässt.

Die gemeinsamen Empfehlungen beschränken sich oft auf Beschreibungen des Istzustandes, auf Probleme oder allgemeine Ziele. Empfehlungen sind meistens unschädlich und allgemein formuliert. Sobald es um konkrete Zahlen ging, war kaum mehr ein gemeinsamer Nenner zu finden. Das ist ja auch logisch. Ausgehend von unterschiedlichen Annahmen und Vorstellungen beispielsweise über das künftige Schulsystem gibt es eben auch unterschiedliche Positionen zum Personalbedarf, beispielsweise bei den Lehrern.

Heute werden wir Einstimmigkeit herstellen, denn letztlich geht es darum, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.
- Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Dr. Schrader. - Es folgt der Beitrag der CDU-Fraktion. Es spricht Herr Tullner. Bitte schön, Herr Tullner.

Herr Tullner (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als letzter Debattenredner in einer zumindest in den Leitlinien sehr konsensualen Debattenveranstaltung hat man es naturgemäß ein wenig schwer, noch neue Akzente zu setzen. Deswegen möchte ich anders anfangen, als ich es ursprünglich geplant habe.

Die Enquetekommission ist ja an sich, wenn man draußen erzählt, dass es eine Enquetekommission gibt, erst einmal erklärungsbedürftig, weil damit relativ wenige Leute etwas anfangen können. Wir haben Untersuchungsausschüsse - da kann man ahnen, was da gemacht wird. Wir haben normale Ausschüsse - da weiß man auch, was gemacht wird. Bei der Enquetekommission ist das schwieriger.

Ich habe mich in einschlägigen Werken belesen und festgestellt, dass der Bundestag bei seiner Geschäftsordnungsreform von 1969 zum ersten Mal in Deutschland die Möglichkeit geschaffen hat, und seit 1971 gibt es im Bundestag Enquetekommissionen. Die erste hat sich acht Jahre lang mit der Psychiatrie beschäftigt. Das ist nicht unbedingt handlungsleitend für uns gewesen, aber ich denke, das zeigt ein bisschen auch die Fragen, die wir themenübergreifend und auch über Wahlperioden hinaus betrachten müssen.

Eigentlich haben wir dieselben Probleme, wie sie die Landesregierung hat, nämlich dieses Ressortprinzip, das historisch gewachsen und an sich auch richtig ist, aber an bestimmten Grenzen auch durchaus Defizite und Abstimmungsbedarfe produziert, die wir hier im Landtag auch spüren. Ich finde, die Enquetekommission hat zur Überwindung dieser Grenzen einen guten Beitrag geleistet.

Das Zweite, was ich sagen möchte, ist, dass ich jetzt ganz un kreativ bin und auch meinen Dank an den Anfang stelle und mich nicht nur dem Dank von Frau Paschke anschließe. Ich denke, dass wir mit Herrn Wilke einen tollen Mitstreiter hatten, der nach anfänglichen Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Harz ein Juwel für Verwaltungsfragen in unserem Land für uns manifestiert hat. Wir sollten nicht aus dem Auge verlieren, dass wir uns auch als Parlament der Ressourcen unserer Hochschulen und Bildungseinrichtungen sehr viel stärker bedienen sollten. Als Parlament - als Einzelner machen wir das ja ohnehin schon. Hier schlummert durchaus ein hoher Erkenntnisgewinn, den es zu heben gilt.

Ich möchte auch Frau Lorenz danken. Ich möchte der Fraktion DIE LINKE danken für die Anregung, die Kommission ins Leben zu rufen. Die Skepsis, die hier im Raum vorhanden war, ist schon artikuliert worden. Aber ich denke, alle miteinander haben wir doch die Erfahrung gemacht, dass diese ressortübergreifende und

auch themenübergreifende Behandlung des Themas Personal im öffentlichen Dienst richtig und wichtig war.

Ich möchte der Vorsitzenden Frau Rotzsch, nicht nur weil sie eine Kollegin aus meiner Fraktion ist, noch einmal ausdrücklich danken. Sie hat bewiesen, dass man nicht nur an seinen Aufgaben wachsen und dafür sorgen kann, dass die Arbeit ordentlich läuft, sie hat auch die inhaltlichen Impulse stringent verfolgt.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Mancher kann auch bei Reden schrumpfen, Herr Tullner! - Zustimmung bei der LINKEN)

- Herr Gallert, Sie waren nur selten dabei. Deswegen können Sie es emotional wahrscheinlich nicht so nachvollziehen, wie ich das kann.

Ich will einmal Folgendes sagen: Es gibt viele Ausschussvorsitzende in diesem Hause - ich will jetzt niemanden kritisieren -, aber nicht alle können die Moderation und die Abarbeitung der Tagesordnung auch mit inhaltlichen Debatten verbinden. Zu denen, die das können, zähle ich ausdrücklich Frau Rotzsch. Dafür noch einmal herzlichen Dank.

Nun zum Thema selber. Meine Damen und Herren! Der öffentliche Dienst ist ein zentraler Bestandteil unseres Gemeinwesens. Alle Bürgerinnen und Bürger erwarten vom öffentlichen Dienst eine ordentliche Aufgabenerfüllung. Die Erwartungshaltung gegenüber dem Staat ist bei uns ohnehin ein Stück weit stärker ausgeprägt als in den anderen Bundesländern.

Die CDU - das haben wir immer betont - bekennt sich dazu, eine Partei des öffentlichen Dienstes zu sein, und zwar nicht, weil wir uns zu Lobbyisten des öffentlichen Dienstes machen und die schöne neue Welt versprechen, sondern weil wir den realistischen Blick auf die Ressourcen des Landes und den damit verbundenen Handlungskontext für den öffentlichen Dienst bewahrt haben.

Ich glaube, Frau Dr. Paschke, das ist einer der zentralen Dissense. Sie haben vorhin gesagt, wir hätten ein Demografieproblem, ein Nachwuchsproblem, der öffentliche Dienst halte sich da zurück und müsse kraftvoll nach vorn schauen.

Ich glaube, auch wenn wir festgestellt haben, dass sehr viele Aufgaben - Herr Kollege Schrader sagte es schon - nicht an Einwohnerzahlen festzumachen sind, so müssen wir doch in der öffentlichen Rechtfertigung der Mittel, die wir für den öffentlichen Dienst einsetzen, immer wieder sagen, dass es nicht sein kann, dass der öffentliche Dienst, wenn die Einwohnerzahl von drei auf zwei Millionen zurückgeht - ich sage es einmal pauschal -, in seiner Stärke bewahrt und vielleicht noch mit demografischen Vorsorgeelementen ausgebaut wird. Das kann nicht sein.

Deswegen müssen wir uns genau diesen Spagat - Sie haben es die Quadratur des Kreises genannt - immer wieder verdeutlichen. Es gibt immer Fachpolitiker, die mehr Polizei, mehr Lehrer, mehr Bildung fordern.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Sie werden doch nicht gegen mehr Bildung sein!)

Ich glaube, in der Gesamtverantwortung muss das Parlament - als Finanzpolitiker habe ich dafür vielleicht einen etwas anderen Blick - genau diese Parameter sehr viel stärker in den Blick nehmen.

Der Ministerpräsident ist jetzt nicht anwesend. Ich will eines noch einmal ganz deutlich sagen.

(Zurufe von der CDU: Doch! Er sitzt dort oben!)

- Dort oben sitzt er. - Herr Ministerpräsident, Sie haben in den Jahren seit 2002 in der Landesregierung sehr viel Engagement und sehr viel Kraft für den Bereich des Personalabbaus aufgewendet. Sie haben gesagt - das ist ja richtig -, dass die Finanzpolitik auch sehr stark mit diesen Parametern des Personalabbaus zusammenhängt. Denn nur durch einen Personalabbau können wir unsere Finanzen konsolidieren.

Ich wollte nur sagen: Diese Botschaft hat das Parlament aufgegriffen und wir werden das auch in den nächsten Wahlperioden - zumindest wenn die CDU mehrheitsfähig ist - tatkräftig fortsetzen. Darauf können Sie sich verlassen, Herr Ministerpräsident.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich danke der Landesregierung - das habe ich vorhin vergessen -, auch wenn wir manchmal in der Kommission den Eindruck hatten, dass wir unsere Einladungen gelegentlich etwas motivierender aussprechen müssten, was die Teilnahme und die Zuarbeiten angeht.

Aber wir wissen ja, dass wir miteinander in einem lernenden System sind. Auch die Enquetekommission war nicht fehlerfrei - das will ich betonen -, auch wir haben Defizite, die es abzuarbeiten gilt. Aber gemeinsam können wir hier noch ein Stück weit intensiver an einem Strang ziehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was ist denn nun die Quintessenz der Arbeit dieser Enquetekommission? - Für mich steht erst einmal eines vor der Klammer: Ich denke, wir müssen uns in den nächsten Jahren sehr viel stärker überlegen, wie wir uns als Land im bundespolitischen Kontext positionieren wollen. Ich glaube, dass die parlamentarische Arbeit nach sehr tradierten Systemen und Strukturen erfolgt ist.

Wir sollten vielleicht in den nächsten Wahlperioden stärker darauf schauen, dass wir unsere ureigensten Länderkompetenzen stärker in den Strukturen abbilden. Ich denke an die Bereiche Bildung, Wissenschaft und Kultur, das Länderthema schlechthin. Diese Bereiche werden hier in einem Ausschuss zusammengepfertcht. Daher gibt es auch große Probleme, alle Themen umfassend in den Blick zu nehmen.

Das betrifft auch das Thema Personal. Da bin ich ganz dicht bei Ihnen, Frau Dr. Paschke. Wir haben diese Kompetenzen durch die Föderalismusreform II sehr viel stärker in die Länderhoheit übertragen bekommen. Ich denke an das Besoldungsrecht und an das Beamtenrecht. Ich denke, wir müssen diese Querschnittsaufgabe sehr viel intensiver diskutieren und bearbeiten.

Wir sollten gemeinsam überlegen, ob wir das auch strukturell verankern sollten. Ich bin mir ganz sicher, dass wir das machen müssen, sonst wird das ein Stück weit untergehen.

Ich glaube, das Thema Personalabbau wird das zentrale Thema sein. Der Impetus kam ja auch von dem Konzept zum Personalabbau. Wir haben in den Diskussionen in den vielen Stunden, die wir miteinander verbracht haben, auch gemerkt, dass diese ganze Thematik sehr viel breiter ist.

Sie haben einige Punkte genannt. Ich will noch einmal darauf zurückkommen. Das Gesundheitsmanagement ist ein zentraler Punkt, ebenso die Motivation der Mitarbeiter, Leistungsanreize, die apostrophierten weichen Faktoren der Personalpolitik und die IT-Technik. An dieser Stelle haben wir - das möchte ich ganz deutlich sagen - einfach große Defizite.

Ich bin kein Anhänger der Aussage, drei Computer ersetzen zehn Beschäftigte. Aber die Erkenntnis, dass die Computertechnik, die Informationstechnologien uns sehr vieles im Verwaltungshandeln erleichtern können, steht auf der Tagesordnung. Hier haben wir einfach große Defizite.

In jedem Unternehmen kann man mit modernen Kommunikationsmitteln kommunizieren. Das ist im Landtag nur sehr rudimentär möglich. Wir haben gemerkt, dass es auch in der Landesregierung sehr schlecht möglich ist. Daran müssen wir dringend arbeiten. Ich vertraue auf die Konzepte, die uns das Finanzministerium demnächst vorlegen wird. Ich glaube, da sind wir auf einem guten Weg.

Einen letzten Punkt - die rote Lampe leuchtet - will ich noch nennen. Das ist das Thema Beamtentum. Wir haben hier im Hause Kollegen, die Verbeamtungen und dem Beamtentum sehr skeptisch gegenüber stehen. Als wir beispielsweise vorgeschlagen haben, die Lehrer stärker zu verbeamten, um mehr Bewerber zu bekommen, musste ich mich öffentlich dafür kritisieren lassen.

Erstaunderweise hat ihre Skepsis gegenüber den Verbeamtungen genau diese Kollegen nicht davon abgehalten, in Mannschaftsstärke beim parlamentarischen Abend des Deutschen Beamtenbundes zu erscheinen und das Büfett zu stürmen. Das fand ich ein bisschen ungläubwürdig an der Stelle.

Ich will einmal ein praktisches Beispiel dafür benennen, warum es so wichtig ist, dem Beamtentum sehr viel vorbehaltloser gegenüberzutreten. Wir haben in der letzten Woche in der Zeitung lesen dürfen, dass das Oberverwaltungsgericht die Besetzung einer Abteilungsleiterstelle im Kultusministerium untersagt hat mit der Begründung, der vorgesehene Kollege sei kein Beamter, sondern ein Angestellter, und weil es eine hoheitliche Aufgabe sei, dürfe er diese nach dem Grundgesetz nicht ausüben.

Würde man hier apostrophieren - was wir als CDU-Fraktion nicht tun -, dass neue Verbeamtungen nur noch in Ausnahmefällen möglich sind, so bräuchte man dringend ein Konzept der Landesregierung, wie man damit umgehen soll. Es kann bei allem Respekt vor der Gerichtsbarkeit nicht sein, dass uns die Gerichte Auslegungparameter vorgeben, die völlig neu und aus meiner Sicht auch völlig inakzeptabel sind. Ich denke, die Besetzung einer Abteilungsleiterstelle sollte nach Kompetenz und fachlicher Eignung erfolgen und nicht nach dem Status. Aber wenn das so ist, dann brauchen wir ein Konzept, wie wir mit Verbeamtungen umgehen.

(Herr Scharf, CDU: Es hat immer schon angestellte Abteilungsleiter gegeben!)

- Ja, aber das OVG hat das jetzt anders entschieden. Wir haben auch Staatssekretäre, die angestellt sind. Ich muss sagen, da gibt es noch einen großen Klärungsbedarf, dem wir als Parlament bereit sind, uns zu stellen, natürlich in dem Bewusstsein, dass die Landesregierung an dieser Stelle federführend ist. Deswegen müssen wir

Verbeamtungen und den Beamtinnen und Beamten in unserem Lande sehr viel vorbehaltloser gegenüberreten. Sie leisten eine gute Arbeit, wie die Angestellten auch. Das sollten wir gelegentlich auch mal würdigen.
- Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Tullner. - Nun bitte ich den Finanzminister Herrn Bullerjahn, das Wort zu nehmen.

Herr Bullerjahn, Minister der Finanzen:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Respekt vor dem Landtag. Es ist die letzte Sitzung und wir befassen uns mit dem Personalkonzept. Das ist schon sehr prägend. Ich danke Ihnen auch für die sehr sachliche Debatte. Ich werde vieles von dem wiederholen, was ich schon einmal gesagt habe, obwohl es die letzte Sitzung ist.

Vorweg, damit ich es nicht vergesse: Dank denjenigen, die sich damit abgemüht haben. Ich sage aber auch einmal Dank den Mitarbeitern in meinem Haus, Herrn Grobe und seinem Team sowie den Mitarbeitern der anderen Ministerien, die die vorbereitende Arbeit leisten mussten, wenn es Nachfragen gab.

Ich gebe ja gern zu, wenn ein Parlament - das sehe ich anders als DIE LINKE oder viele in diesem Parlament - die Kernkompetenz der Landesverwaltung, den Bereich der Personalbewirtschaftung so hinterfragt, dass der Eindruck entstehen könnte, dass man das in Zukunft nur noch im Parlament machen werde, dann wird eine Verwaltung bzw. werden diejenigen in der Verwaltung, die sich mit dem Thema beschäftigen, immer sehr vorsichtig sein.

Das ist ein Sich-aneinander-Reiben, ein Annähern. Ich sage aber auch: Sie haben während der Haushaltsberatungen jederzeit die Möglichkeit, stärker einzugreifen - das nur als kleine Anmerkung.

(Herr Tullner, CDU: Ist das eine Einladung?)

- Ja, ja. Das ist nur eine Feststellung, Herr Tullner. Nicht dass so getan wird, als habe man hier alles nur noch gottgegeben hinzunehmen.

Aber dieser Grat - Herr Tullner hat es, glaube ich, gesagt - bei der Vorsitzenden und bei allen Vertreterinnen und Vertretern zwischen: Wir wollen etwas wissen, wir wollen mitdiskutieren, aber wir wissen auch, dass wir am Ende nicht alles durchsetzen können - das ist ein permanenter Prozess. Das hat doch, glaube ich, ganz gut geklappt. Wir waren dann auch immer da und haben uns auch immer bemüht, dem Ganzen Rechnung zu tragen.

Ich habe gehört, es gibt Parteien des öffentlichen Dienstes, es gibt Interessierte, es gibt viele, die sagen: Das darf eigentlich nicht so weitergehen. Aber ich habe auch mitbekommen, dass viele meinen, dass der Personalkörper, die Personalentwicklung am Ende der größte Block ist, wenn ich über Konsolidierung rede. Wir haben die Schuldenbremse. Ich möchte Sie jetzt nicht mit den Zahlen traktieren. Es ist aber schon etwas unredlich oder zumindest zu hinterfragen - - Frau Dr. Paschke, vor dem Problem stehen alle - das ist kein Vorwurf -, ob nun ein SPD-Finanzminister oder einer von der LINKEN oder von der CDU.

Brandenburg - das ist schon gesagt worden - hat sich vorgenommen - Respekt, aber ich glaube nicht daran, dass das klappt, und zwar nicht wegen des Finanzministers, sondern aufgrund der Gegebenheiten -, im Jahr 2014 schon bei 18 Vollzeitäquivalenten zu sein. Ich sage nur: Wir haben uns 16,5 im Jahr 2019 vorgenommen. Das hat doch nichts mehr mit Fakultät zu tun. Wer sich das Konzept ansieht, der liest dann eben, dass man außer Polizisten und Lehrern niemanden mehr einstellen will. Aber man weiß doch, dass das praktisch gar nicht geht. Berlin ist aus der Tarifgemeinschaft der deutschen Länder ausgetreten - nicht aus Spaß.

Die Kollegin Keler hat das mit den LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern so gut gemacht, dass ich sagen muss: Wir müssen uns vorwerfen lassen, dass wir nicht ganz so stringent waren. Denn eines stimmt auch: Das Land Sachsen-Anhalt - das kann ich uns allen nicht ersparen - hat in der ersten Wahlperiode das Sonderkündigungsrecht verschlafen. Der Freistaat Sachsen hat das bei den Lehrerinnen und Lehrern gemacht hat. Bei anderen - -

(Herr Scharf, CDU: Wer hat denn am Anfang heftig dagegen demonstriert? Das war die SPD!)

- Ich habe extra „wir“ gesagt. Ich habe nicht „Sie“ gesagt, Herr Scharf.

(Zuruf von Herrn Scharf, CDU)

- Herr Scharf - Menschenskinder, letzter Tag! -, das war doch eine blanke Feststellung.

(Zuruf von Herrn Scharf, CDU)

- Sie haben sich jetzt angesprochen gefühlt, stimmt's?
- Ja, genau.

(Lachen bei der CDU - Herr Scharf, CDU: Sie haben angefangen! - Zustimmung von Herrn Tullner, CDU)

Ich habe doch nur gesagt: Wir haben es verschlafen. Mein Gott!

(Herr Scharf, CDU: Das hört sich schon anders an!)

- Ich war damals nicht Finanzminister. So weit gehe ich jetzt nicht, dass ich sage, ich habe es verschlafen. - Deswegen hatten wir nicht die Möglichkeit wie andere Länder, die Strukturen aufzubauen, und deswegen haben wir diese Tarifverträge gehabt, mit denen wir uns heute noch herumschlagen. Ich habe das deswegen erwähnt, weil man davon auch herleiten kann, warum wir diese Altersstruktur haben. Das ist damals festgelegt worden, sodass wir uns zwischen den qualitativen und den quantitativen Problemen über die Jahre hinweg immer wieder hin und her bemühen müssen.

Wir haben uns aber - das ist keine Lobeshymne, sondern einfach eine Feststellung - in der Wahlperiode von 2006 bis 2011 von rund 67 000 Beschäftigten Ende 2010 auf rund 58 000 bewegt. Das ist nichts, wofür man sich rühmen könnte, aber es zeigt, dass wir uns bemüht haben, den Anforderungen gerecht zu werden. Und es ist - ich sage an dieser Stelle klar: Das ist in der Privatwirtschaft nicht normal - niemand entlassen worden. Es geht doch darum, die Stellen der Leute, die aufhören, nicht neu zu besetzen.

Das Ganze hat zur Folge, dass wir in der Zeit von 2006 bis 2011 rund 900 Millionen € insgesamt - allein für das Jahr 2011 sind es rund 259 Millionen € - gespart haben.

Das ist das Geld, das wir in anderen Bereichen draufzahlen oder das wir brauchen, um den Haushalt zu konsolidieren. Das wird so weitergehen, weil wir noch immer weit über dem Durchschnitt der anderen liegen und es uns überhaupt nicht leisten können, in diesem Bereich mehr auszugeben als andere.

Hätten wir die Steuerkraft Bayerns oder Baden-Württembergs, dann könnten wir trefflich darüber streiten, ob man sich auf der Ausgabenseite beim Personal mehr leisten kann oder sollte. Aber schon allein durch die Festlegung der Schuldenbremse hier im Parlament, die sicherstellen soll, dass wir im Jahr 2011 und in den künftigen Jahren ohne neue Schulden auskommen, ist völlig klar: Wenn man es überhaupt schaffen will, dann geht das nicht ohne weitere Maßnahmen im Bereich der Personalentwicklung, also durch Personalabbau und Strukturveränderungen.

Ich gebe aber allen darin Recht - gerade bei dem, was Sie immer aufgerufen haben -: In Zukunft muss es mehr auch um die Qualität gehen, also um die Frage der Entwicklung, der Weiterbildung. Wir haben diesbezüglich zumindest beim Thema Beförderung in den letzten Jahren einiges erreicht. Wir haben jedes Jahr, auch während der Krise, immer Mittel in Höhe von 5 Millionen € pro Jahr in die Hand genommen. Das geht bis hin zum Gesundheitsmanagement. Es gibt einige Ressorts, die sind hierbei schon sehr weit. Ich stimme auch darin mit Ihnen überein, dass man dort mehr zentralisieren muss.

Ich werde mich aber hüten, hier eine Strukturdiskussion darüber anzufangen, wo es besser aufgehoben wäre. Aber ich glaube schon, dass man gerade in Bezug auf den Personalüberhang, das Management und die Vermittlung von Kolleginnen und Kollegen innerhalb der Landesverwaltung noch zulegen kann.

(Zustimmung von Frau Fischer, SPD)

All das - das ist jetzt kein allzu großes Versprechen; das kann man sich an den Fingern abzählen - wird uns kurz nach der Wahl wieder einholen. Es wird nämlich sofort die Diskussion zur Vorlage des Doppelhaushalts für die Jahre 2012/2013 kommen. Das hat zur Folge, dass wir uns sehr schnell wieder mit dem Personalentwicklungskonzept beschäftigen müssen. Das hat zur Folge, dass wir uns hier sicherlich wieder treffen und darüber streiten, wer an welcher Stelle was besser machen würde als der andere. Das ist Ihr gutes Recht.

Ob Sie dann wieder eine Kommission gründen wollen, wird man sehen. Ich sage: Ja, die Kommission war sehr fleißig, hat vieles erreicht. Ich kann mir jedoch auch gut vorstellen, dass ein Finanzausschuss Ähnliches macht. Aber wenn es die Überlegung gibt, das fortzuführen, weil es eben ein so wichtiges Thema im Landshaushalt oder bezüglich der Struktur des Landes ist, dann werden wir das als Landesregierung - oder wer auch immer dann hier steht - genauso offen begleiten wie bisher. - Schönen Dank fürs Zuhören.

(Zustimmung bei der SPD, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister. Möchten Sie eine Frage von Herrn Tullner beantworten?

Herr Bullerjahn, Minister der Finanzen:

Was?

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Tatsächlich. - Bitte.

Herr Tullner (CDU):

Lieber Finanzminister,

(Oh! bei allen Fraktionen)

Herr Bullerjahn, Minister der Finanzen:

Nach fünf Jahren kann er das ruhig einmal sagen.

Herr Tullner (CDU):

ich habe eine Frage und möchte eine ganz kurze Bemerkung machen. Sie haben vorhin gesagt, wir hätten in der ersten Wahlperiode gemeinsam etwas verschlafen. Wahrscheinlich haben wir deshalb unsere „Wir stehen früher auf“-Kampagne ins Leben gerufen, um das wiedergutzumachen.

(Zuruf von der SPD)

Das möchte ich jetzt aber nicht näher ausführen. Ich habe eine Frage: Stimmen Sie mit mir darin überein - damit die Frage gleich klar ist -, dass wir uns bei der Fortschreibung des neuen Personalentwicklungskonzepts sehr viel stärker dem sehr despektierlich so genannten Bereich der übrigen Verwaltung widmen müssen?

Ich glaube, wir haben für die Bereiche der Polizisten und der Lehrer relativ klare Entwicklungspfade aufgezeigt. Wenn Sie sich die Bereiche der Kollegen Bischoff und Aeikens mit ihrem sehr großen Umfang an Spezialverwaltungen anschauen, die nicht einwohnermäßig abbildbar sind und die - ich denke hierbei an Dioxin und Ähnliches - auch ganz anders bewertet werden, denken Sie dann nicht, dass wir nicht nur den Begriff überdenken müssen - „übrige Verwaltung“ klingt fast etwas abwertend, das hat eine psychologische Komponente, die wir noch einmal etwas näher betrachten sollten -, sondern dass wir uns in diesen Bereichen auch sehr viel stärker den Entwicklungspfaden widmen sollten, wie wir es in den anderen Bereichen getan haben?

Herr Bullerjahn, Minister der Finanzen:

Herr Tullner, darin möchte ich Ihnen ausdrücklich Recht geben. Ich glaube, dass es zuallererst darauf ankommt, dass das, was man in einer Regierung bildungspolitisch will, von einer Mehrheit des Parlaments in einem Schulgesetz festgelegt wird. Denn daran macht sich die Ausstattung fest - das sage ich in alle Richtungen -; denn sonst schwimmt man mit einem Personalkonzept nur quer durch die Gegend und hat dann eine Debatte beim Haushalt. Man wird nachsteuern bei den Personalkörpern, bei denen uns jetzt auch die Zahlen für das abgelaufene Jahr 2010 vorliegen, weil sich das Ist doch immer wieder vom vorherigen Soll, also von dem, was man einmal gedacht hat, unterscheidet.

Darüber hinaus - das gebe ich gern zu - haben wir es bisher nicht geschafft - dabei sind wir an unsere Kapazitätsgrenzen gestoßen - zu schauen, was die Landesverwaltung insgesamt angeht. Ich denke, da gibt es unheimlich viele Reserven. Denn wir werden in einigen Jahren mit viel weniger Fördermitteln auskommen können und müssen.

Wir haben mehrere Gesellschaften und Landesbetriebe, die sich mit Flächen, mit Immobilien, mit Vermarktung

und mit allem Möglichen beschäftigen. Das habe ich immer wieder gesagt; das steht übrigens auch im Bericht der Enquetekommission sowie im Bericht des Finanzausschusses, wo es um die Landesbetriebe ging. Das haben Sie übrigens schon als Aufgabe mitgegeben.

Deswegen ergibt es keinen Sinn, zum zwanzigsten Mal eine Personaldiskussion bei der Polizei zu führen. Vielmehr sollten in den Ressorts nach dem Zuschnitt einer neuen Landesregierung, auch bezogen auf das Landesverwaltungsamt und andere Bereiche, Vorlagen erstellt und entsprechende Überlegungen hinsichtlich des Doppelhaushalts angestellt werden. Anders ergibt es keinen Sinn. Wir haben bisher - das gebe ich gern zu - nicht in allen Ressorts qualitativ diskutieren können, sondern eher rein mengenmäßig. Das muss sich in den nächsten Jahren ändern.

Eines sage ich auch ganz offen: Es geht mir weniger um Aufgabenverlagerungen; es geht eigentlich um die Frage, was wir an Aufgaben zukünftig wegfallen lassen können. Denn wir haben nicht einfach Geld, das wir den Kommunen mitgeben könnten, und wir sollten nicht so tun, als ob die Kommunen nur darauf warteten, unser Personal zu bekommen. Es muss darum gehen, die Gesetze einfach umzusetzen, einfacher zu machen, damit Kommunen und Landesverwaltung mit weniger Aufwand vielleicht sogar Ähnliches und Besseres umsetzen können. Auch das wird relativ schnell auf uns zukommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister. - Wünscht noch jemand dazu das Wort? - Das ist offensichtlich nicht der Fall. Ich stelle fest, dass der Landtag den Abschlussbericht der Enquetekommission für den Zeitraum vom 19. Oktober 2007 bis zum 31. Dezember 2010 zur Kenntnis genommen hat. Die Arbeit der Enquetekommission ist damit abgeschlossen und der Tagesordnungspunkt 15 ist beendet.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 25** auf:

Beratung

Rückkehr von sachsen-anhaltischen Lehrerinnen und Lehrern aus anderen Ländern erleichtern

Antrag der Fraktion der FDP - **Drs. 5/3084**

Ich bitte, die Einbringung vorzunehmen. Es spricht Herr Kley. Bitte schön.

Herr Kley (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem wir eine Stunde über das Personalentwicklungskonzept gesprochen haben und sich alle Fraktionen einig sind, es müsse Personal abgebaut werden, ist unser Antrag an dieser Stelle erneut ein klarer Schritt dahin, ein wenig innezuhalten und darüber nachzudenken, inwieweit lineare Ziele manchmal nur über Umwege umgesetzt werden können.

Der Antrag, der Ihnen heute vorliegt, resultiert aus mehreren Gegebenheiten. Zum einen wissen wir alle, dass über viele Jahre hinweg im Bereich der Lehrerausbildung die Anzahl der Referendarstellen zu gering war. Nicht alle, die bei uns eine Ausbildung aufgenommen

haben, konnten im Lande selber die zweite Stufe beenden. Wir haben das sehr bedauert. Zudem hat es lange gedauert, bis die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen mitgemacht haben, die Anzahl der Referendariatsstellen zu verdoppeln.

In diese jungen Leute hat das Land Sachsen-Anhalt eine Menge Geld gesteckt. Es geht jetzt darum, diesen jungen Leuten die Chance zu geben, in unserem Land ihre Ausbildung zu beenden und den schönen Beruf des Lehrers zu ergreifen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, es ist immer wieder wichtig, auch die positive Wirkung derer in Bezug auf unsere Zukunft herauszustreichen, die mit unseren Kindern umgehen werden. Allzu oft waren Diskussionen in der Vergangenheit davon geprägt, dass man sich etwas differenziert zu diesem Berufsfeld verhielt. Wir hoffen, dass künftig in der gesamten bildungspolitischen Diskussion nicht nur über Geld und über Schulformen diskutiert wird, sondern auch darüber, wie wir diejenigen, die mit unseren Kindern umgehen, dazu ertüchtigen, dieses künftig besser zu machen.

Dabei erspare ich mir die Debatte über die Frage des gemeinsamen Unterrichts, zu der wir am gestrigen Tage sehr gut diskutiert haben. Es wurde aber festgestellt, dass noch vieles offen ist. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die Ausbildung, aber auch auf die jungen Menschen, die wir künftig in unser Land holen möchten.

Eine andere Initiative, die gegenwärtig in Sachsen-Anhalt stattfindet - dazu gab es zumindest an einem Tag einmal ein Telefonforum -, ist die Rückholaktion, die Heimkehreraktion. Der Wirtschaftsminister hat mit jungen ausgebildeten Menschen in Deutschland gesprochen, die ihre Heimat ursprünglich in Sachsen-Anhalt hatten und die überzeugt werden sollen, wieder zu uns zurückzukehren.

Das ist eine Initiative, von der man schon vielfach gehört hat. Sie wurde aus Strukturen abgeleitet, die andere Länder in Europa schon vor uns hatten, wo bestimmte Regionen unterschiedlich besiedelt sind. Ich glaube, es ist durchaus üblich, dass junge Menschen ihre Heimat für die Ausbildung und für einen kurzen Berufsweg verlassen, aber später wieder zurückkehren. Das ist nichts Ungewöhnliches. Es ist im Übrigen durchaus opportun, mit Initiativen an dieser Stelle diese jungen Menschen aufzufordern, wieder zurückzukehren.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben im Personalentwicklungskonzept nach intensiven Diskussionen über alle Fraktionen hinweg erreicht, dass sich der Einstellungskorridor für junge Lehrerinnen und Lehrer nicht linear zum Abbauziel bewegt, sondern vernünftigerweise erhöht wurde, wohl wissend, dass es künftig schwieriger sein wird, junge Menschen dafür zu gewinnen, in den Lehrerberuf in Sachsen-Anhalt einzutreten, weil alle Bundesländer einen erhöhten Lehrerberuf haben.

Alle deutschen Bundesländer gehen davon aus, dass aufgrund der Altersstruktur künftig ein erhöhter Abgang erfahrener Kolleginnen und Kollegen erfolgen wird und dass es deshalb notwendig ist, bereits heute sehr intensiv über den Nachwuchs nachzudenken. Ein Lehrer, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird nicht in einem Jahr gemacht, sondern es dauert eine lange Zeit, bis von der Immatrikulation bis zum fertigen Kollegen

eine Persönlichkeit entstanden ist, die sich in der Lage sieht, unseren Schülern etwas beizubringen.

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, sollten wir gegenwärtig, da noch nicht in allen Bundesländern der große Notstand ausgebrochen ist, die Situation nutzen, um etwas dafür zu tun, junge Menschen, die in unser Land kommen möchten, an uns binden.

Wir wissen seit dem Beschluss der Kultusministerkonferenz aus dem Jahr 2001, dass es zwei verschiedene Möglichkeiten gibt, wie die Bundesländer mit Bewerbern für den Schuldienst umgehen. Es gibt zum einen das Auswahl- und Bewerbungsverfahren. Junge Menschen, die ihre Ausbildung vollendet haben, können sich in jedem Bundesland bewerben und können dort nach Bedarf eingestellt werden.

Zum anderen gibt es das so genannte Einigungsverfahren - vielfach auch Tauschverfahren genannt. Das bezieht sich darauf, dass die Länder untereinander Beamte abgeben und aufnehmen. Wer den letzten Beschluss gelesen hat, der kann feststellen, dass man unter Berücksichtigung des auftretenden Lehrermangels nunmehr versucht, nicht mehr nur fach- und schulformspezifisch miteinander umzugehen.

Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt hat in ihrem Einstellungskorridor bislang vorgesehen, dass jungen Menschen, die in unserem Land ausgebildet worden sind, die Möglichkeit gegeben wird, hier aufgenommen zu werden, wie auch andere, die sich in dem so genannten Auswahl- und Bewerbungsverfahren bei uns bewerben.

Allerdings, meine sehr geehrten Damen und Herren - das ist der Anlass für unseren Antrag -, ist es bislang nicht problemlos möglich, junge Menschen, die aus Sachsen-Anhalt kommen und in anderen Bundesländern ihre Ausbildung vollendet und dort zunächst eine Stelle bekommen haben, in Sachsen-Anhalt im Rahmen des Einstellungskorridors einzustellen. Denn diese jungen Menschen unterliegen dem Tauschverfahren bzw. dem Einigungsverfahren und häufig verlässt nicht gleichzeitig jemand anderer das Land.

Darüber hinaus, meine sehr geehrten Damen und Herren, wollen wir gar nicht, dass gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer unser Land verlassen. Das heißt, wir haben uns hiermit offensichtlich selbst eine Grenze gesetzt bei dem Vorhaben, attraktive Persönlichkeiten in unser Land zu ziehen.

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir hier heute unseren Antrag vorgelegt. Es geht darum, dass wir es für eine bestimmte Zeit, auf jeden Fall erst einmal im Rahmen des Einstellungskorridors, denjenigen, die aus Sachsen-Anhalt stammen oder die aus anderen Gründen zu uns kommen wollen, ermöglichen, hier eine Beschäftigung zu finden.

Des Weiteren haben wir die Überlegung geäußert, dass der Einstellungskorridor möglicherweise über einen längeren Zeitraum von etwa von fünf Jahren wieder ausgeglichen wird. Das bedeutet, wenn in einem Jahr ein paar Bewerber mehr kommen, als vorgesehen war, sollten wir diese nehmen. Denn wir stehen doch vor der Frage: Wie lange bekommen wir überhaupt noch Lehrer auf dem Markt?

Wir kennen die großen Plakatierungsaktionen, mit denen die Länder Baden-Württemberg und Hessen deutschlandweit um Lehrer werben. In diesem Wettbewerb sind

wir im Moment finanziell noch etwas im Nachteil. Deshalb sollten wir denen danken, die zu uns kommen, und sollten ihnen schnell eine Chance geben.

(Beifall bei der FDP)

Meine Fraktion hat eine Menge Gespräche geführt. Uns sind viele junge Menschen bekannt, die gern hierher kommen würden, junge Männer und junge Frauen. An dieser Stelle könnte die Landesregierung das Thema sogar ressortübergreifend diskutieren. Es sollte nicht so sein: Der Wirtschaftsminister macht eine Werbeaktion, die Kultusministerin bangt um junge Kolleginnen und Kollegen und der Finanzminister sagt: Das geht nicht, hier gilt das Einigungsverfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hierfür ist eine klare Linie der Landesregierung gefordert. Wir bitten Sie deshalb mit diesem Antrag darum, auch ein Zeichen nach außen hin zu setzen, um künftig unsere Schulen mit jungen Lehrerinnen und Lehrern ausstatten zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir erwarten von diesem Antrag zunächst, dass in den Korridoren, die durch das Parlament beschlossen wurden, die Lehrerinnen und Lehrer zu uns kommen können. Dabei geht es nicht nur um die Mangelfächer. In kurzer Zeit werden wir in allen Fächern einen Mangel haben. Deshalb sollte man nicht kurzsichtig nur auf bestimmte Fächerkombinationen schauen. Wir sollten vielmehr bemüht sein, mit einer gewissen Vorausschau die Kollegien zu mischen, um eine gesunde Altersstruktur zu erhalten und künftig im Schulsystem unsere Schulen zu Horten der humanistischen Bildung zu machen.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir bitten Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. Wir sind natürlich auch bereit, das zukünftig in den Haushaltsberatungen und in den Diskussionen zu Personalentwicklungskonzepten zu vertreten. Wir wissen, dass die wichtigste Investition die Investition in die Köpfe ist und dass Sachsen-Anhalt gerade an dieser Stelle tätig sein muss. Wer heute die jungen Lehrer vor der Landesgrenze stehen lässt, der hat morgen in den Schulen die Probleme. In diesem Sinne bitte ich um Ihre Zustimmung. - Danke sehr.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Kley. - Nun erteile ich Frau Ministerin Wolff das Wort.

Frau Prof. Dr. Wolff, Kultusministerin:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor wir über die Erleichterung der Rückkehr von sachsen-anhaltischen Lehrerinnen und Lehrern philosophieren, sollten wir vielleicht erst einmal klären, ob wir sie bislang besonders erschweren.

Wenn eine Lehrerin oder ein Lehrer aus einem anderen Bundesland nach Sachsen-Anhalt wechseln möchte, kann er oder sie sich zunächst auf eine öffentlich ausgeschriebene Stelle bewerben. Die Auswahlgrundsätze für das Einstellungsverfahren für Lehrkräfte sind durch einen Erlass des Kultusministeriums festgelegt. Die Auswahl erfolgt - Sie wissen das - entsprechend Artikel 33

Abs. 2 des Grundgesetzes nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung. Das ist die so genannte Bestenauslese.

Jedem Deutschen steht der gleiche Zugang zu öffentlichen Ämtern zu. Eine bevorzugte Einstellung von Bewerberinnen und Bewerbern, die ursprünglich aus Sachsen-Anhalt stammen, dann aber - zu welchem Zeitpunkt und warum auch immer - in ein anderes Land gingen, dürfte darum schon verfassungsrechtlich problematisch sein. Und so etwas werden Sie, lieber Herr Kley, wohl nicht fordern wollen.

Lehrerinnen und Lehrer aus anderen Ländern, ob nun verbeamtet oder tarifbeschäftigt, werden in das Auswahlverfahren einbezogen, wenn sie entsprechend den in den KMK-Grundsätzen vereinbarten Regelungen eine Freigabeerklärung ihres Bundeslandes vorlegen. Dabei kommt es nicht darauf an, aus welchem Bundesland diese Lehrkräfte ursprünglich stammen. Erschwert wird der Wechsel aber auch für niemanden.

Neben diesem Einstellungsverfahren können rückkehrwillige Lehrkräfte das bereits erwähnte jährliche Lehrertauschverfahren zwischen den Ländern nutzen. Das bedeutet sinngemäß, dass jedes Land grundsätzlich bereit ist, mindestens ebenso viele Lehrkräfte aus anderen Ländern zu übernehmen, wie Lehrkräfte in andere Länder abgegeben werden. Außerdem wurde mit anderen Bundesländern vereinbart, bei der Freigabe von Rückkehrwilligen großzügig zu verfahren.

Im Einzelfall kann eine Übernahme abgelehnt werden. Das kann zum Beispiel geschehen, wenn kein fächer-spezifischer Bedarf besteht. Grundsätzlich bietet das Land Sachsen-Anhalt Lehrkräften aus anderen Ländern aber schon seit Jahren die Möglichkeit des Wechsels, auch unter Berücksichtigung persönlicher Belange. Dieses Tauschverfahren ist im Vergleich zu der bestehenden Fachkräfteinitiative des Wirtschaftsministeriums bereits eine zusätzliche Möglichkeit, um nach Sachsen-Anhalt zurückzukehren.

Apropos Fachkräfteinitiative des Wirtschaftsministeriums. Die Anfragen von rückkehrwilligen Lehrkräften im Rahmen dieser Telefonaktion scheinen kein Massenphänomen gewesen zu sein. Die Zahl der Anfragen bewegte sich im einstelligen Bereich: Acht Fälle sind im Wirtschaftsministerium bekannt. Das ist bei mehr als 1 200 Anfragen allein an diesen zwei Aktionstagen weiß Gott kein Massenphänomen.

Der Neueinstellungskorridor richtet sich ausschließlich nach dem konkreten Bedarf des Landes. Bekanntlich haben wir im Lehrkräftebereich zumindest formal einen Überhang. Die Unterrichtsversorgung an den allgemeinbildenden Schulen liegt insgesamt bei ca. 105 %, die Regelversorgung bei 102,5 %. Eine Ausnahme bilden die Förderschulen und die berufsbildenden Schulen, an denen der Grad der Unterrichtsversorgung unterhalb der erforderlichen Regelversorgung liegt.

Trotz des formalen Lehrkräfteüberhangs gibt es aus meiner Sicht drei gute Gründe für Neueinstellungen; diesen sind wir durch das veränderte Personalentwicklungskonzept im Bereich der Lehrkräfte mit Unterstützung des Finanzministeriums auch schon gefolgt. Diese drei Gründe sind: Bedarf in bestimmten Schulformen, Bedarf in bestimmten Fächern sowie Bedarf an jungen und neu ausgebildeten Lehrern zur Verbesserung der Altersstruktur in unseren Schulen.

Wir müssen also vor allem unseren spezifischen fachlichen und auch regionalen Bedarf decken. Eine generelle Erweiterung des Neueinstellungskorridors ohne Rücksicht auf unseren spezifischen Bedarf halte ich für nicht sinnvoll. Aufgrund all dessen und insbesondere aufgrund der verfassungsrechtlichen Bedenken sehe ich für die Landesregierung keine Möglichkeit, diesen Antrag zu befürworten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Nun hören wir den Beitrag der SPD-Fraktion. Ich erteile Frau Mittendorf das Wort.

Frau Mittendorf (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Anträge, die Landeskinderregelungen zum Ziel haben, sind nicht neu, aber sie sind auch selten originell. Das gilt auch für diesen Antrag der FDP-Fraktion. Er liest sich zwar ganz nett, doch wenn man darüber nachdenkt, dann wirkt doch vieles fraglich.

All das, was Sie, Herr Kley, uns hier erzählt haben, blumig wie immer, ist nicht neu. Es sind altbekannte Dinge, die Sie noch einmal reflektiert haben.

(Zurufe von der FDP)

Wer hindert denn gegenwärtig im Schuldienst anderer Bundesländer beschäftigte Lehrer mit sachsen-anhaltischen Wurzeln, sich auf Stellen in unserem Bundesland zu bewerben? - Niemand. Angestellte können kündigen und Beamte können eine Freigabeerklärung durch das jeweilige Land erwirken.

Derzeit ist es doch bereits so - das wissen wir inzwischen alle -, dass manche der im laufenden Schuljahr ausgeschriebenen Stellen zum Teil noch immer nicht besetzt sind, weil es nicht genug geeignete Bewerber gab. Prinzipiell kann also jeder von außen - jeder, also auch der mit sachsen-anhaltischen Wurzeln - an die Stellen herankommen.

Die Austauschverfahren im Beamtenbereich gestalten sich in der Regel schwierig. Das wissen wir. Sie sind aber möglich. Doch große Zuwächse sind dadurch nicht zu erwarten.

Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Kley, was wollen Sie jetzt eigentlich? Eine Bevorzugung oder eine Sonderbehandlung? - Wenn das so ist, dann frage ich mich wirklich, ob der Verfasser dieses Antrages eigentlich weiß, wie Einstellungen in den öffentlichen Dienst des Landes erfolgen. Das kann man nicht mit der freien Wirtschaft oder mit der Fachkräfteinitiative des Wirtschaftsministeriums vergleichen. Unternehmen entscheiden nach anderen Vorgaben und Kriterien als der öffentliche Dienst.

Einstellungen in den Schuldienst erfolgen nach strikten Leistungskriterien und entsprechenden Regularien. Mit Blick auf die Feststellung der Eignung - zugrunde liegen unter anderem Staatsexamina, also Ergebnisse und Zusatzqualifikationen - erstellt das Landesverwaltungsamt Einstellungslisten für jede ausgeschriebene Stelle. Das geschieht inzwischen fast in Abstimmung mit der jeweiligen Schule.

Man stelle sich vor - Beispiele beweisen immer, ob es funktioniert oder nicht -, eine Schule sucht einen Eng-

lischlehrer. Es bewerben sich Lehramtsabsolventen aus verschiedenen anderen Bundesländern, darunter ist auch ein gebürtiger Sachsen-Anhalter, der gern zurückkommen möchte. Soll dieser Bewerber, auch wenn er unter anderem in den Staatsexamina schlechtere Ergebnisse hat und damit weniger geeignet ist als andere Bewerber, die Stelle nur bekommen, weil er ursprünglich aus Sachsen-Anhalt stammt? Das, Herr Kley, erklären Sie einmal dem Schulleiter.

Außerdem riskieren Sie Konkurrentenklagen. Entsprechende Fälle haben wir gerade. Und, werter Herr Kley von der FDP, heißt es nicht gerade bei Ihnen: Leistung zählt und Leistung muss sich lohnen? Hinzu kommt - das wurde auch von der Ministerin gesagt -, dass so ein Vorgehen verfassungsrechtlich bedenklich ist.

Ich sage auch eines, auch wenn es niemand gern hört: In einer inzwischen fast globalen Arbeitssituation offenbart sich hierin ein äußerst provinzielles Denken, zumal sich auch die Logik nicht erschließt. Bewerber aus Hamburg oder Hessen würden bei der Einstellung ihren Wohnsitz auch in Sachsen-Anhalt nehmen. Auch sie sind in der Regel gut ausgebildet und jung.

Meine Damen und Herren! Wenn sich ein im Schuldienst eines anderen Bundeslandes beschäftigter Lehrer mit Herkunft aus Sachsen-Anhalt dazu entschließt zurückzukommen, begrüßen wir das. Wir können, wir dürfen ihm aber nicht versprechen, dass er hier, wenn es mehrere Bewerbungen auf eine Stelle gibt, sofort eine Stelle bekommt, nur weil er in Magdeburg, Halle oder Dessau geboren wurde. Er muss sich ganz normal einem Ausschreibungsverfahren stellen, wie andere auch.

Das eigentliche Ziel, meine Damen und Herren, muss darin bestehen, die ausgeschriebenen Stellen ausbildungs- und leistungsgerecht zu besetzen. Dabei ist es für mich und wohl für die meisten hier im Haus 20 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht mehr wichtig, woher jemand stammt.

Das Problem ist doch ein ganz anderes. Die Einstellungskorridore für den Schuldienst verdoppeln sich ab dem Jahr 2012 auf 286 Stellen.

Das ging nicht eher. Sie wissen doch, wie der Personalkörper gestrickt ist, wie die Stellen besetzt sind und durch Tarifvertrag alles festliegt.

Deshalb, meine Damen und Herren, hat die Koalition mit dem Doppelhaushalt 2010/11 die Kapazitäten erhöht und diese auf insgesamt 620 Plätze nahezu verdoppelt. So streben ab 2012 jährlich mehr als 300 ausgebildete junge Lehrkräfte in unseren Schuldienst. Hinzu kommen die Bewerber aus anderen Bundesländern. Dabei stehen unsere Einstellungskorridore jederzeit für unsere Landeskinder offen.

Abschließend kann ich nur bemerken: Sonderregelungen sind - wie bereits gesagt - verfassungsrechtlich bedenklich. Ich glaube, sie sollten von uns auch nicht gewollt sein. Sie sind auch gar nicht nötig. Wir alle wissen, dass in Fragen der Lehrerausbildung grundsätzlich Verbesserungsbedarf besteht. Mittel- und langfristig erhoffen wir uns von den eingeleiteten Reformen bzw. von der Umsteuerung in der Lehramtsausbildung in Halle im Rahmen der neuen Zielvereinbarung durchaus auch positive Effekte, vor allem für die bedarfsgerechte Ausbildung.

Meine Damen und Herren! Zum Ende einer Legislaturperiode darf ich sagen: Was nicht notwendig ist, was

rechtlich nicht geht, weil wir uns alle in einem Rechtsrahmen bewegen, das braucht man eigentlich nicht zu beantragen, und zu beschließen brauchen wir es schon gar nicht. Deshalb lehnen wir den Antrag ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Zustimmung bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Mittendorf. - Es folgt der Beitrag der Fraktion DIE LINKE. Ich erteile Herrn Höhn das Wort.

Herr Höhn (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist heute die letzte bildungspolitische Debatte in diesem Haus. Wir haben uns als Bildungspolitiker fraktionsübergreifend immer bemüht, im Rahmen einer solchen Debatte eine hohe Qualität abzuliefern. Deswegen bin ein bisschen traurig, dass dieser Antrag nun der Schlusspunkt der bildungspolitischen Auseinandersetzung hier im Haus ist.

(Zustimmung von Herrn Dr. Thiel, DIE LINKE)

Ich kann mich dem, was sowohl die Ministerin als auch Frau Mittendorf ausgeführt haben, in vielem anschließen. Auch ich will noch einmal betonen: Die Ausschreibungen und die Ausschreibungskriterien sollten, dürften allen bekannt sein. Ich gehe davon aus, dass die FDP, die den Antrag gestellt hat, sich diese auch noch einmal angeschaut hat. Insofern steht der Einstellungskorridor - zu dem sage ich gleich noch etwas - natürlich auch ehemaligen Landeskindern völlig offen.

Es gibt zu dieser Frage in den Ausschreibungen allerdings eine Einschränkung. Auch die hat schon eine Rolle gespielt. Das will ich vortragen:

„Bei Lehrkräften, die sich gegenwärtig in einem Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis in einem anderen Bundesland befinden, ist eine Einbeziehung in das Bewerbungsverfahren nur möglich, wenn den Bewerbungsunterlagen eine Freigabeerklärung des abgebenden Landes beigefügt wird.“

Das ist das beschriebene Verfahren. Ich habe beim Lesen Ihres Antrages und dieser Passage überlegt, ob es Ihnen möglicherweise darum geht, eine solche Praxis zwischen den Ländern nicht mehr durchzuführen, dass es dieser Freigabe bedarf.

So schwierig dieses Verfahren manchmal ist, kann ich nur davor warnen, dass wir unsererseits die Notwendigkeit einer solchen Freigabe aufgeben; denn diese Wanderungsbewegung gibt es auch in die andere Richtung. Auch wir in Sachsen-Anhalt sind an jedem Lehrer und an jeder Lehrerin interessiert.

Das Zweite, was ich sagen will, ist Folgendes - Frau Mittendorf hat darauf hingewiesen - Es ist schon jetzt schwierig, die ausgeschriebenen Stellen zu besetzen. Die Frau Ministerin hat darauf hingewiesen, wie schwierig es ist, aus anderen Bundesländern Fachkräfte zu gewinnen. Deswegen will ich noch einmal sehr deutlich sagen - darüber haben wir die letzten Jahre intensivst gestritten, und zwar nicht nur im Zusammenhang mit der Enquetekommission -: Das grundsätzliche Problem, dass wir nicht in der Lage sind, die Stellen zu besetzen, die wir in den Schulen aus fachlichen Gründen zu besetzen

haben, liegt darin begründet, dass wir in Sachsen-Anhalt nach wie vor zu wenige Lehrerinnen und Lehrer ausbilden.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun wurde es mit dem letzten Haushalt hohe Zeit, dass wir die Kapazität in der zweiten Phase angehoben haben.

Allerdings muss ich schon sagen, lieber Kollege Kley, da Sie das beantragt haben: Sie hätten in Ihrer Rede die Chance gehabt zu begründen, warum denn nun gerade Sie in der letzten Legislaturperiode die Ausbildungskapazitäten in Sachsen-Anhalt heruntergefahren haben.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von Herrn Kley, FDP)

- Ich weiß, Herr Kley, Sie waren nicht Kultusminister. Aber nach meiner Erinnerung waren Sie Teil der Koalition. Sie können das heute widerrufen. Ich glaube allerdings, das wird Ihnen nicht gelingen.

Wir haben in den letzten Jahren immer wieder - nicht zuletzt auf Initiative meiner Fraktion - darüber gesprochen, dass wir sowohl die Ausbildungskapazitäten als auch den Einstellungskorridor ausdehnen müssen. Jedes Mal ist uns an dieser Stelle gesagt worden: nicht finanzierbar, unrealistisch, populistisch. Wir müssen das Personal verringern. - Wir haben eben wieder darüber geredet. Es ist ein bisschen scheinheilig, gerade von der FDP, die ja immer den schlanken Staat predigt, am Ende der Legislaturperiode nun auf diese Spur zu wechseln und hier zu propagieren, dass wir jetzt ganz schnell mehr Lehrerinnen und Lehrer einstellen müssen.

(Herr Wolpert, FDP: Ein bisschen billig!)

Meine Damen und Herren, das ist dann doch ein bisschen durchsichtig.

Ich glaube - insofern schließe ich mich Frau Mittendorf an -, dieser Antrag ist in der Sache nicht zielführend. Deswegen wird er auch nicht unsere Zustimmung finden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Höhn. - Die Debatte wird fortgesetzt mit dem Beitrag der CDU-Fraktion. Ich erteile Herrn Dr. Schellenberger das Wort.

Herr Dr. Schellenberger (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben die Reden der Vertreter der Fraktionen der SPD und der LINKEN sowie die der Frau Ministerin bereits gehört. Wenn ich meinen Stichwortzettel so anschau, dann stelle ich fest, dass da auch nichts anderes draufsteht.

Die spannende Frage ist: Können wir es in Zukunft schaffen, genügend Lehrer einzustellen? Kriegen wir diejenigen, die wir einstellen wollen? - Das ist die entscheidende Frage. Wenn dann im Rahmen einer Rückkehraktion genügend Landeskinder dabei sind, dann freuen wir uns natürlich. Aber wir freuen uns auch über jeden anderen Lehrer und jede andere Lehrerin, die zu uns in das Land kommt und uns gestattet, unsere Aufgabe im Bildungsbereich ordentlich durchziehen zu können.

Insofern ist es schon pffiffig, einmal zu schauen, wie es das Wirtschaftsministerium gemacht hat. Aber die beiden Sachen können wir nicht vergleichen; denn hierbei geht es zum einen um die freie Wirtschaft und zum anderen um den öffentlichen Dienst. So gesehen sollten wir Artikel 33 Abs. 2 des Grundgesetzes entsprechend mit berücksichtigen.

Wir als CDU-Fraktion können diesen Antrag leider nur ablehnen. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Dr. Schellenberger. - Zum Schluss noch einmal Herr Kley für die FDP-Fraktion.

Herr Kley (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Manchmal hat man das Gefühl, dass die Debatte etwas am eigentlichen Kern vorbeigeht. Aber das kann auch daran liegen, dass das von uns behandelte Thema nur relativ wenige Fälle betrifft. Es ist natürlich einfacher, auf große Bewerberscharen zu verweisen und auf die Notwendigkeit, hieraus eine Auswahl zu treffen.

Sehr geehrte Frau Ministerin, es hätte mich gefreut, wenn Sie konkrete Zahlen genannt hätten: Wie weit sind die Einstellungskorridore ausgeschöpft? Wie sieht es gegenwärtig mit den Bewerbern aus? Haben Sie wirklich das Problem, dass es zu viele gibt und dass Sie dementsprechend auswählen müssen? - Nichts davon. Stattdessen Zitate aus Gesetzen. Das kann man nachlesen. Ich glaube, von einer Verwaltung, die an einem zukünftigen positiven Ausbau unserer Schule interessiert ist, wäre heute etwas mehr zu erwarten gewesen.

(Beifall bei der FDP)

Sehr geehrter Herr Höhn, Sie haben natürlich Recht, dass das Personalentwicklungskonzept in der vorherigen Regierungsperiode den Einstellungskorridor im Bereich der Lehrer schmal gestaltet hat, was natürlich auch an dem damals übernommenen Tarifvertrag lag, der uns enorm viele Stunden gekostet hat, der Ausgleichszahlungen in Höhe von 300 Millionen € verursacht hat und verhindert hat, den auflaufenden Berg an Neueinstellungen abzubauen. Dieser ist meines Wissens zu Zeiten der Duldung durch die damals noch PDS genannte Partei entstanden.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben bei der Beratung über den vorletzten Haushaltsplan dieses Landtages den Antrag gestellt, den Einstellungskorridor zu verdoppeln, und haben hierfür auch entsprechende Gegenfinanzierungsvorschläge vorgelegt, die von der Koalition dankbar zum Stopfen anderer Haushaltslöcher übernommen wurden.

Also, sehr geehrter Herr Höhn, der Vorwurf in Bezug auf damals mag noch treffen. Wir haben trotzdem auch hier schon frühzeitig versucht, im Bereich der jungen Lehrerinnen und Lehrer zu einer Entspannung zu kommen.

(Beifall bei der FDP)

Vielleicht noch einmal kurz zum Sinn unseres Antrages. Dabei geht es nicht vordergründig darum, Landeskinder zu bevorzugen. Die Landeskinder waren so ein bisschen

ein Einstieg in das Thema, aus dem Tauschverfahren auszusteigen.

Denn wenn Sie sich einmal umhören, dann werden Sie feststellen, dass es junge Leute gibt, die sich gern bei uns im Land bewerben würden, die aber eben in dem Tauschverfahren drin sind und damit nicht hier reinkommen, weil da kaum Bewegung möglich ist. Wir brauchen aber diese Menschen dringend. Es gibt Schulen, die sie anfordern. Es gibt Befürwortungen. Aber dann ist Schluss, weil es keine Haushaltsfreigabe dafür gibt.

An der Stelle wäre es notwendig gewesen, einmal darüber zu reden, ob wir nicht nur das Beamtenrecht hochhalten, sondern inwieweit das Finanzministerium eine Freigabe erteilt, damit diese jungen Menschen bei uns eingestellt werden können.

(Beifall bei der FDP)

Das war unsere Initiative. Hierbei ging es nicht darum, riesige Bewerberscharen zu behindern oder irgendwelche Ausweichverfahren zu finden, sondern wir haben einfach - darauf ist Herr Höhn auch schon eingegangen - das Problem, dass wir zukünftig für unser Land gar nicht mehr genug Bewerber haben.

(Frau Mittendorf, SDP: Die können doch alle kommen!)

Wir können uns jetzt gegenseitig vorhalten, dass wir das Grundgesetz nicht achten. Wir müssen dankbar sein für jeden, der noch kommt. In wenigen Jahren werden wir Riesenaktionen initiieren müssen, um noch ein paar Leute zu finden.

(Beifall bei der FDP - Frau Mittendorf, SPD: Die können doch kommen! Kein Problem! - Zuruf von der LINKEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden versuchen, noch einmal über jeden einzelnen Fall zu diskutieren. Aber ich glaube, das Thema wird uns nicht verlassen. Zukünftig werden wir uns bezüglich der Einstellungskorridore schöne Zahlen ansehen. Aber: Junge Menschen kommen da nicht so einfach hinterher.

Wir haben das Thema über einige Zeit aus den Augen verloren. Wir haben gehört, dass in der ersten Legislaturperiode einiges anders betrachtet wurde. Wir müssen damit leben. Ich glaube, wir werden - ungeachtet der heutigen Debatte - im Sinne unserer Kinder auch weiterhin dafür streiten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Kley. - Damit ist die Debatte beendet. Wir stimmen über den Antrag der FDP-Fraktion in der Drs. 5/3084 ab. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Der Antragsteller. Wer stimmt dagegen? - Alle anderen. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt worden und der Tagesordnungspunkt 25 erledigt.

Meine Damen und Herren! Das war zugleich der letzte Tagesordnungspunkt, bei dem ich die Ehre und Freude hatte, die Sitzung zu leiten. Es mögen seit 1990 weit mehr als 1 000 Sitzungen gewesen sein, die ich geleitet habe. Ich habe es gern getan. Jetzt hoffe ich, dass Sie mich wenigstens in dieser Funktion in leidlich guter Erinnerung behalten. - Danke schön.

(Starker, lang anhaltender Beifall im ganzen Hause)

Präsident Herr Steinecke:

So, meine Damen und Herren, wir wollen den letzten Akkord setzen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 26** auf:

Beratung

Nordverlängerung der A 14 zügig realisieren

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD - **Drs. 5/3085**

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE - **Drs. 5/3118**

Einbringer ist der Abgeordnete Herr Güssau von der CDU-Fraktion. Herr Güssau, Sie haben das Wort. - Wo ist Herr Güssau? So, Herr Güssau, dann können Sie jetzt das Wort nehmen. Bitte.

Herr Güssau (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für das Land Sachsen-Anhalt ist und bleibt die Nordverlängerung der A 14 das aktuell wichtigste Straßenneubauprojekt.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Herrn Dr. Schrader, FDP, und von Herrn Franke, FDP)

Meine Damen und Herren! Ich habe mir vorgenommen, mir etwa zehn Minuten für diese Einbringung Zeit zu lassen, weil ich denke - -

Präsident Herr Steinecke:

Sie haben 15 Minuten für die Einbringung.

Herr Güssau (CDU):

Ich werde mir zehn Minuten nehmen, Herr Präsident.

(Herr Tullner, CDU: Eine halbe Stunde geht auch!)

Präsident Herr Steinecke:

Gut.

Herr Güssau (CDU):

Ich werde mir die Zeit nehmen, weil im Bundestag eine Aktuelle Debatte zur A 14 losgetreten wurde. Gestatten Sie es mir als altmärkischem Abgeordneten, als jemandem, der in Stendal geboren wurde und aufgewachsen ist und dort noch lebt, zu sagen, dass wir zu Hause diese Debatte sehr aufmerksam verfolgen. Besonders interessant ist für uns, dass Menschen, die nicht in der Altmark wohnen, besonders gern über die Dinge sprechen, von denen sie denken, das müssten wir unbedingt haben oder nicht haben.

Über die A 14 wurde schon sehr viel berichtet und gesprochen. In den Parlamenten sind hierzu Entscheidungen getroffen worden. Aber ich nehme auch die Menschen wahr, die heute vor dem Landtag standen und für etwas demonstriert haben,

(Beifall bei der CDU und von der Regierungsbank - Herr Tullner, CDU: Lassen Sie die mal demonstrieren!)

sodass ich hier stellvertretend für diese Menschen spreche und das Projekt der Nordverlängerung der A 14

noch einmal umfassend darstelle - für einige, die es bis heute noch nicht verstanden haben, zum Mitmeißeln.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Zuruf von Herrn Tullner, CDU)

Zu der Nordverlängerung gibt es aufgrund der zu erwartenden positiven Wirkungen nicht nur für die strukturschwachen Regionen der Altmark, der Prignitz, des Landkreises Ludwigslust und von Teilen Niedersachsens, sondern auch für die Anbindung der mitteldeutschen Wirtschaftsräume keine Alternative.

Alle drei beteiligten Bundesländer und auch der Bund - das hat die Entscheidung des Bundestagsverkehrsausschusses in der letzten Woche noch einmal deutlich gezeigt - stehen zu diesem Projekt. Ich sage: Das ist ein deutliches Zeichen. Es ist wichtig, dass vom Landtag in Sachsen-Anhalt heute ein genauso eindeutiges Signal in diese Richtung geht.

(Beifall bei der CDU und von der Regierungsbank)

Das jüngste Anzetteln einer grundsätzlichen Diskussion über das Erfordernis des Lückenschlusses der A 14 Magdeburg - Wittenberge - Schwerin, angeregt durch Mitglieder von Bündnis 90/DIE GRÜNEN,

(Herr Gürth, CDU: Wer ist denn das?)

ist in meinen Augen schon sehr erstaunlich; denn unter der Verantwortung einer Bundesregierung aus Rot und Grün wurde im Jahr 2003 der Bundesverkehrswegeplan und das damit verbundene 5. Fernstraßenausbaugesetz verabschiedet. Es wurde damit ein Auftrag an die beteiligten Länder Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern erteilt, die Planung des Lückenschlusses der A 14 durchzuführen.

(Herr Borgwardt, CDU: Genau!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die genannten Länder, die Bundesregierung und die Europäische Union haben eine grundsätzliche Übereinkunft zur Finanzierung des Neubaus der Nordverlängerung der A 14 getroffen. Diese Übereinkunft macht ganz klar: Das Projekt ist gewollt. Die Finanzierung steht. Es könnte schon jetzt gemeinsam angepackt

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Machen Sie mal! Richtig!)

und das Projekt Schritt für Schritt umgesetzt werden.

Deswegen bin ich dankbar, dass hier und heute noch einmal Gelegenheit dazu besteht, aufzuzeigen, ob und wie die Fraktionen und die einzelnen Mitglieder des Landtages zur Realisierung des Lückenschlusses der A 14 stehen.

Die Landesregierung hat ihre Hausaufgabe bezüglich der Vorplanungen zur A 14 sauber gemacht.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD)

Die drei beteiligten Länder haben sich der anspruchsvollen Aufgabe gestellt und haben insbesondere im Hinblick auf den zusätzlich erteilten ökologischen Planungsauftrag auf der Grundlage umfangreicher Untersuchungen und der Anwendung der aktuellsten wissenschaftlichen Erkenntnisse aus dem Bereich des Umwelt-, Natur- und Artenschutzes fachlich fundierte Planunterlagen aufstellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der BUND und zwei Privatleute haben von ihrem demokratischen Recht Gebrauch gemacht und haben im Mai 2010 Klage gegen das Teilstück Wolmirstedt - Colbitz eingelegt. Zwei Eilantragsverfahren sind am 4. und am 12. November 2010 abgeschlossen worden.

Ich persönlich will keinen Hehl aus meiner Zuversicht machen, dass das Bundesverwaltungsgericht die qualifizierten Planungen des Landes bestätigen wird und noch in diesem Jahr der Bau der A 14 beginnt.

(Beifall bei der CDU)

Die Bürgerinnen und Bürger brauchen endlich Klarheit.

(Herr Doege, SPD: Richtig! - Herr Gallert, DIE LINKE: Warum machen wir das dann nicht so?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Region der Altmark, die Prignitz, Teile des südlichen Mecklenburg-Vorpommerns und noch dazu Teile von Niedersachsen - das ist ein Gesamttraum, der straßenverkehrlich weit unterdurchschnittlich erschlossen ist. Das ist kein Schlechtreden des Images einer Region, sondern das ist die Feststellung der Lebenswirklichkeit.

(Beifall bei der CDU und von der Regierungsbank)

Dieser Raum wird von den Autobahnen A 2, A 7, A 24 und A 10 umrahmt. Wenn Sie sich das einmal vorstellen: Das ist das größte Gebilde Deutschlands als Raum, der durch eine Autobahn eben nicht erschlossen ist. Daraus resultieren in diesem Raum auch lange Fahrtzeiten.

(Herr Tullner, CDU :Genau! Bis nach Wismar!)

Im Bundesvergleich gehört dieser Bereich zu den strukturschwachen ländlichen Räumen mit sehr starken Entwicklungsproblemen. Einen großen Anteil daran hat aber vor allem auch die jahrzehntelange teilungsbedingte Lage des Raumes im Umfeld der ehemaligen innerdeutschen Grenze.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Herrn Miesterfeldt, SPD)

Anfang Juli 2002 erfolgte eine Verständigung der drei Länder mit dem Bundesverkehrsminister auf ein Verkehrsprojekt. Das ist der so genannte Hosenträger. Dieser erschließt diesen Gesamttraum gleich in mehrfacher Weise. Seine Bestandteile sind Ihnen alle bekannt. Der wichtigste Bestandteil - darüber sprechen wir heute - ist der Lückenschluss der Bundesautobahn A 14 von Magdeburg über Wittenberge nach Schwerin. Aber zum Hosenträger gehört auch die Schaffung einer leistungsfähigen Verbindung zwischen der A 39 und der A 14 im Zuge der B 190n und die Weiterführung nach Osten über Havelberg bis zur A 24 bei Neuruppin.

(Beifall bei der CDU)

Dazu gehört der Neubau der B 71n im Raum Haldensleben, der Ausbau der B 188 von der A 14 in Richtung Wolfsburg. Dazu zählt aber auch der Neubau der A 39 von Wolfsburg nach Lüneburg.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Herrn Miesterfeldt, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt keine vernünftigen Argumente mehr gegen die Realisierung der Nordverlängerung. Den nachfolgenden Fakten kann sich niemand verschließen. Vergleichbare Wirkungen

sind auch durch den Ausbau von Bundesstraßen nicht zu erreichen.

Wir wollen den schnellstmöglichen Bau des Lückenschlusses der A 14, weil wir davon überzeugt sind, dass nur so die bisher nicht eingehaltenen Standards für die Erreichbarkeit unserer Städte als Versorgungszentren erreicht werden können, dass nur durch die angemessene Anbindung der Altmark an die großräumige Straßeninfrastruktur die Standortqualität erheblich verbessert wird, dass nur so der größte autobahnfreie Raum Deutschlands an das überregionale Verkehrsnetz angeschlossen wird, dass nur so die Anbindung im Verkehrskorridor zwischen Hamburg und den deutschen Ostseehäfen bis nach Tschechien gelingt, dass nur so spürbare Entlastungen für die Bundesstraßen vom Lkw-Verkehr entstehen und dass nur so die Entwicklung von Industrie- und Gewerbegebieten voranschreitet, wie zum Beispiel in Stendal-Borstel als Vorrangstandort mit übergeordneter strategischer Bedeutung für neue Industrieansiedlungen.

Meine Damen und Herren! Die Realisierung der A 14 verkürzt die Fahrtzeiten zur nächsten Autobahnanschlussstelle für rund 330 000 Einwohner auf den in Deutschland allgemein üblichen Standard. Der LINKEN und den Grünen geht es nicht um eine Verringerung von Fahrtzeiten. Bei ihnen hat die Langsamkeit Methode.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Herrn Miesterfeldt, SPD)

Ich darf aus dem Regionalentwicklungskonzept der LINKEN für die Altmark zitieren:

„Ein Landurlaub ist immer mit Beschaulichkeit verbunden.“

(Heiterkeit bei der CDU)

„Einer allmählichen Einstimmung auf das Urlaubsziel ist eine Fahrt auf den letzten 50 km auf Bundes- und Landstraßen nicht abträglich.“

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Herr Gürth, CDU: Wer wählt denn so etwas? - Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ist das wirklich Ihr Ansatz, den Menschen in der Altmark Entwicklungsperspektiven zu geben?

(Herr Gürth, CDU: Das hätte ich auf das Plakat geschrieben da oben in der Altmark!)

Gemütliche Landpartien mit dem Pkw mögen für den Touristen attraktiv sein, für die in der Altmark wohnhaften Berufspendler und die Unternehmen sind sie es sicherlich nicht.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Herrn Miesterfeldt, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Worauf kommt es im Kern an?

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Ja, das ist die große Frage! Genau, das möchten wir von Ihnen wissen!)

Dürfen wir es zulassen, dass Regionen in unserem Land abgekoppelt werden? - Ich sage: Nein!

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

Brauchen wir eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur als eine wesentliche Voraussetzung für die Belebung des Raumes und die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse? - Ich sage: Ja!

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

Brauchen wir die Verbesserung der Standortqualität im strukturschwachen Raum, mit der der Abwanderung junger Arbeitnehmer entgegengewirkt werden kann? - Ich sage: Ja!

(Beifall bei der CDU)

Und ich sage auch: Das alles geht nur hier und jetzt mit der A 14. Sagen auch Sie Ja zum Lückenschluss der A 14, damit die Altmark weiter vorankommt.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU: Ja-wohl!)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Güssau. Herr Güssau, es gibt eine Nachfrage von Frau Dr. Klein. Möchten Sie sie beantworten?

Herr Güssau (CDU):

Ich kann meiner Ausschussvorsitzenden nicht widerstehen.

Präsident Herr Steinecke:

Gut, Sie wollen. - Bitte, Frau Dr. Klein, Sie haben das Wort.

Frau Dr. Klein (DIE LINKE):

Danke, Herr Präsident. - Herr Güssau, ich hatte bis jetzt angenommen, die politischen Entscheidungen für die A 14 sind gefallen. Wo ist jetzt der entscheidende Knackpunkt, warum wir heute noch einmal darüber reden müssen?

(Zurufe von der LINKEN: Weil Wahlkampf ist!
- Weil Wahlen sind und die Leute nicht wissen,
dass das Quatsch ist! - Zuruf von der CDU: Weil
DIE LINKE keine Meinung hat! - Unruhe)

Präsident Herr Steinecke:

Nun lassen Sie Herrn Güssau bitte die Frage beantworten.

Herr Güssau (CDU):

Herr Präsident, ich bin schon groß. Ich kann mich allein wehren.

(Heiterkeit)

Frau Dr. Klein, ich wollte Sie noch einmal daran erinnern, dass es nicht die CDU war oder ich persönlich, in der Altmark lebend, der dieses Thema hervorgekramt hat. Das ist ein Wahlkampfthema der Grünen,

Frau Dr. Klein (DIE LINKE):

Wo sind die denn?

Herr Güssau (CDU):

die im letzten Jahr damit begannen, im Bundestag dieses Thema auf die Tagesordnung zu heben. Was mich

ein bisschen kirre macht, ist das Verhalten der Partei DIE LINKE im Bundestag bzw. in den Ausschüssen zu diesen Anträgen der Grünen.

(Herr Kolze, CDU: So ist es!)

Deshalb, meine Damen und Herren, werden wir in der Altmark nicht schweigen, wenn es um die A 14 geht; denn sie betrifft uns persönlich. Wir haben das Recht, zu sagen, wie wir uns bei diesem Thema fühlen, und wir werden uns dazu laut und deutlich äußern.

(Herr Kolze, CDU: Heute darfst du das!)

Auch Sie können heute in einer Abstimmung zeigen, dass Sie zu diesem Projekt stehen. Sie haben ein sehr komisches Verhalten: Je dichter Sie in der Altmark an dem Thema dran sind, desto stärker schreien Sie „Ja!“ für die Autobahn, und je weiter Sie sich davon entfernen, umso diffuser wird Ihre Haltung zur Nordverlängerung.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Herr Steinecke:

Frau Dr. Klein hat noch eine Nachfrage. Bitte schön.

Herr Güssau (CDU):

Aber selbstverständlich, Frau Dr. Klein. Bitte.

Frau Dr. Klein (DIE LINKE):

Also heißt das für künftige Landtage, dass dann in der Regel über Gefühle abgestimmt wird und nicht mehr über Fakten?

(Beifall bei der LINKEN - Oh! bei der CDU)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank.

Herr Güssau (CDU):

Das war eine Frage, ja?

Präsident Herr Steinecke:

Ja, bitte. Sie können antworten.

(Zuruf von der CDU: Ohne Gefühle geht nichts!)

Herr Güssau (CDU):

Frau Dr. Klein, Sie müssen auch mal zuhören; ich habe vielleicht etwas lange gesprochen.

(Zuruf von Frau Dr. Klein, DIE LINKE)

Ich habe gesagt: An dieser Stelle haben wir heute noch einmal die Gelegenheit, ganz klar festzustellen, wie wir uns zu diesem Projekt verhalten, und vor allen Dingen festzustellen, wie Sie sich als Fraktion zu diesem Projekt verhalten. Das hat nichts mit Gefühlen zu tun.

Frau Dr. Klein (DIE LINKE):

Es ist doch völlig egal, wie wir uns verhalten.

(Widerspruch bei der CDU - Zuruf von der CDU:
Buh!)

Die Beschlüsse sind gefasst, und es gibt eine

(Unruhe)

Präsident Herr Steinecke:

Liebe Frau Abgeordnete!

Frau Dr. Klein (DIE LINKE):

eindeutige Mehrheit für diesen Beschluss.

(Zuruf: Dann können Sie doch mitgehen! - Herr Kolze, CDU: Gott sei Dank haben Sie nicht die Mehrheit! - Weitere Zurufe von der CDU - Unruhe)

Herr Güssau (CDU):

Das können Sie ja nachher mit Ihrem Abstimmungsverhalten demonstrieren.

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank. - Liebe Frau Abgeordnete Dr. Klein, ich schätze Sie außerordentlich, aber ich hatte Ihnen, glaube ich, nicht das Wort erteilt. Aber es ist ja beantwortet worden.

Meine Damen und Herren! Bevor ich jetzt für die Landesregierung Herrn Minister Dr. Daehre das Wort erteile, begrüße ich Damen und Herren der Urania aus Salzwedel auf der Tribüne. Herzlich willkommen, meine Damen und Herren!

(Beifall im ganzen Hause)

Nun erteile ich dem Herrn Minister das Wort. Bitte schön.

Herr Dr. Daehre, Minister für Landesentwicklung und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist sicherlich eine meiner letzten Reden vor diesem Hohen Haus, in der es noch einmal um die A 14 und - ich will es wenigstens ein Mal gesagt haben - um die Realisierung des Hosenträgers geht. Herr Güssau hat das schon alles ausführlich erläutert. Damit es auch deutlich ist: Wir vergessen die westliche Altmark nicht.

Darf ich die Frage vorweg beantworten, warum wir uns heute noch einmal damit beschäftigen und warum ich den Fraktionen dafür auch dankbar bin?

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Ja, bitte!)

Die Grünen im Bundestag haben versucht, das Projekt zum Stolpern zu bringen.

(Herr Gürth, CDU: Die sind ja gegen alles!)

Es wurde darüber diskutiert, dass die Finanzierung nicht stehe. Ich war anwesend und habe den Redebeitrag des Landes Sachsen-Anhalt zu Protokoll gegeben. Im Verkehrsausschuss ergab das Abstimmungsergebnis, dass sich die LINKEN der Stimme enthalten haben.

(Herr Scharf, CDU: Ach so! - Herr Gürth, CDU: Die sind nicht für die A 14? - Weitere Zurufe von der CDU)

Die LINKEN im Bundestag haben sich der Stimme enthalten, meine Damen und Herren! Sie haben den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht abgelehnt, sondern sich der Stimme enthalten.

(Herr Gürth, CDU: Sie vertreten also nicht die Interessen der Altmark!)

Darum ist es so wichtig, dass von diesem Land Sachsen-Anhalt ein Signal ausgeht und dass man zur Kenntnis nimmt, dass eine überwiegende Mehrheit dafür ist,

(Zustimmung von Herrn Kolze, CDU)

und dass das dann auch genauso gewertet wird, als wenn eine Mehrheit dagegen wäre.

Nun kommt immer wieder die Frage, warum es nicht losgeht. Meine Damen und Herren! Diese Frage lässt sich ganz einfach beantworten: Das Bundesverwaltungsgericht hat über den ersten Abschnitt zu entscheiden und, ich denke, es sollte auch in Richtung des Bundesverwaltungsgerichts möglich sein zu signalisieren, ohne dass wir in irgendeiner Form politischen Druck ausüben wollen, dass die Mehrheit der Bevölkerung die Nordverlängerung will.

Darum konzentriere ich mich heute in der Zeit, die ich hier habe, nicht darauf, über das Politische zu reden - das hat Herr Güssau hervorragend herübergebracht. Es soll vielmehr darum gehen, einmal deutlich zu machen, was wir unabhängig vom Bau alles für den Umwelt- und Naturschutz tun. Ich will das juristisch einwandfrei herüberbringen und werde das deshalb verlesen:

Mit dem Urteil zur A 143 haben wir neuerliche Auflagen bekommen. Deshalb sind folgende Maßnahmen zu benennen: An 60 % der über 100 Ingenieurbauwerke sind für die ökologische Durchlässigkeit Veränderungen vorgenommen worden, die aus den speziellen Anforderungen der Umsetzung der EU-Richtlinien zur FFH-Verträglichkeit - damit ist Flora-Fauna-Habitat gemeint - und zum Artenschutz herrühren.

Besondere Bauwerke mit einem naturschutzfachlichen Hintergrund sind: vier Wildgrünbrücken, fünf Wildunterführungen, sechs Fledermausüberführungen, zehn Fledermausunterführungen, 31 fischottergerechte Querungen, 17 Durchlässe für Amphibien.

Zur Untersetzung will ich am Beispiel des Bauwerks entlang der A 14 über den Dollgraben Folgendes ausführen: In der Vorplanung, vor dem Urteil zur A 143 ist von einem Bauwerk mit einer lichten Weite von 30 m und einer lichten Höhe von 4 m und von Kosten in Höhe von 1,96 Millionen € ausgegangen worden. Jetzt, nach dem Urteil zur A 143, betragen die lichte Weite 95 m, die lichte Höhe 3 m, und die Kosten 6,98 Millionen €. Meine Damen und Herren! Das ist ein Beispiel für den Natur- und Artenschutz.

Die Aufweitung des Bauwerks begründet sich in seiner ökologischen Funktion im Zusammenhang mit weiteren Maßnahmen der landschaftspflegerischen Begleitplanung: Schaffung von Biotopverbänden, Verbesserung der vorhandenen Funktion und Qualität als Lebens- und Nahrungshabitat für viele Arten, Fledermäuse, Amphibien, Biber usw., Schaffung unterschiedlicher Strukturen wie Feldgehölze und gewässerbegleitende Gehölzreihen, Umwandlung von Acker in Extensivgrünland, Anlage von Kleingewässern, Neuanlage von Leitstrukturen für Fledermäuse, Schaffung neuer bzw. von Ausweichhabitaten für die durch das Bauvorhaben beeinträchtigten Habitate, Anlage von mindesten 20 m breiten Gehölzstreifen entlang des Dollgrabens unter Berücksichtigung der Habitatansprüche der Libellen, Anlage von Feldsöllen in einer Größe von mindestens 250 m² für die Knoblauchkröte und den Moorfrosch.

Meine Damen und Herren! Ich trage das nicht vor, weil ich das eine oder andere ironisch meine.

(Herr Lüderitz, DIE LINKE: Überhaupt nicht! - Weitere Zurufe von der LINKEN)

Ich will deutlich machen, welche Mühe wir uns beim Arten- und Naturschutz machen. Ich könnte noch viele andere Projekte nennen, wo die Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Am Ende muss aber auch einmal die Frage gestellt werden, wo der Mensch bleibt.

(Zustimmung bei der CDU, bei der FDP und von Herrn Felke, SPD)

Eine übergroße Mehrheit der Menschen befürwortet das Vorhaben, nicht nur wegen der wirtschaftlichen Entwicklung der Altmark, sondern auch um Chancengleichheit innerhalb der Regionen Deutschlands herzustellen. Wir sind bereit, alles für den Natur- und Umweltschutz zu tun. Das setzt aber voraus, dass man uns die Möglichkeit gibt, das Vorhaben zu realisieren.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Die Anbindung und Verlängerung der B 190 neu, die dreistreifig gebaut werden soll, oder der Anschluss von Haldensleben an die A 14 über die B 71 neu ist für diese Region wichtig.

(Zustimmung von Herrn Güssau, CDU)

Das ist aber nicht nur für Sachsen-Anhalt wichtig, meine Damen und Herren, sondern ebenso für Brandenburg, für Mecklenburg-Vorpommern und für Niedersachsen, für den gesamten nordöstlichen Raum Deutschlands.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich weiß, dass wir unter Zeitdruck stehen. Wir müssen sehen, dass wir die EU-Mittel bis zum Jahr 2015 verbaut haben. Darum kann ich mich dem nur anschließen, was Herr Güssau zum Ausdruck gebracht hat, dass wir in diesem Jahr das Baurecht für den ersten Abschnitt bekommen müssen. Ich kann Ihnen auch sagen, dass die Verwaltung die Planfeststellungsverfahren für die anderen Abschnitte entweder schon eingeleitet hat oder dabei ist, sie einzuleiten. Das trifft auch auf Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zu. Wenn wir den ersten Schritt getan und das Baurecht für den ersten Abschnitt haben, dann, denke ich, wird es uns auch gelingen, die nächsten Schritte zügig umzusetzen.

Eine vorletzte Anmerkung: Das Projekt darf nicht am Lärmschutz scheitern. Darum habe ich auch noch einmal vorgelesen, was wir alles für den Naturschutz tun.

Meine Damen und Herren! Ich bitte das Hohe Haus, auch für die Zukunft darauf zu achten: Wenn Sie Marienborn passieren und nach Helmstedt fahren, dann haben Sie Lärmschutzwände vom Feinsten. Die Lärmschutzwände sind gebaut worden, um im Hinblick auf die Expo 2000 in Hannover zu zeigen, was Deutschland kann. Die Maßnahmen sind aus meiner Sicht überzogen, weil wir in der Mitte der Autobahn auch noch Lärmschutzwände haben. Aber was für diese Region gilt, das muss auch für die Umsetzung der A 14 gelten; denn Lärm macht krank. Ich verstehe jeden, der in unmittelbarer Nähe der Autobahn wohnt, wenn er sagt, es muss etwas passieren.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP)

Wenn wir das, was wir für die Tiere machen, auch annähernd für die Menschen hinbekommen und in ein vernünftiges Verhältnis zueinander setzen und wenn wir uns dabei nicht zurückziehen, weil ein dB-Wert vielleicht zu hoch oder zu niedrig ist, dann haben wir für die Menschen etwas getan. Lassen Sie uns deshalb weiter streiten.

Ich bin davon überzeugt - das muss hier noch einmal gesagt werden -: Wenn es am 20. März einer Partei, die heute nicht im Landtag ist,

(Frau Weiß, CDU: Und auch weiter nicht ist!)

gelingt, in den Landtag einzuziehen, und die den grünen Anstrich hat - damit deutlich ist, wen ich meine -, dann verspreche ich Ihnen, dass Sie dieses Thema der A 14 nicht loswerden. Dann geht es erst richtig los. Ich hoffe, dass heute ein eindeutiges Signal von diesem Landtag ausgeht, dass das Land Sachsen-Anhalt

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD und bei der FDP)

mit seinen Volksvertretern für dieses Projekt ist. Jetzt zeigen Sie einmal, meine Damen und Herren, dass Sie das Volk vertreten. Das werden wir nachher bei der namentlichen Abstimmung sehen. Ich bedanke mich ganz herzlich für diesen Antrag und wünsche dem Projekt einen baldigen Baubeginn. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD und bei der FDP)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Minister. - Wir kommen jetzt zu den Debattenbeiträgen der Fraktionen. Ich darf die FDP-Fraktion bitten und erteile dem Abgeordneten Herrn Dr. Schrader das Wort. Bitte schön.

Herr Dr. Schrader (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die A-14-Nordverlängerung muss jetzt endlich gebaut werden.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU - Frau Bull, DIE LINKE: Das Pfeifen im Walde!)

In den letzten Wochen, angestachelt durch einen Vorstoß der Dagegen-Partei im Bundestag,

(Heiterkeit und Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

wurden sehr viele Leserbriefe in der „Volksstimme“ veröffentlicht. Darum können Sie nicht behaupten, dass das kein Thema sei. Sie sind ja immer dafür, die Bürger mitzunehmen.

(Herr Tullner, CDU: Wir auch!)

Ein Leserbrief, der kürzeste von allen, hat mich stark beeindruckt und beschreibt sehr treffend die Situation und die Stimmungslage.

Ein 80-jähriger Leser hat sinngemäß geschrieben: Lasst die Chinesen die Autobahn bauen, dann erlebe ich das wenigstens noch.

(Heiterkeit bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Der Lückenschluss der A 14 ist der einzig vernünftige Weg, um den größten autobahnfreien Raum Deutschlands in die überregionale

Verkehrsstruktur zu integrieren, um den Menschen in der Altmark die notwendige Mobilität zu bringen, um die Chancen für Unternehmensansiedlungen und Arbeitsplätze zu verbessern und um den gesamten mitteldeutschen Raum an die Ostseehäfen anzubinden.

Den vorliegenden Antrag der Koalition können wir vorbehaltlos unterstützen. Wir wollen die A 14 ohne Wenn und Aber!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Der A-14-Lückenschluss steht darüber hinaus im Bundesverkehrswegeplan. Das heißt, es haben Prüfungen, intensive Diskussionen stattgefunden. Und das heißt vor allem: Er hat Gesetzeskraft und es gibt eine Finanzierungsvereinbarung. Für uns als Rechtsstaatspartei ist es deshalb selbstverständlich, dass ein demokratisch beschlossenes Gesetz umgesetzt wird. Wenn Minderheiten nachträglich solche Entscheidungen revidieren wollen, an den demokratisch gewählten Gremien vorbei, kann das einen bleibenden Schaden für die parlamentarische Demokratie bedeuten.

Spätestens seit Stuttgart 21 wissen wir, wie wichtig es ist, den Menschen vor Ort immer wieder Dinge zu erklären, vor allem Dinge, die vor Jahren ausführlich diskutiert, geplant und entschieden wurden. Aber durch die vielen, vielen Jahre, die vergangen sind, bis es endlich zum Baustart kommt, haben viele diese demokratisch gefassten Beschlüsse schon wieder vergessen. Wir haben da teilweise neue Generationen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Deshalb ist es richtig und ausgesprochen wichtig, dass auch jetzt wieder, zum Ende dieser Legislaturperiode, über das bedeutsame A-14-Projekt hier im Landtag diskutiert wird, in einer Zeit, in der die Endplanungen zur A 14 auf Hochtouren laufen, die ersten Planfeststellungsbeschlüsse gefasst sind, aber auch die ersten Klagen anhängig sind, was dazugehört, denn keiner möchte das Verbandsklagerecht infrage stellen.

Es gibt aber einen fundamentalen Unterschied zum Projekt Stuttgart 21. Dort hat sich, angestachelt von einer Minderheit, letztlich eine breite Bevölkerungsschicht zum Protest auf der Straße eingefunden. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen, egal wie man zu dem Projekt steht. Bezüglich der A 14 haben wir Derartiges noch nicht erlebt, und wir werden es auch nicht erleben. Eher im Gegenteil, die Menschen werden auf die Straße gehen, die A 14 fordern, wenn nicht bald der Baubeginn erfolgt. Wir haben es heute früh schon gesehen.

(Beifall bei der FDP)

Eine ganz große Mehrheit, und nicht nur in der Altmark, sondern in ganz Sachsen-Anhalt und darüber hinaus, will die Autobahn und wartet dringlich auf sie. Die Strategie eines Umweltverbandes, mit öffentlicher Vorankündigung jeden einzelnen Streckenabschnitt beklagen zu wollen, um das Vorhaben in die Länge zu ziehen, es damit zu verteuern und vielleicht ganz zu verhindern, halte ich nicht nur für höchst bedenklich, sondern nicht mehr für akzeptabel.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das ist Missbrauch des Verbandsklagerechts; das ist nicht mehr so hinnehmbar.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Genauso vehement lehne ich deshalb Anträge einzelner Bundestagsfraktionen ab, die eine Einstellung des Planfeststellungsverfahrens fordern. Das ist schlicht unseriös und realitätsfern. Wer so etwas fordert, hängt nicht nur den Osten ab, er will die Uhr und die Welt zurückdrehen, mit dramatischen Folgen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte der SPD dazu gratulieren, dass sie diesen Antrag mitträgt und sich auf Bundesebene klar dazu bekannt hat. Sie haben sich in diesem Punkt bisher nicht vom vermeintlich künftigen Koalitionspartner in die falsche Richtung treiben lassen und stehen zu Ihrem Beschluss. Diese Standhaftigkeit wünsche ich mir auch bei anderen Fragen.

(Zuruf von der LINKEN)

Was wird aber sein, wenn es andere Konstellationen gibt? - Hören Sie doch mal zu; das müssen Sie aushalten. - Wenn es wie immer geartete linke Mehrheiten und Regierungen gibt, dann besteht die Gefahr, dass auch die A 14 wieder den Rückwärtsgang einlegt, dass eine Gefahr von links kommt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Denken Sie bitte an den Landesentwicklungsplan 1999. Damals haben Sie sich nicht getraut, hineinzuschreiben: Wir wollen eine Autobahn. Sie haben gesagt: Schaffung einer leistungsfähigen Nord-Süd-Verbindung durch auszubauende vorhandene Bundesstraßen oder neu zu bauende Bundesfernstraßen. Auf Druck der LINKEN haben Sie sich das nicht getraut.

Meine Damen und Herren! Erst 2002 kam wieder Fahrt in die Diskussion durch die bürgerliche Regierung und Mehrheit. Jetzt droht Gefahr von links.

(Lachen bei der LINKEN)

Ich bin gespannt, wie sich die LINKE heute - jetzt komme ich zu Ihnen - in einer namentlichen Abstimmung zu dem Projekt positioniert.

(Zuruf von der LINKEN)

- Sie müssen es aushalten, Frau Bull.

Meine Damen und Herren! Mit Ihrem vorliegenden Änderungsantrag, der ein reines Ablenkungsmanöver ist, ist Ihre Position klar. Dieser Antrag ist kein Bekenntnis zur A 14. Wer sich nicht bekennt, ist nicht dafür.

(Beifall bei der FDP)

Zu behaupten, weitere politische Debatten und Bekenntnisse machen keinen Sinn, ist ein starkes Stück, sind Sie es doch, die immer wieder behaupten, bei wichtigen Vorhaben muss man den Leuten immer wieder erklären, worum es geht, und muss sie mitnehmen. Mit Ihrer jetzigen Position machen Sie sich gänzlich unglaubwürdig.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Ich beantrage eine namentliche Abstimmung. Wir stimmen dem Antrag der Koalitionsfraktionen natürlich zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank dem Abgeordneten Herrn Dr. Schrader. - Wir kommen jetzt zum Debattenbeitrag der SPD. Ich darf dem Abgeordneten Herrn Doege das Wort erteilen.

Herr Doege (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem heutigen Antrag unterstreichen die Koalitionsfraktionen noch einmal die Bedeutung der Umsetzung der A-14-Nordverlängerung für unser Land. Die A-14-Nordverlängerung zählt genauso wie ein anderes Investitionsprojekt, die Vollendung des Saale-Ausbau mit dem Saale-Kanal Tornitz, zu den bedeutendsten Infrastrukturmaßnahmen für unser Land Sachsen-Anhalt.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)

Beide Projekte sind gleichbedeutend wichtig; denn sie vervollständigen die Infrastruktur des Logistikstandortes Sachsen-Anhalt. Die Logistikbranche hat in den letzten Jahren erheblich an Dynamik gewonnen. Sie zählt zu den bedeutendsten Wirtschaftszweigen unseres Landes und sichert letztlich Tausende von Arbeitsplätzen.

Die Gegner der Nordverlängerung - wie sollte es anders sein - sind die gleichen wie bei anderen Infrastrukturprojekten. Ich nannte gerade den Saale-Ausbau. BUND, Nabu & Co. sind nahezu gegen jedes Verkehrsvorhaben in diesem Land. Ich verweise nur auf die Umfahrung von Halle. Wir nehmen dies zur Kenntnis. Es ist jedoch kein Grund für die Koalition, sich von diesen Projekten zu verabschieden.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)

In Deutschland gelten Planfeststellungsverfahren, und diese berücksichtigen umfänglich alle Aspekte, auch Natur- und Landschaftsschutz, Lärm etc. Deshalb ist es unser Grundsatz, diese rechtsstaatlichen Verfahren durchzuführen und die Ergebnisse dieser Verfahren abzuwarten. Sofern eine Umsetzung möglich ist, wollen wir die Umsetzung auch erreichen. Es ist die Aufgabe aller Behörden, die an den Verfahren beteiligt sind, nach dem Urteil zu der A 143 noch sorgfältiger als bisher zu arbeiten, um die Chancen für Klagen zu minimieren.

Ich glaube, es besteht hier im Hohen Haus weitgehend Einigkeit darüber, dass die von mir genannten Infrastrukturvorhaben letztendlich realisiert werden sollen. Wir wollen gemeinsam, dass sich unser Heimatland Sachsen-Anhalt weiter dynamisch entwickelt. Dies setzt jedoch voraus, dass wir eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur haben. An deren Ausbau hat die Koalition in den letzten Jahren erfolgreich gearbeitet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die zügige Umsetzung der A-14-Nordverlängerung ist letztlich auch wichtig, um die Finanzierung, die ja gesichert ist, in dem verfügbaren Zeitraum durchsetzen zu können. Es ist bereits mit einigen bauvorbereitenden Arbeiten begonnen worden. Archäologische Untersuchungen, aber auch naturschutzfachliche Maßnahmen wurden bereits begonnen. Vonseiten der Landesregierung wird erwartet, dass die derzeit anhängigen Klagen in Kürze vom Bundesverwaltungsgericht einer Entscheidung zugeführt werden. Sollten diese Klagen abgewiesen werden, könnte der Baubeginn also relativ zeitnah erfolgen,

Wir wollen die Debatte zur A-14-Nordverlängerung allerdings auch nutzen, um den Gegnern dieses Projektes noch einmal klar zu sagen, dass dieses Bundesland Sachsen-Anhalt, dass die Koalition zu diesem Projekt stehen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)

Nach Umfragen hinsichtlich der A-14-Nordverlängerung, die regional natürlich durchaus variieren, bewegt sich die Zustimmung der Bevölkerung zwischen 80 und 95 %. Ich denke, das sucht seinesgleichen. Es gibt sicherlich wenige Projekte, die so unumstritten sind wie die A-14-Nordverlängerung.

Zu dem, was die Gegner immer wieder zu Felde führen, es würde ausreichen, die vorhandenen Bundesstraßen auszubauen, man bräuchte die Nordverlängerung nicht, stand im Jahr 1999 ein Artikel in der „Altmark-Zeitung“, den ich zitieren möchte. Der beschreibt die Situation zutreffend:

„Für die Erschließung der Region an sich würde ein vierspuriger Ausbau der Bundesstraßen 188, 189 und 190 vollauf genügen, wenn wir im Umkreis von 50 km schon Autobahnen hätten. Hier geht es um die Anbindung der Altmark auf Bundesebene und um eine Transitfunktion der Autobahn.“

Dies sagte mein geschätzter Kollege Gerhard Miesterfeldt damals als Regierungspräsident schon im Jahr 1999. Das ist nach wie vor die Situation. Das Problem wird nicht gelöst durch den Ausbau der vorhandenen Bundesstraßen, sondern wir brauchen die Nordverlängerung, den Lückenschluss der A 14.

(Zustimmung bei der CDU - Herr Scheurell, CDU: Weil Herr Miesterfeldt im Leben steht!)

Außerdem möchte ich noch anfügen: Würde man dem folgen und sich auf den Ausbau der vorhandenen Bundesstraßen beschränken, müssten die ganzen Planungsverfahren neu begonnen werden. Das wäre mit einem zeitlichen Verzug verbunden, der überhaupt nicht absehbar ist. Das heißt, es ist für uns keine wirkliche Alternative.

Lassen Sie mich damit schließen: Die Altmark, aber auch der mitteldeutsche Raum und das Land Sachsen-Anhalt brauchen die Nordverlängerung der A 14. Deshalb sind alle aufgerufen, daran mitzuarbeiten, dass uns die Realisierung in dem verfügbaren Rahmen gelingt. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich möchte noch sagen, dass die Koalitionsfraktionen den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE ablehnen, da in unserem Antrag bereits alles vollumfänglich enthalten ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank. Herr Abgeordneter Doege, es gibt eine Nachfrage von Frau Dr. Paschke. Wollen Sie sie beantworten? - Jawohl. Dann haben Sie das Wort, Frau Dr. Paschke.

Frau Dr. Paschke (DIE LINKE):

Herr Doege, Sie und Ihre Vorredner sind sehr stark auf den BUND als Kläger eingegangen. Würden Sie mir zustimmen, dass man es nicht auf eine so vereinfachte Formel bringen kann: Die haben jetzt geklagt und die sind schuld? - Denn wenn sie gewinnen, dann werden höchstwahrscheinlich auch Planungsfehler den Hintergrund bilden, dann ist nicht der schuld, der das demokratische Recht in Anspruch nimmt, sondern dann sind die Fehler auch woanders zu suchen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Herr Doege (SPD):

Frau Dr. Paschke, ich habe ja versucht, in meinem Redebeitrag darauf einzugehen. Nach dem Urteil zur A 143 und den Auflagen, die das Land erhalten hat, setzt es natürlich voraus, dass alle beteiligten Behörden des Landes diese Maßnahmen, die wir vorhaben, fachlich noch intensiver begleiten und schon von vornherein dafür sorgen, dass die Chance für erfolgreiche Klagen gegen diese Infrastrukturprojekte gar nicht erst bestehen.

Insofern mache ich auch dem BUND, dem Nabu oder den betroffenen Bürgern überhaupt keinen Vorwurf, dass sie das Recht wahrnehmen, das ihnen per Gesetz zugesichert ist. Das stelle ich gar nicht in Abrede.

Die Frage ist für mich nur, inwieweit wir bei allen Möglichkeiten der Klagen, die dann immer bestehen, in Deutschland - wir haben in ganz Deutschland eine hervorragende Infrastruktur - in Zukunft noch in der Lage sein werden, diese Infrastruktur zu erhalten und dort auszubauen, wo es notwendig ist.

Ich beziehe hierbei ausdrücklich die Straße, die Wasserstraße, den Luftverkehr, aber auch die Schiene mit ein. Ich bin selber Mitglied im Verkehrsausschuss. Wir hatten den Vertreter der Deutschen Bahn, Herrn Paul, zu Güte im Ausschuss. Wir haben über die Sachen diskutiert. Herr Paul hat dargestellt, dass die Deutsche Bahn die gleichen Probleme hat, die wir bei Wasserstraßen und bei Straßen haben, was die Beurteilung von Naturschutzauswirkungen etc. anbelangt.

Das heißt, wenn ich Verkehr von der Straße auf andere Verkehrsträger verlagern will, dann muss ich am Ende auch bereit sein, die entsprechenden Planungsinstrumente und -möglichkeiten zu schaffen. Das heißt, ich muss es ermöglichen, dass Güter auf die Schiene bzw. auf die Wasserstraße kommen.

(Herr Daldrup, CDU: Was denn noch?)

Wenn ich alles blockiere, dann wird das ganze System nicht funktionieren, was aus der Sicht der Grünen heißt: Man will verlagern.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Doege. Weitere Fragen sehe ich nicht. - Wir kommen zum Debattenbeitrag der Fraktion DIE LINKE. Der Abgeordnete Herr Dr. Köck erhält jetzt das Wort. Bitte schön Herr Dr. Köck.

Herr Dr. Köck (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie das Leben so spielt. Ich bin jetzt seit 13 Jahren im Parlament und von der ersten bis zur möglicherweise letzten Sekunde sind die zwei Projekte, die mich die ganze Zeit begleitete haben, heute noch einmal auf der Tagesordnung.

(Herr Gürth, CDU: Es wird Zeit, dass gebaut wird, dass nicht mehr geredet, sondern gebaut wird!
- Herr Gallert, DIE LINKE: Von wem sind denn die Anträge?)

Die Grundsatzentscheidungen sind lange gefallen. Die A 14 steht im Bundesverkehrswegeplan, eine Finanzierungsvereinbarung wurde geschlossen und die Planungen sind weitestgehend abgeschlossen. Der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestags hat das vor we-

nigen Tagen noch einmal bestätigt. Man mag zu dem Projekt stehen, wie man will,

(Zurufe von der CDU: Nein, nein! Eben nicht! So stehen Sie!)

- Vorfreude, schönste Freude. -

(Zurufe von der CDU)

ab einem bestimmten Punkt macht es keinen Sinn mehr, die Grundsatzfrage immer wieder neu zu stellen.

(Zustimmung bei der LINKEN - Herr Dr. Schrader, FDP: Das ist keine Grundsatzfrage!)

Das gilt speziell für die Grünen, die damals, als die Grundsatzentscheidung noch offen war,

(Herr Gürth, CDU, singt: Sag mir, wo du stehst und welchen Weg du gehst! - Zuruf: Gerhard Schröder!)

zu Helmut Schröder ins Koalitionsbett gestiegen sind.
- Gerhard Schröder, Pardon.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Helmut Schröder, das hat was! - Heiterkeit bei der LINKEN)

Wir, die damals noch PDS hießen, standen mit unserem Alternativkonzept allein da.

(Herr Kolze, CDU: Gott sei Dank! - Weitere Zurufe von der CDU)

Heute, zehn Jahre später, eine Einstellung des Projektes zu fordern, und dann noch ohne einen Ersatzvorschlag, ist fies.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Der Antrag veranlasste mich - ich habe gesehen, dass auch Herr Güssau das getan hat -, in dem alternativen Konzept unserer Fraktion aus dem Jahr 2001 noch einmal nachzuschlagen.

(Zuruf von der CDU: Grauensvoll!)

Alle Entwicklungen sind bisher so eingetreten, wie es damals prognostiziert wurde. Optimal ist die Hosenträgervariante nur für die Transitfunktion. Regional erschließt die Autobahn, egal wo sie verläuft, nur die halbe Altmark.

(Beifall bei der LINKEN)

Sonst gäbe es keine Proteste in Teilen der Bevölkerung der Altmark. In diesem Konzept steht auch: Wenn fachliche Argumente schwach werden, dann ist politische Lobbyarbeit angesagt. - Offensichtlich ist es doch so, dass die Alternativen durchaus vorhanden gewesen wären. Noch heute hat man das Gefühl, dass die Sorge besteht, dass die fachlichen Argumente so schwach sind, dass das Projekt noch einmal infrage gestellt werden könnte.

Ich denke, es ist höchste Zeit - das ist die Position meiner Fraktion -, die Regionalentwicklung auf das Autozeitalter vorzubereiten.

(Herr Kolze, CDU: Ach so, jetzt erst!)

Wenn die Altmark tatsächlich von möglichen Wachstumsprozessen der Metropolregionen Hamburg und Mitteldeutschland - oder meinen Sie wirklich nur das Sachsendreieck, Herr Minister Daehre? - profitieren soll, bedarf es vor allem der Stärkung von Ergänzungsfunktionen und der Eigenpotenziale der Regionen in der Alt-

mark. Wenn das nicht passiert, droht am Ende nur eine Verstärkung von Fernpendlertum hin zur Arbeit, hin zum Shopping und hin zur Kultur.

Das wissen auch die Regionalplaner und Verantwortungsträger in der Region. Regional denken, regional entwickeln, und das möglichst über ein einziges Förderprogramm umsetzen, heißt deshalb ihre Initiative. „Sie kämpfen gegen die Abwärtsspirale wie die Löwen“ - so heißt es in einer Überschrift in einer Ausgabe der „Volksstimme“ vom vergangenen Herbst. Und, man höre: „Schwarzmalerei helfe da wenig.“ - Kollege Güssau, dieser Satz wird Ihnen zugeschrieben.

Folgende Werbebotschaft müsste jeder Altmärker als Klatsche empfinden, und das schon seit 15 Jahren: Die Altmark stellt einen strukturschwachen ländlichen Raum mit sehr starken Entwicklungsproblemen dar. - So weit haben Sie ausgeführt. Herr Güssau, Sie haben aber nicht weiter gelesen.

Weiter heißt es: Beispielhaft sind hier zu nennen eine extrem niedrige Bevölkerungsdichte, eine unzureichende technische und soziale Infrastruktur, ein eingeschränktes Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln usw., mit einer Bevölkerungsentwicklung, die mittel- bis langfristig den Bestand der gesellschaftlich und wirtschaftlich funktionsfähigen Siedlungsräume und Kulturlandschaften gefährdet.

(Zurufe von der LINKEN: Hört, hört!)

Würden Sie in einer Regierungserklärung die Regionalentwicklung der Altmark so charakterisieren? - Ich glaube nicht. Denn das wäre im Umkehrschluss eine verheerende Bilanz. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Herzlichen Dank, Herr Dr. Köck. Der Abgeordnete Herr Tögel hat eine Nachfrage. Herr Dr. Köck, Sie können sie vom Platz aus beantworten. Sie können aber auch gern nach vorn kommen. Bitte, Herr Tögel.

Herr Tögel (SPD):

Herr Köck, Sie haben auf Ihr Konzept aus dem Jahr 2002 verwiesen. Sie haben eben noch mal zu dem Thema Transitverkehr und vom abfließenden Berufspendler-tum gesprochen.

Sie schrieben damals: Mit der ICE-Strecke verfügt die Altmark über ein authentisches Beispiel, nämlich über ein Beispiel dafür, dass nur die negativen Folgen da sind und die Altmark nicht davon profitiert.

Wenn Sie in den letzten Jahren einmal in der Altmark mit dem Zug gefahren sind, dann müssen Sie konstatieren, dass eine erhebliche Anzahl von Pendlern früh und abends nach Berlin, nach Wolfsburg, nach Hannover fährt und wieder zurückkommt. Frau Kunert pendelt zum Beispiel auch jeden Tag.

(Zuruf von der LINKEN)

Es gibt also früh und abends zwischen fünf und sechs ICEs in jeder Richtung, die in den Tagesrandlagen dann im Zweistundentakt halten. Ich bin der Bahn dankbar dafür, dass sie diesen Haltepunkt in Stendal hat. Und ich denke, die Altmark profitiert davon.

(Zustimmung bei der CDU und von der Regierungsbank - Zuruf von der CDU)

Sind Sie bereit einzugestehen, dass Sie sich damals in Ihrem Konzept an dieser Stelle getäuscht haben, dass es auch positive Effekte gibt? Und sind Sie bereit zu konstatieren, dass es auch positive Effekte durch die Autobahn geben könnte?

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von der CDU: Genau so ist das!)

Herr Dr. Köck (DIE LINKE):

Entwicklungen von zehn Jahren kann man nicht negieren.

(Zuruf von der CDU: Ach!)

Eine Neufassung des Konzepts ergibt keinen Sinn, weil die Entwicklungen anders sind. Aber selbst wenn wir es neu schreiben würden, müsste man das dem jetzigen Verhalten entsprechend darstellen. Es ist eben so, dass der ICE mehrmals am Tag in Stendal hält. Das ist natürlich eine positive Entwicklung. Gerade deswegen ist es so schlimm, dass die Altmark schlechtgemacht, immer noch stigmatisiert wird.

(Zustimmung von der LINKEN - Zuruf von der CDU: Warum macht ihr das dann? - Weitere Zurufe von der CDU)

- Wir machen das doch nicht. - Wenn Sie lesen, dass der Raumordnungsminister dieses Landes eine Rede vor dem Bundestag mit dieser Charakteristik beginnt, dann weiß ich nicht, ob das das Richtige ist. Deswegen gibt es unseren Änderungsantrag.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Herzlichen Dank, Herr Dr. Köck. Es gibt keine weiteren Fragen an Sie. - Dann kommen wir zum Debattenbeitrag der CDU. Bevor Herr Güssau das Wort nimmt, begrüße ich Damen und Herren der Volkssolidarität Salzwedel auf der Tribüne. Herzlich willkommen, meine Damen und Herren!

(Beifall im ganzen Hause)

Jetzt haben Sie das Wort.

Herr Güssau (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde diese Möglichkeit nutzen, noch einmal ans Pult zu treten. Sie kennen mein Credo: Meine Fraktion lässt mich nicht so oft, und deshalb habe ich jetzt die Chance, zweimal zu sprechen. Sie kennen das.

(Heiterkeit bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank - Zurufe von der SPD und von der CDU)

- Zu Ihnen komme ich gleich, Moment mal! Aber erst zum Schluss. - Zuerst einmal zu Minister Dr. Daehre. Herr Dr. Daehre, herzlichen Dank für Ihre Aussagen. Ich möchte nur noch zu einer Sache, die Sie ansprachen, zum Naturschutz, zwei, drei Sätze anfügen.

Die CDU-Fraktion akzeptiert den Mehraufwand im Naturschutz, wenn er zur weiteren Verbesserung von Natur- und Umweltschutz in Sachsen-Anhalt beiträgt. Ich muss aber auch ganz deutlich sagen: Wenn die A-14-Nordverlängerung mit allen geplanten Maßnahmen bezüglich Natur-, Arten-, Lärmschutz usw. realisiert wird,

dann sind wir in Deutschland an die Grenzen dessen gestoßen, was hinsichtlich Natur- und Umweltschutz im Straßenbau überhaupt noch vernünftig mach- und bezahlbar ist.

(Zustimmung bei der CDU)

Frau Dr. Paschke, zu Ihrem Einwurf bezüglich des BUND. Ich habe in meiner Einbringung ganz sachlich zu argumentieren versucht, dass das ein demokratisches Recht ist, welches der BUND und auch zwei private Kläger in Anspruch nehmen. Aber gestatten Sie mir als Bürger dieses Landes auch folgende Bemerkung: Manchmal habe ich den Eindruck, es geht mehr um den Naturschutz als um den Menschen,

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von der CDU: Jawohl!)

es geht mehr um die Mopsfledermaus und weniger darum, wie Entwicklungschancen in einer Region für Menschen realisiert werden können.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich habe manchmal den Eindruck, man hat dem Naturschutz fast schon den Vorrang eingeräumt.

Herr Minister Daehre, die zweite Bemerkung zu Ihnen - gleich kommt das Stöhnen, das werden Sie merken. Gestatten Sie mir als jungem Abgeordneten die Bemerkung: Sie haben als Minister für Landesentwicklung und Verkehr für die Altmark, für die A 14 mehr getan, weil Sie sich persönlich mit Herz und Verstand eingesetzt haben. - Danke.

(Starker Beifall bei der CDU)

Zu meinen Vorrednern. Herr Dr. Schrader und Herr Doege, ich bedanke mich für den Schulterchluss zum Lückenschluss. Danke schön.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP)

Sehr geehrter Herr Dr. Köck, es lag nicht daran, dass ich Sie akustisch nicht verstanden habe, sondern ich habe am Ende Ihrer Rede überlegt: Was wollten Sie eigentlich sagen?

(Heiterkeit bei der CDU)

Sind Sie nun für die Autobahn oder gegen die Autobahn? Sie haben uns gesagt, dass Sie ein Verkehrskonzept haben. Ich habe dieses Verkehrskonzept gestern gelesen. Auf den ersten drei Seiten sind Artikel aus der „Havelberger Volksstimme“ abgedruckt und Sie sprechen über Minister Heyer und was weiß ich, was Sie dort noch alles abgedruckt haben. Entschuldigen Sie bitte, aber das sind Dinge aus der Mottenkiste, die Sie noch einmal aufwärmen.

(Zustimmung bei der CDU - Widerspruch bei der LINKEN - Zuruf von Herrn Gallert, DIE LINKE)

Die Zeit ist vorangeschritten. Wir werden Ihren Änderungsantrag ablehnen, weil wir der Meinung sind, dass in unserem Antrag alles enthalten ist.

Sie, sehr geehrter Herr Dr. Köck, haben einmal meinen Kollegen Frank Scheurell aus der Lutherstadt Wittenberg in einem Zwischenruf im Parlament als „Wanderprediger“ bezeichnet. Nun gut. Ich muss Ihnen und Ihrer Fraktion nach der heutigen Debatte das Etikett „verkehrspolitischer Geisterfahrer“ anheften.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Es ist wie im richtigen Leben täglich bei SAW, Radio Brocken, MDR Info oder wo auch immer: Man muss Menschen vor Gefahren warnen. Das klingt dann so: Achtung, Autofahrer! In der Altmark auf dem Lückenschluss der A 14 auf der Strecke Magdeburg - Stendal - Wittenberge - Schwerin kommen Ihnen linke und grüne Geisterfahrer entgegen.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der CDU - Zustimmung von Herrn Miesterfeldt, SPD)

Präsident Herr Steinecke:

Herr Güssau, es gibt zwei Nachfragen, zum einen vom Abgeordneten Herrn Lüderitz, zum anderen von Herrn Gallert. Möchten Sie sie beantworten?

(Zuruf von Herrn Gallert, DIE LINKE)

Herr Güssau (CDU):

Ja.

Präsident Herr Steinecke:

Herr Lüderitz hat eine Frage und Herr Gallert wird dann als Fraktionsvorsitzender sprechen. Herr Lüderitz, Sie haben das Wort, bitte.

Herr Lüderitz (DIE LINKE):

Obwohl ich Ihre letzten Formulierungen doch schon sehr diffamierend fand,

(Zustimmung bei der LINKEN - Oh! bei der CDU - Zuruf von der LINKEN)

stelle ich zwei Fragen, Herr Güssau. Erste Frage. Sie haben vorhin die Naturschutzproblematik angesprochen. Nun wissen Sie als Verkehrspolitiker Ihrer Fraktion und als im Ausschuss Sitzender genauso gut wie ich, dass die Mehrkosten nur zu einem Teil dem Naturschutz anzulasten sind, dass es vielmehr in erster Linie eine erhebliche Mehrbelastung durch die Baukostenentwicklung gegeben hat.

(Minister Herr Dr. Daehre: Das ist nicht wahr! - Zuruf von der CDU: Das stimmt doch nicht!)

- Aber natürlich, Herr Dr. Daehre. Man muss mit aller Deutlichkeit sagen, das ist ein wesentlich größerer Teil.

Zweite Frage. Sie haben sich vorhin fachlich etwas vergriffen, Sie haben nämlich Naturschutz und Lärmschutz zusammengefasst. Beim Naturschutz - das ist richtig - geht es um unsere Umwelt, beim Lärmschutz geht es in erster Linie um das Schutzgut Mensch. Wollen Sie an diesen Stellen auch sparen?

(Zuruf von der CDU: Was habt ihr damals gemacht? - Zurufe von der LINKEN - Zuruf von der CDU: Das ist so!)

Herr Güssau (CDU):

Sehr geehrter Herr Lüderitz, ich bin nicht so ein Rabulist wie Sie, aber soweit ich weiß, sind die Kosten für die Autobahn A 14 in der Planung. Was die Steigerung angeht, sage ich: Ich kann ich mich erinnern, dass Minister Herr Dr. Daehre im Jahr 2008 eine diesbezügliche Anfrage beantwortet und die Mehrkosten aufgelistet hat. Das war ein Riesenposten.

Ich weiß nur noch, es war ein Mehraufwand in Höhe von 70 Millionen € für die gestiegene Anzahl von Querungs-

bauwerken für die verschiedenen Tierarten, in Höhe von 30 Millionen € für archäologische Grabungen im Bereich Sachsen-Anhalt und Mehraufwendungen für Leitungsverlegungen. Das hat dazu geführt, dass ein Kilometer Autobahn mittlerweile mehr als 8,3 Millionen € kostet.

Das resultiert aus einem Urteil. Nach diesem in Halle gefällten Urteil gilt überall in Deutschland: Wenn man Bundesfernstraßen baut, wird nach diesen Gesichtspunkten gebaut. Es hat sich also der Straßenbau in Deutschland insgesamt verteuert, weil man diese Dinge, die man jetzt beachten möchte, auch umsetzt und baut. Ich habe als Altmärker fast schon Angst, dass es so viele Tunnelbauten für Tiere gibt, dass ich mich fragen muss: Ist das eigentlich noch eine Straße oder wird das ein Tunnel durch die Altmark?

(Herr Thiel, DIE LINKE: Das ist peinlich!)

- Peinlich wird es nur, wenn Sie sich weiterhin um eine klare Haltung zur A 14 herumdrücken. Das ist eigentlich das Peinlichste an der ganzen Sache.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Güssau. - Nunmehr erhält der Fraktionsvorsitzende Herr Gallert das Wort. Zuvor möchte ich jedoch die Damen und Herren der Seniorenunion Quedlinburg auf beiden Tribünen begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Gallert, Sie haben das Wort.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Ich möchte vorwegschicken, dass ich die letzten Debatten in dieser Legislaturperiode - zumindest in Bezug auf ihren politisch-kulturellen Gehalt - nicht gerade für Spitzenleistungen dieses Hauses halte.

(Beifall bei der LINKEN - Widerspruch bei der CDU und bei der FDP)

Spätestens mit den Vorwürfen im Zusammenhang mit der A 14 ist nunmehr ein gewisses Maß überschritten worden.

Nunmehr möchte ich etwas zu unserem Änderungsantrag sagen. Erstens steht darin, dass alle politischen Entscheidungen zum Bau der A 14 auf sämtlichen politischen Ebenen gefällt sind. Ich habe nicht eine einzige Bemerkung dagegen gehört. Alle, die hier im Raum sind, wissen, dass alle politischen Entscheidungen zur A 14 längst gefällt sind und dass die A 14 gebaut wird. Daran besteht überhaupt kein Zweifel.

(Zurufe von der CDU: Polemik! Polemik!)

Zweitens sagen wir, man darf für die A 14 nicht werben, indem man die Altmark herunterredet.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu hat der Kollege Köck die entsprechenden Zitate gebracht. Ich frage Sie: Ist jemand hier im Raum, der das möchte? - Ich habe dazu niemanden gehört.

(Widerspruch bei der CDU)

Drittens wollen wir, dass die entsprechenden Infrastrukturmaßnahmen dort jetzt darauf ausgerichtet werden,

dass diese A 14 in den nächsten Jahren gebaut wird. Ich habe nicht gehört, dass das jemand von Ihnen schlecht findet. Insofern frage ich mich, welches grundsätzliche Problem Sie mit dem Änderungsantrag haben.

Gelernt habe ich heute aber etwas anderes: Es geht bei der A 14 nicht mehr um eine politische Entscheidung - diese ist gefällt -, nein, es geht bei der A 14 um ein Glaubensbekenntnis, um einen religiösen Akt, zu dem man sich zu bekennen hat.

(Beifall bei der LINKEN - Lachen und Widerspruch bei der CDU)

Das habe ich heute gelernt. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weil Glaubensfragen Gewissensfragen sind, werden wir bei uns in der Fraktion die Abstimmung dazu freigeben.

(Unruhe bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der CDU: Unmöglich! Lassen Sie sich Nachhilfe geben!)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Herr Gallert, es gibt einige Nachfragen, und zwar von Herrn Bergmann, von Frau Dr. Hüsken, von Herrn Wolpert und von Herrn Miesterfeldt. Möchten Sie sie alle beantworten? - Jawohl. Dann erteile ich zunächst Herrn Bergmann das Wort.

Herr Bergmann (SPD):

Herr Kollege Gallert, eigentlich hätte ich keine Frage gestellt, aber nachdem Sie von „Bekennen“ gesprochen haben, möchte ich darauf hinweisen, dass ich zu eben diesem Thema, zur A 14, vor wenigen Monaten im Ausschuss Ihren Fraktionskollegen Uwe Heft gefragt habe, ob die LINKE nun für oder gegen die A 14 ist. Aus dem Protokoll ergibt sich klar und eindeutig seine Antwort: Wir sind gegen die A 14.

(Ah! bei der CDU - Herr Stahlknecht, CDU: Das war wegen Ikea!)

Ihren Worten habe ich jetzt entnommen, dass Sie bereit sind, die derzeitige Situation zu akzeptieren und die Infrastruktur auf die A 14 auszurichten.

(Zurufe von der LINKEN)

Sind Sie jetzt also doch dafür?

Herr Gallert (DIE LINKE):

Noch einmal ganz deutlich: Wir haben damals mit dem entsprechenden Verkehrskonzept, das der Kollege Köck erwähnt hat - das ist inzwischen elf Jahre alt - Alternativen vorgeschlagen. Wir haben bereits im Jahr 2002, zum Ende der damaligen Wahlperiode, - es ist inzwischen übrigens die fünfte Landtagswahl für mich, bei der es sich um die A 14 dreht - akzeptiert, dass alle politischen Entscheidungen zur A 14 gefällt sind. Wir haben damals dann auch gesagt: In Ordnung, dann müssen wir uns jetzt auf diese Geschichte einstellen. Das war damals bereits Konsens. Deswegen sage ich: Das ist vielleicht noch einmal eine neue Qualität.

Der Kollege Heft hat das Problem, dass er sich hier heute nicht positionieren kann. Insofern nehme ich das jetzt einfach zur Kenntnis.

Die damalige Situation unterscheidet sich von der heutigen in Folgendem: Während damals noch über Alternativen hätte geredet werden können, wäre heute eine Entscheidung gegen die A 14, die aber nirgends abzu-sehen ist, gar nicht mehr möglich. Das ist völlig alternativlos. Das heißt, wir hätten heute überhaupt keine alternative Perspektive für diesen Raum.

(Herr Gürth, CDU: Sie drücken sich um eine klare Aussage!)

Deswegen sagen wir: Wir akzeptieren, dass die A 14 jetzt gebaut wird und wir wollen die Altmark in ihrer Struktur darauf ausrichten. Das ist eine Positionierung an dieser Stelle. Wir akzeptieren die in demokratisch gefällten politischen Entscheidungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank. - Frau Dr. Hüskens, Sie haben das Wort.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Ich habe keine Frage, sondern eine Intervention. Herr Gallert, auch wenn Sie sich jetzt etwas aus dem Geschäft zurückgezogen haben, so sind Sie doch - genauso wie ich - lange Zeit im Haushaltsausschuss gewesen. Sie wissen, dass politische Beschlüsse inklusive Planungen und Genehmigungen das eine sind; das andere ist die Umsetzung.

Wir alle wissen auch, dass politischer Druck - das soll heute ja auch eine klare politische Aussage dazu sein, eine Aufforderung dazu, das zügig umzusetzen - den einen oder anderen Vorgang durchaus beschleunigen kann, oder dass er - das Gegenteil -, wenn zum Beispiel eine Fraktion, vor allem eine Regierungsfraktion, eine andere Auffassung hat, auch nachteilig sein kann.

Deshalb halte ich es für außerordentlich wichtig, dass sich heute alle Fraktionen - es wäre schön, wenn das auch für Ihre Fraktion gelten könnte - klar dazu bekennen, dass die Altmark über eine Autobahn angeschlossen wird, sodass man künftig nicht mehr Stunden braucht, um von Madeburg nach Stendal zu gelangen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Herr Steinecke:

Nunmehr erteile ich Herrn Wolpert das Wort für eine Frage.

Herr Wolpert (FDP):

Auch bei mir geht es um eine Intervention. Herr Gallert, dass Sie das etwas polemisch als Glaubensfrage bezeichnet haben, geht deutlich fehl.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Das war nicht ich.

Herr Wolpert (FDP):

Natürlich geht es um ein Bekenntnis. Es geht nämlich um das Bekenntnis der LINKEN zu dieser Frage. Das ist keine Glaubensfrage, sondern das ist eine Glaubwürdigkeitsfrage.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zurufe von der LINKEN)

Diese Frage stellt sich, Herr Gallert. Natürlich ist es legitim, diese Frage im politischen Raum zu stellen. Diese Frage haben Sie - wie gestern auch schon - wieder nicht eindeutig beantworten können.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zurufe von der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Herr Gallert, Sie haben das Wort.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Herr Wolpert, seien Sie froh, dass wir die Fragen, die Sie stellen, nicht so beantworten, wie die FDP das möchte. Ich sage ausdrücklich: Seien Sie froh. Stellen Sie sich einmal vor, wir würden das tatsächlich tun, dann hätten Sie noch mehr Schwierigkeiten mit der Fünfprozentklausel. Seien Sie froh, dass Sie auch einmal ein Alleinstellungsmerkmal haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Wolpert (FDP):

Wenn Sie bei uns eintreten, schenke ich Ihnen eine Krawatte.

(Zuruf von der FDP)

Präsident Herr Steinecke:

Nunmehr erteile ich Herrn Miesterfeldt das Wort.

Herr Miesterfeldt (SPD):

Ich freue mich, dass es in Bezug auf ein Projekt, um das ich mich seit 20 Jahren kümmere, eine so intensive Diskussion gibt. Aber darum geht es mir jetzt nicht. Herr Gallert, Sie werden mir sicherlich zubilligen, dass ich mich in der Interpretation religiöser Texte ein wenig auskenne.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Da haben Sie Ihre Vorteile.

Herr Miesterfeldt (SPD):

Bei Ihrem dritten Punkt müssen Sie mir helfen. Dort heißt es:

„Der Landtag von Sachsen-Anhalt fordert die Landesregierung auf, die Bemühungen der Verantwortungsträger der Altmark zu unterstützen, sich auf die künftige Verkehrsinfrastruktur auszurichten.“

Richtet euch! Aber wohin? Was heißt das?

Herr Gallert (DIE LINKE):

Das heißt zum Beispiel, Herr Miesterfeldt, dass es in der Regionalplanung durch die in Zukunft dort existierende A 14 in Bezug auf infrastrukturelle Versorgungsräume, möglicherweise bis hin zu Verwaltungsbeziehungen, durchaus Änderungen geben wird. Denn es werden auf einmal Entfernungen zumindest zeitlich reduziert, während andere, die gegenüber der A 14 sozusagen quer liegen, eben nicht reduziert werden.

Deswegen muss es möglicherweise eine Reihe von Planungsprojekten geben, bis hin zu den entsprechenden

Anschlüssen an die A 14, die durch die Kommunen mit bewältigt werden müssen. Wir fordern, dass die Landesregierung diese Prozesse unterstützt. Das mag etwas kryptisch sein - Planer haben nun einmal eine eigene Sprache -, aber es ist zumindest so formuliert worden, dass ich es verstanden habe, und ich bin von Hause aus kein Planer.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank. - Herr Gürth, stellen Sie Ihre Frage.

Herr Gürth (CDU):

Herr Präsident, auch ich habe zunächst eine Zwischenintervention. Anschließend möchte ich einen Antrag zum Abstimmungsverfahren stellen.

Wir können jetzt feststellen, dass Herr Gallert und die Fraktion DIE LINKE sich weigern, klar zu sagen, was ihre Partei und ihre Fraktion in Sachen A 14 wirklich wollen.

(Zuruf von der LINKEN: Kindergarten! - Weitere Zurufe von der LINKEN)

Ich finde aber, dass die Menschen das Recht haben, zu erfahren, was die LINKE in der Angelegenheit wichtige Infrastrukturmaßnahme A 14 tatsächlich will oder nicht.

(Zurufe von der LINKEN)

Denn es reicht nicht aus, nur zu sagen: Na gut, wir wollten es zwar nicht, aber wir tolerieren, dass es jetzt kommt.

(Zurufe von der CDU: So ist es! Genau! So ist es!)

Bevor die A 14 richtig und vollständig befahren werden kann - das wissen alle hier im Haus, auch die LINKE -, sind noch einige Planfeststellungsverfahren abzuschließen. Diese Planfeststellungsverfahren liegen in der Hoheit der Länder. Deswegen ist es ganz wichtig, zu wissen, was die LINKE bei der A 14 will oder nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn sie regiert und sie will die A 14 nicht, kann sie das Projekt erheblich blockieren. Jemand, der die A 14 will, kann mit seinen Behörden dafür sorgen, dass zügiger Baurecht geschaffen wird und dass die Menschen eher Entlastung erhalten. Deswegen ist dieser Antrag unabdingbar. Deswegen ist es auch wichtig, dass die LINKE sagt, ob sie sie will oder nicht.

(Zurufe von und Heiterkeit bei der LINKEN)

Zum Abstimmungsverfahren: Ich beantrage eine namentliche Abstimmung.

Präsident Herr Steinecke:

Lieber Herr Gürth, das wurde schon beantragt.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Darauf möchte ich schon noch einmal antworten; denn ich habe mich eben gewundert, dass der Kollege Gürth behauptet hat, dass Planfeststellungsverfahren politisch zu lenken wären, und dass der Kollege Daehre dabei genickt hat. Alles, was ich von dem Kollegen Daehre sonst gehört habe, wenn es um strittige Projekte ging, war: Bloß nicht den Eindruck erwecken, dass Planfest-

stellungsverfahren politisch gelenkt werden dürfen; das sind rein fachliche Vorgänge,

(Beifall bei der LINKEN)

die nach dem Planungsrecht von der Verwaltung abzuarbeiten sind. Und dann müssen wir sehen.

Ich sehe, dass sich offensichtlich hinsichtlich der A 14 diese Position verändert hat. In diesem Fall werden offensichtlich Planungsvorgänge politisch zu lenken sein. - Punkt 1.

(Oh! bei der CDU - Weitere Zurufe von der CDU)

Punkt 2. Ich sage Ihnen ausdrücklich - ich wiederhole das gern; denn in der Religion ist die Wiederholung ganz offensichtlich ein wichtiges Instrument, also wollen wir das noch einmal wiederholen -: Wir hatten vor zehn Jahren - -

(Unruhe bei der CDU)

- Liebe Kollegen von der CDU! Ich hätte längst sitzen können. Der Kollege Gürth beschäftigt mich hier und damit auch Sie. Also beruhigen Sie sich. Beruhigen Sie sich.

(Beifall bei der LINKEN - Unruhe bei der CDU)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank. Es gibt noch - -

Herr Gallert (DIE LINKE):

Den Kollegen Gürth habe ich noch nicht ganz erledigt.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Gut, Herr Gallert, dann tun Sie das.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Wir haben gesagt, damals hätte es eine Alternative gegeben; dafür haben wir gestritten. Wir wissen, dass es heute zur A 14 keine verkehrstechnische Erschließung als Alternative gibt. Deswegen sagen wir: Okay, dann muss die A 14 jetzt kommen. Der Punkt, wo wir unterschiedlicher Meinung sind - das hat etwas mit politischer Ehrlichkeit zu tun, Herr Gürth -,

(Frau Feußner, CDU: Oh! - Weitere Zurufe von der CDU)

ist, dass ein solcher Antrag von Ihnen politisches Schau laufen ist. Ob wir ihn beschließen oder nicht, hat auf die A 14 die gleichen Auswirkungen, als würden wir beschließen, dass das Wetter schöner wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist politisch unehrlich. Deswegen gibt es ein unterschiedliches Abstimmungsverhalten bei uns. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN - Herr Felke, SPD: Einsicht in die Notwendigkeit!)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank. - Jetzt hat Herr Dr. Schrader noch einmal das Wort.

(Zuruf von der LINKEN: Nein! - Unruhe bei der CDU und bei der SPD)

Als letzter Fragesteller hat jetzt Herr Dr. Schrader noch einmal das Wort. Bitte, stellen Sie Ihre Frage.

Herr Dr. Schrader (FDP):

Es geht ganz schnell. Herr Kollege Gallert, wir alle wissen: Sie möchten Ministerpräsident werden.

(Frau Weiß, CDU: Um Gottes willen!)

Wenn man Ministerpräsident werden möchte, dann muss man bei bestimmten Sachen eine klare Position haben.

(Frau Dirlich, DIE LINKE: Noch klarer geht es doch gar nicht! - Unruhe)

Jetzt sagen Sie uns doch noch einmal - Sie haben die Abstimmung in Ihrer Fraktion freigegeben; Sie werden doch eine Meinung dazu haben -: Sind Sie jetzt dafür oder nicht dafür, dass die A 14 schnell gebaut wird?

(Zurufe von der LINKEN)

Herr Gallert (DIE LINKE):

Also, Herr Schrader, ich muss mich jetzt zusammenreißen, damit ich nicht in meine alten Grundschullehrerzeiten zurückfalle.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Fragen Sie in meiner Fraktion, das ist nicht immer angenehm. Ich habe diese Antwort inzwischen innerhalb der letzten fünf Minuten dreimal gegeben.

(Frau Bull, DIE LINKE: Viermal!)

Ich werde es auch noch ein viertes Mal tun. Wir wissen, dass es jetzt keine Alternative mehr gibt.

(Frau Mittendorf, SPD: Einsicht in die Notwendigkeit!)

Deswegen sind wir dafür, dass die A 14 durch die Altmark gebaut wird.

(Oh! bei der CDU)

Das ist eine Position von uns. Das, was bei uns strittig ist, ist der Umgang mit einem Antrag, der eigentlich völlig gegenstandslos ist und dem wir deswegen nicht zustimmen werden, zumindest nicht einheitlich,

(Oh! bei und Zurufe von der CDU)

weil es eine Glaubensfrage ist. Die A 14 wird gebaut und wir werden ihren Bau natürlich unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank. - Weitere Fragen sehe ich nicht. Herr Gürth, ich frage Sie jetzt, weil Sie eine namentliche Abstimmung beantragt haben: Meinen Sie den Änderungsantrag der LINKEN

(Heiterkeit bei der LINKEN - Herr Gallert, DIE LINKE: Das wäre es jetzt noch einmal!)

oder meinen Sie Ihren? - Gut. Meine Damen und Herren! Jetzt wissen wir, dass wir namentlich abstimmen über den Antrag in der Drs. 5/3085. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 5/3118 abstimmen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? - Zustimmung bei der LINKEN. Wer lehnt ihn ab? - Ablehnung bei den Koalitionsfraktionen und bei der FDP. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt worden.

Wir können jetzt in die namentliche Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD in der Drs. 5/3085 eintreten. Ich bitte den Kollegen Kosmehl, mit dem Namensaufruf zu beginnen. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Ja. Wer dagegen ist, der sollte mit Nein stimmen. Sie können sich auch der Stimme enthalten. - Herr Kosmehl, bitte beginnen Sie mit dem Namensaufruf.

(Namentliche Abstimmung)

Abstimmungsverhalten der Abgeordneten:

Abstimmungsverhalten der Abgeordneten:

Frau von Angern	Ja
Herr Barth	Ja
Herr Bergmann	Ja
Herr Bischoff	Ja
Herr Prof. Dr. Böhmer	-
Herr Bommersbach	Ja
Herr Bönisch	Ja
Herr Borgwardt	Ja
Herr Born	Ja
Herr Dr. Brachmann	Ja
Frau Brakebusch	Ja
Herr Brumme	-
Frau Budde	Ja
Frau Bull	Enthaltung
Herr Bullerjahn	Ja
Herr Czeke	Enthaltung
Herr Daldrup	Ja
Frau Dirlich	Ja
Herr Doege	Ja
Herr Dr. Eckert	Enthaltung
Herr Felke	Ja
Frau Feußner	Ja
Frau Fiedler	Ja
Herr Dr. Fikentscher	Ja
Frau Fischer	Ja
Herr Franke	Ja
Herr Gallert	Ja
Herr Gebhardt	Ja
Herr Geisthardt	Ja
Frau Gorr	Ja
Herr Graner	Ja
Frau Grimm-Benne	Ja
Herr Grünert	Ja
Herr Gürth	Ja
Herr Güssau	Ja
Frau Hampel	Ja
Herr Harms	Ja
Herr Hartung	Ja
Herr Hauser	Ja
Herr Heft	-
Herr Henke	Ja
Herr Höhn	-

Frau Hunger	Enthaltung
Frau Dr. Hüskens	Ja
Herr Jantos	Ja
Frau Dr. Klein	Ja
Herr Kley	Ja
Frau Knöfler	-
Herr Dr. Köck	Ja
Herr Kolze	Ja
Herr Kosmehl	Ja
Herr Krause	Enthaltung
Frau Dr. Kuppe	Ja
Herr Kurze	Ja
Herr Lange	Ja
Herr Lienau	Ja
Herr Lüderitz	Enthaltung
Herr Madl	Ja
Herr Mewes	Ja
Herr Miesterfeldt	Ja
Frau Mittendorf	Ja
Frau Dr. Paschke	Ja
Frau Penndorf	Ja
Herr Poser	-
Herr Dr. Püchel	Ja
Herr Radke	Ja
Herr Reichert	Ja
Frau Reinecke	Ja
Frau Rente	Enthaltung
Frau Rogée	Ja
Herr Rosmeisl	Ja
Herr Rothe	Ja
Herr Rotter	Ja
Frau Rotzsch	Ja
Herr Scharf	Ja
Herr Dr. Schellenberger	Ja
Herr Scheurell	Ja
Frau Schindler	Ja
Frau Schmidt	Ja
Herr Dr. Schrader	Ja
Herr Schulz	Ja
Herr Schwenke	Ja
Frau Dr. Späthe	Ja
Herr Stahlknecht	Ja
Herr Steinecke	Ja
Herr Sturm	Ja
Frau Take	Ja
Herr Dr. Thiel	Ja
Herr Thomas	Ja
Frau Tiedge	Ja
Herr Tögel	Ja
Herr Tullner	Ja
Herr Weigelt	Ja
Frau Weiß	Ja
Frau Wernicke	Ja
Herr Wolpert	Ja
Herr Zimmer	Ja

Präsident Herr Steinicke:

Vielen Dank. - Ist noch jemand im Saal, der seine Stimme nicht abgegeben hat? - Ich sehe keinen Abgeordneten mehr, der seine Stimme nicht abgegeben hat.

Ich unterbreche für den Moment der Auszählung die Sitzung. Bleiben Sie bitte im Saal.

Unterbrechung: 12.01 Uhr.

Wiederbeginn: 12.03 Uhr.

Präsident Herr Steinicke:

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen das Abstimmungsergebnis mitteilen: Für den Antrag gestimmt haben 84 Abgeordnete.

(Zustimmung)

Es gab keine Neinstimme und sieben Stimmenthaltungen. Sechs Abgeordnete waren nicht anwesend. Damit ist dem Antrag zugestimmt worden und wir können den Tagesordnungspunkt verlassen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 27** auf:

Beratung

Planfeststellungsverfahren für den Schleusenkanal Tornitz (Saale-Seitenkanal) nicht gefährden

Antrag der Fraktion der FDP - **Drs. 5/3083**

Meine Damen und Herren! Ich habe vernommen - widersprechen Sie mir, wenn es nicht richtig ist - dass zu diesem Thema eine zehminütige Debatte gewünscht wird. - Dann machen wir das so.

Einbringer ist der Abgeordnete Herr Dr. Schrader. Bitte schön.

Herr Dr. Schrader (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor gut einem Jahr haben wir letztmals in diesem Hohen Hause über den Saale-Seitenkanal diskutiert. Wir haben das sehr tiefgründig gemacht. Wir haben über Tonnagen, zu erwartende Wassertiefen, den Bezug zur Elbe und Umweltstandards geredet. Wir haben damals ein breites politisches Bekenntnis für dieses nach wie vor wichtige sowie ökologisch und ökonomisch sinnvolle Infrastrukturvorhaben abgegeben.

Die FDP bekannte sich damals einstimmig dazu. Die CDU tat dies ebenso. Bei der SPD gab es eine Stimmenthaltung und eine Neinstimme. Nur die Fraktion DIE LINKE stimmte geschlossen dagegen; das war zumindest mal eine klare Position.

Weshalb ist es nun aber notwendig, dass wir uns heute erneut mit diesem Thema beschäftigen? - Ich will es Ihnen sagen: Es sind das Bundesverkehrsministerium und die SPD. Es dürfte kaum jemandem entgangen sein, was diesbezüglich in der letzten Woche in der „Welt“ und in der „MZ“ zu lesen war. Die Wirtschaftlichkeit von Wasserstraßen und geplante Investitionen aus dem Bundesverkehrswegeplan sollen erneut überprüft werden, hieß es da. Es wurde berichtet, keine Priorität habe nun beispielsweise der geplante Elbe-Saale-Seitenkanal, oder der Saalekanal habe schlechte Karten.

Vor diesem Hintergrund wurde der geplante Scoping-Termin verschoben. Es gibt auch in der nächsten Woche eine Befassung im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages.

Umso mehr ist es deshalb notwendig, dass dieses Hohe Haus heute einen klaren Beschluss fasst. Wir müssen signalisieren, dass der Kanal nach wie vor eine breite parlamentarische Unterstützung in Sachsen-Anhalt hat. Deshalb haben wir das Thema heute erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Nachdem wir jahrelang für dieses Projekt gekämpft haben, empfinde ich den neuen Gegenwind aus Berlin als herben Rückschlag. Aber ich sage Ihnen auch ganz ehrlich: Ich sehe hierbei auch eine klare Mitschuld und Mitverantwortung bei den Sozialdemokraten. Ihre Wankelmütigkeit, Ihre Unentschlossenheit musste zwangsläufig beim Bund den Eindruck erzeugen, dass der Kanal hier im Land gar nicht so richtig gewollt ist.

(Zuruf von der LINKEN: Womit Sie Recht haben!)

Erst ordnet eine rot-grüne Bundesregierung das Projekt in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes ein. Dann kommt ein SPD-Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Ulrich Kasparick, und polemisiert in schöner Regelmäßigkeit gegen den Kanal. Zuletzt tat er dies sehr öffentlichkeitswirksam vor ungefähr zwei Jahren, Anfang 2009. Er ließ damals doch recht selbstgefällig verlauten, dass der Kanal nicht gebaut werde, solange er und Tiefensee noch etwas zu sagen hätten.

(Herr Doege, SPD: Jetzt ist er weg!)

Herr Lischka führt diese Position im Bund mit entsprechendem Engagement weiter.

Meine Damen und Herren! Das wollen wir nicht hinnehmen. Deswegen stellen wir den vorliegenden Antrag.

Auf Landesebene scheint sich dieses Signal nun zu wiederholen. Jahrelang schien es, als wäre auf die SPD hier im Lande zu diesem Thema Verlass. Sie hat den Kanal immer unterstützt. Auch im Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2006 wird an dem Vorhaben festgehalten. Darin heißt es:

„Für den Saale-Seitenkanal bei Tornitz sind Planungsverfahren zügig fortzuführen.“

Herr Doege erklärte vor einem Jahr hier im Landtag, dass die SPD-Fraktion klar zu diesem Projekt stehe. - Herr Doege, Ihnen nehme ich das ab.

(Zustimmung bei der CDU)

Inzwischen hat sich aber die Position der SPD insgesamt, der Partei, aus heiterem Himmel geändert. Auf Ihrem Parteitag im Dezember 2010 beschließen Sie plötzlich, dass auf den Bau des Kanals verzichtet werden kann.

Herr Doege, vor einem Jahr sprachen Sie noch von seriöser Verkehrspolitik, von Verlässlichkeit der SPD. Wenn Sie das ernst meinen, müssen nicht nur Sie, sondern dann muss auch Ihre Fraktion diesem Antrag heute zustimmen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Es muss in diesem Zusammenhang auch gefragt werden, wie glaubwürdig solch eine wankelmütige SPD ist, wenn sie vor der Wahl behauptet, sie würde einen Herrn Gallert nie zum Ministerpräsidenten wählen. Hieran habe ich doch arge Zweifel.

(Zustimmung von Herrn Kley, FDP)

Meine Damen und Herren! Das Verkehrsaufkommen wird in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Das gilt insbesondere für den Güterverkehr und insbesondere auch für den mitteldeutschen Raum. Viele fordern, den Güterverkehr vermehrt auf Schiene und Wasserstraße zu bringen, kurioserweise gerade diejenigen, die den Saale-Seitenkanal jetzt am intensivsten so heftig bekämpfen.

Die Umweltfreundlichkeit des Verkehrsträgers Binnenschiff ist unbestritten. Die Vorteile des Seitenkanals sind uns allen bekannt. Ich möchte sie nicht wiederholen. Das kennen wir aus vielen Debatten der letzten Jahre. Neu sind belastbare Daten über zu erwartende tonnagen von Industriebetrieben, und zwar nicht nur von denen, die unmittelbar an der Saale sind, sondern auch im mitteldeutschen Wirtschaftsraum von der Chemie.

Im Jahr 1992 wurde die sechste Staustufe bei Klein Rosenburg in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufgenommen. Dann kam anstatt der Staustufe der Kanal ins Gespräch und in die Planung. Sie wissen, wer damals den Kanal statt der Staustufe vorgeschlagen hat: Das waren gerade diejenigen, die den Kanal jetzt auch nicht wollen.

Auf dieser Basis ist aber damals der Hafen Halle mit 30 Millionen € ausgebaut worden. Die fünf vorhandenen Staustufen und Schleusen wurden modernisiert. Für 9 Millionen € jährlich wird die Saale als Bundeswasserstraße unterhalten.

Das alles sind Mittel, die investiert worden sind und die auch wirksam werden sollten. Diese Investitionen können jedoch erst wirksam werden, wenn das letzte wenige Kilometer lange Stück der Saale nutzbar gemacht wird. Hierbei handelt es sich um den letzten Lückenschluss einer bereits ausgebauten nutzbaren Wasserstraße.

Meine Damen und Herren! Es ist nicht redlich, bei der Betrachtung der Wirtschaftlichkeit und den Investitionsentscheidungen für die im Bundesverkehrswegeplan festgelegten Projekte die jetzigen Transportmengen auf ostdeutschen Flüssen zugrunde zu legen. Sie alle kennen noch die Anfangszeit der A 14. Damals hieß es teilweise: Diese Geisterautobahn brauchen wir überhaupt nicht. Dieselben Leute verlangen jetzt die dritte Fahrspur.

Meine Damen und Herren! Man kann nicht von vornherein sagen, dass sich die Verkehrswege mit den tonnagen und dem Aufkommen so oder so entwickeln.

(Beifall bei der CDU)

Wir wissen: Nur dort, wo eine gute Infrastruktur vorhanden ist, findet Wirtschaftsentwicklung statt, siedeln sich Unternehmen an und werden Arbeitsplätze geschaffen. Wir haben in den letzten 20 Jahren beachtliche Fortschritte beim Ausbau der Infrastruktur in Sachsen-Anhalt erzielt. Aber wir sind noch nicht am Ziel.

Lassen Sie uns die zentralen Vorhaben - dazu gehören die A 143 - Westumfahrung Halle, der A-14-Lückenschluss, die Verlängerung der B 6 neu und auch der

Saale-Seitenkanal - vollenden. Mit der Vollendung dieser letzten Vorhaben ist das Land infrastrukturell hervorragend aufgestellt. Es wäre in das europäische Verkehrsnetz eingebunden, und es wäre in der Lage, die zu erwartenden Verkehrsströme zu bewältigen.

Ich bitte deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag. Ich beantrage eine namentliche Abstimmung.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Herr Steinecke:

Sie beantragen eine namentliche Abstimmung? So habe ich es verstanden.

Herr Dr. Schrader (FDP):

Ja.

Präsident Herr Steinecke:

Herr Dr. Schrader, es gibt eine Nachfrage des Abgeordneten Herrn Doege. Wollen Sie sie beantworten?

Herr Dr. Schrader (FDP):

Natürlich.

Präsident Herr Steinecke:

Bitte, Herr Doege, Sie haben das Wort.

Herr Doege (SPD):

Herr Dr. Schrader, ich habe einige Fragen. Ich weiß nicht, inwieweit Ihnen das Schreiben mit Datum vom 2. Februar 2011 von der Martin-Luther-Universität Halle bekannt ist, mit dem wir beglückt worden sind. Absender ist der uns allen bekannte Fachmann Herr Zabel,

(Zuruf: Genau!)

der nach meiner fachlichen Auffassung hierin erneut eine Menge Dinge behauptet, die ich stark in Zweifel stelle. Ich möchte Sie einfach um eine Bewertung bitten.

Meine Fragen lauten: Ist Ihnen das Schreiben bekannt und wie ist Ihre fachliche Bewertung zu dem, was hierin behauptet wird? - Darin wird von Elbeausbau und Saaleausbau gesprochen. Nach dem, was bei mir bisher angekommen ist, handelt es sich bei dem, was in Bezug auf die Elbe stattfindet, um die normale laufende Unterhaltung. Ich weiß nicht, ob die gegenwärtige Bundesregierung jetzt eine Ausbaumaßnahme an der Elbe vorhat oder ob man das macht, was bisher zurückliegende Regierungen - auch Rot-Grün damals - an Maßnahmen durchgeführt haben.

Eine Frage ist auch: Wie stehen Sie zu den fachlichen Qualitäten der Dinge, die uns Herr Zabel ans Herz gelegt hat? - Es ist ja ein offener Brief an alle Landtagsabgeordneten.

Schließlich noch zu einer weiteren Sache. Nach dem von Ihnen beschriebenen Papier, das dem Haushaltsausschuss in der nächsten Woche vorliegt, ist beabsichtigt, eine Kategorisierung der Bundeswasserstraßen vorzunehmen. Darin bezieht man sich auf Tonnagen, die auf den entsprechenden Wasserstraßen gegenwärtig mit Aussicht auf die Zukunft transportiert werden.

Stimmen Sie mit mir darin überein, dass es ein Unterschied ist, ob ich beispielsweise eine Turbine oder eine andere schwere Projektladung transportiere im Verhält-

nis zu 500 t oder 1 000 t Kies, Sand oder irgend so etwas? Was würden Sie diesbezüglich qualitativ höher bewerten? Ist es richtig, eine reine Betrachtung der Tonnage vorzunehmen und nicht auch auf das zu schauen, was die Industrie letztlich zukünftig verstärkt fordert, nämlich auf Projektladung, Container etc.?

Präsident Herr Steinecke:

Herr Dr. Schrader, dann beantworten Sie einmal die komplizierten Fragen.

Herr Dr. Schrader (FDP):

Herr Doege, ich beginne mit der letzten Frage. Darin stimme ich Ihnen zu: Man kann nicht nur auf reine Tonnagen schauen; man muss auch auf die Werthaltigkeit der Fracht schauen. Wir stellen fest, dass insbesondere auf der Elbe sehr werthaltige Güter, große Turbinen, Windräder usw. transportiert werden, die über die Straße schon gar nicht mehr transportiert werden können. Deshalb müssen das Bundesverkehrsministerium und der Bundestag hierbei umdenken. Es geht nicht nur um reine Tonnagen - die Zeit ist vorbei -; vielmehr ist die Werthaltigkeit der Güter wichtig.

Hierbei muss man auch bedenken, dass die jetzigen Daten zum Anlass genommen werden, um Aussagen für die Zukunft zu treffen. Das ist genau wie das Beispiel, das Herr Dr. Daehre gestern nannte. Ich glaube, es ist etwas verfehlt, die Verkehrsbelastung auf einem Feldweg heranzuziehen, um die künftige Verkehrsbelastung auf einer Autobahn zu prognostizieren.

Zu der ersten Frage. Dieses Papier kenne ich im Detail noch nicht. Deswegen kann ich zu den Daten nichts sagen. Ich bezweifle, dass die Daten und Fakten von Herrn Zabel - das sagen andere Fachleute - so anerkannt werden. Die Frage, die ich immer habe, die mir jedoch niemand beantworten konnte, ist: Ist das Herrn Zabels Privatmeinung oder ist es die Meinung der Universität Halle mit der gesamten Fakultät dahinter? Das sollte man noch einmal abklären. Das kann ich nicht beantworten.

(Beifall bei der FDP - Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Das gibt's doch nicht an Universitäten!)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank. Herr Schrader, es gibt noch eine Frage des Abgeordneten Herrn Felke an Sie. - Bitte, Herr Felke, nehmen Sie das Wort.

Herr Felke (SPD):

Herr Schrader, eine kurze Frage. Können wir davon ausgehen, dass die Kollegen der FDP-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss des Bundestages in der nächsten Woche die Kategorisierung, die das BMVBS dort vorschlägt, ablehnen werden?

Herr Dr. Schrader (FDP):

Herr Felke, ich weiß noch gar nicht, ob es dazu eine Beschlussvorlage gibt und ob diese Kategorisierung im Haushaltsausschuss zur Abstimmung gestellt wird. Das ist eigentlich eine Sache des Verkehrsausschusses. Ich bin etwa überfragt, was der genaue Inhalt der Ausschusssitzung eigentlich ist.

Für meine Begriffe ist es üblich, dass im Haushaltsausschuss eine Berichterstattung erfolgt, wahrscheinlich in

dem Fall vom Bundesverkehrsministerium zum Thema „Mögliche oder weiterführende Investitionsvorhaben im Bereich Binnenschifffahrt“, und dass daraus ableitend die Sachen dann erst einmal in den Verkehrsausschuss kommen, weil der fachlich zuständig ist.

Herr Felke (SPD):

Aber wenn es so sein sollte, würden Sie es ablehnen?

Herr Dr. Schrader (FDP):

Ich? Wie?

Herr Felke (SPD):

Ihre Kollegen würden es ablehnen, wenn es so wäre, dass dort etwas zu entscheiden wäre?

Herr Dr. Schrader (FDP):

Herr Felke, das kann ich Ihnen nicht sagen. Aber machen Sie doch erst einmal hier im Land Ihre Hausaufgaben.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Geben Sie klare Antworten! - Herr Dr. Eckert, DIE LINKE: Klare Antworten! - Unruhe)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank für die Beantwortung. - Jetzt hat der Minister Herr Dr. Daehre für die Landesregierung das Wort. Herr Dr. Daehre, bitte schön.

(Unruhe)

Herr Dr. Daehre, Minister für Landesentwicklung und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sollten versuchen, unseren Adrenalinpiegel etwas zu senken; denn es geht um große Infrastrukturvorhaben in diesem Lande.

In der Überschrift des Antrages steht: Planfeststellungsverfahren nicht gefährden. Herr Kollege Gallert, ich freue mich darüber, dass Sie mein Nicken interpretieren, wann immer ich nicke. Ich mache das jetzt mal öfter. Vielleicht können wir dann auf den einen oder anderen Fall zurückkommen. Nur, das Nicken bezog sich darauf, dass Planfeststellungsverfahren im Lande durchgeführt werden.

Ich sage Ihnen: Sie haben dort natürlich einen Einfluss. Sie können dort 20 Leute ansetzen und sie können dort sechs Leute ansetzen. Aber politisch haben Sie auf das Ergebnis keinen Einfluss. Ich weise auch zurück, dass wir das in irgendeiner Form gemacht haben. Ich hoffe, dass Sie es so auch nicht gemeint haben.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von Herrn Gallert, DIE LINKE, und von Frau Dr. Klein, DIE LINKE - Zuruf: Doch!)

Das war der Punkt. Ich denke, darin sind wir uns einig.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Deswegen habe ich mich ja über Herrn Gürth gewundert! - Herr Gürth, CDU: Man kann es beschleunigen oder blockieren! - Unruhe)

Ich sage das auch deshalb in vollem Ernst, weil die Planfeststellungsverfahren und Raumordnungsverfahren auch in Zukunft - unter welcher Regierung auch immer - durchgeführt werden müssen.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Eben! - Unruhe)

Wir müssen das Vertrauen in die Beamten dort haben, dass sie das abwägen und am Ende zu einem Ergebnis kommen. Punkt. - So viel dazu.

(Unruhe bei der LINKEN - Zuruf von Herrn Dr. Eckert, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren! Wir haben über die A 14 diskutiert. Wir diskutieren jetzt darüber: Wie geht es mit den Wasserstraßen in Sachsen-Anhalt weiter? - Bekanntermaßen haben wir zwei bedeutsame Wasserstraßen. Das sind Bundeswasserstraßen. Das ist zum einen die Elbe; zum anderen ist das die Saale.

Ich sage das deshalb, weil ich den Eindruck habe: Manchmal wissen die in Berlin das gar nicht. Deshalb geht auch das Signal in Richtung Berlin.

Ich sage auch gleich dazu: Es geht auch in Richtung meiner Partei, was die CDU/CSU-Bundestagsfraktion angeht. Dort sind die gleichen Maßstäbe anzulegen, wenn es um die wirtschaftliche Entwicklung und die Chancengleichheit geht. Das muss jede Partei für sich selbst entscheiden.

Deshalb ist auch der Antrag nicht überflüssig, weil wir damit jetzt auch von Magdeburg aus - jeder auf seine Art und Weise - in Berlin Einfluss nehmen können, und zwar auf die politische Entscheidung, ob wir die Wasserstraßen in Ostdeutschland in Zukunft als Wirtschaftswege nutzen können und wollen und wie sich das Ganze in den nächsten Jahren entwickeln soll.

Nun geht es darum, dass wir Prognosezahlen für das Jahr 2025 haben. Die kann man für die Wasserstraße ausrechnen. Die kann man für das Gesamtverkehrsaufkommen ausrechnen. Ich sage Ihnen: Wir werden im Jahr 2025 - vielleicht erlebe ich das noch - froh sein, wenn wir einen Mix von verschiedenen Verkehrsträgern haben: Straße, Schiene, Wasserstraße. Den Luftverkehr lasse ich einmal heraus.

Wir haben schon heute die Situation, dass wir uns darüber beschweren, dass sehr viele Lkws auf den Straßen unterwegs sind. Das kann man bejahen und das kann man verneinen. Aber wir werden nicht wieder zur Lagerhaltung zurückkommen. Das bedaure ich. Aber es ist nun einmal so.

Die Entwicklung wird so weitergehen. Dann sind wir froh, wenn wir irgendwelche Schwerlasttransporte auf die Wasserstraße bekommen. Ob das nachher 3 Millionen, 3,5 oder 2,8 Millionen sind - aber die bekommen wir alle von der Straße herunter.

Darum lautet mein Appell: Man kann nicht sagen, man ist gegen die Autobahn und gegen die Wasserwege. Ich sage Ihnen, wenn wir einmal dahin kommen, dass wir eine Güterverkehrsstrecke quer durch Deutschland von Nord nach Süd bauen - - Wir müssen sie irgendwann einmal bauen, weil der Güterverkehr - -

(Zustimmung von einem Besucher auf der Tribüne)

- Ich weiß nicht, ob Sie auch noch klatschen, wenn ich fertig bin.

Präsident Herr Steinecke:

Ich bitte darum, dass sich die Gäste auf den Tribünen zurückhalten. Ich habe hier das Hausrecht, meine Damen und Herren.

Herr Dr. Daehre, Minister für Landesentwicklung und Verkehr:

Es ist ganz einfach so, dass wir in Deutschland eine Zunahme im Schienenverkehr haben werden. Aber wenn wir eine Trasse bauen, die nur für den Güterverkehr genutzt werden kann, dann geht diese Trasse natürlich auch durch die Altmark, durch die Colbitz-Letzlinger Heide. Dann haben wir natürlich auch keinen Freiraum, wo überhaupt nichts ist. Das heißt, auch in diesen Fällen müssen wir in die Natur eingreifen. Ich sage Ihnen: Bei einer Güterverkehrsstrecke können Sie nicht wie bei Autobahnen noch ein bisschen kurvenreich arbeiten. Da wird das schon problematischer. Also müssen wir uns mit den Gegebenheiten, die wir in Sachsen-Anhalt haben, anfreunden, und dazu gehört es, diese beiden Wasserstraßen Elbe und Saale zu nutzen.

Jetzt sind wir bei der Elbe in der Situation - damit das auch noch einmal deutlich wird; auch diesen Satz habe ich häufig genug gesagt -: Niemand will in diesem Hohen Hause die Elbe entweder betonieren oder kanalisieren. Wir wollen sie so lassen, wie sie 2002 war. Aber man muss uns wenigstens zugestehen, dass dies passiert. Das ist die erste Aussage. Ich denke, damit können wir uns auch anfreunden.

Wir müssen auch weiterhin - egal, ob Gütertransporte auf der Elbe oder auf der Saale stattfinden - trotzdem etwas zur Instandhaltung dieser beiden Flüsse machen, egal, was darauf letztlich transportiert wird.

Das Zweite ist: Wir haben natürlich nicht an 365 Tagen einen solchen Wasserstand, dass dort jeden Tag mit Schiffen gefahren werden kann. Also sind wir einen Schritt weitergegangen. Auf der Elbe haben wir schon den Leichtscharverband, der jetzt schon Container aus Hamburg - die Hinterlandverkehre - in Richtung Magdeburg bringt. Auch das ist ein Wirtschaftsfaktor für den Hinterlandverkehr nach Magdeburg.

Jetzt wollen wir als Zweites auch Halle an das Wasserstraßennetz anschließen. An der Saale haben wir schon sechs Staustufen mit einer intakten Natur über die gesamte Strecke. Ich bin mit Bundestagsabgeordneten dort entlanggefahren, und die haben mir gesagt: Na, sehen Sie mal, und das wollen Sie zerstören. - Ich sagte: Wir fahren an Staustufen vorbei. - Die haben das nicht einmal gewusst. Man muss also auch dazu sagen, dass wir diesbezüglich noch Aufklärungsbedarf haben.

(Zustimmung von Herrn Scheurell, CDU)

Also wollen wir doch sehen, dass wir das letzte Stück schiffbar machen.

Damit sind wir wieder bei den Verfahren. Wir wollen nicht mehr und nicht weniger als einen Scoping-Termin und als Nächstes ein Planfeststellungsverfahren. Am Ende dieser Kette wird dann entschieden - jeder hat wieder die Möglichkeiten, vor Gericht zu ziehen -: Machen wir es oder machen wir es nicht?

Aber wir können eines nicht - das ist die ganz klare Aussage von meiner Seite -, nur weil wir in Berlin der Meinung sind, wir müssten uns wieder einmal über Sparmaßnahmen unterhalten, was ja immer richtig ist. Aber

hier reden wir über 100 Millionen €. Wenn ich mir den gesamten Haushalt des Bundesverkehrsministers mit 9,6 Milliarden € ansehe, dann kann man sich ungefähr ausrechnen, wie viel diese 100 Millionen € verteilt - wenn wir es bauen würden - über drei bis vier Jahre, prozentual ausmachen würden. Da haben wir ganz andere Summen, die wir woanders ausgeben.

Deshalb lautet mein Appell, auch für die Zukunft die Chance zu nutzen, beide Wasserstraßen dann auch für die Schwerlasttransporte zu regenerieren.

Eine letzte Sache, weil ich nun noch in der Verantwortung bin: Der Scoping-Termin ist abgesagt worden. Der Haushaltsausschuss wird am 9. Februar tagen, was auch immer die dort beschließen wollen. Aber aus meiner Sicht müssen wir heute ein deutliches Signal von hier aus senden, dass die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Ost, die hier in Magdeburg ansässig ist, in ihrer Struktur vielleicht verändert werden kann - darüber denken wir im Lande ja selber nach -, dass sie aber vom Grundsatz her erhalten bleiben muss, damit der mitteldeutsche Raum noch als Wasserstraßenraum wahrgenommen wird. Sonst ist das verloren.

(Herr Gürth, CDU: Richtig!)

Die Rolle der Tschechen, was die Elbe angeht, will ich hier gar nicht beleuchten. Auch die haben einen Anspruch darauf, dass sie das eine oder andere von Tschechien nach Hamburg transportieren können. Also ein internationales Problem, das ganz in Ruhe gelöst werden muss. Aber es kann nicht dadurch gelöst werden, dass mit einem Federstrich gesagt wird, wir sind von diesem Wasserraum bzw. von der Elbe und von der Saale abgeschnitten. Darum lassen Sie uns dies gemeinsam weiter verfolgen.

Der Bundesverkehrsminister bekommt jetzt einen Brief. Auch der Vorsitzende des Haushaltsausschusses bekommt einen Brief, und zwar nicht nur irgendeinen Brief, sondern einen Brief mit der Unterschrift all derjenigen, die sich in den letzten Wochen und Monaten für die Saale eingesetzt haben. Ich sehe sehr viele Sozialdemokraten, die mit unterschrieben haben. Ich sehe, fast alle Christdemokraten sind dabei. Auch die Liberalen haben unterschrieben. Bei den anderen weiß ich es nicht so richtig. Ich habe es nicht so richtig lesen können, meine Damen und Herren, ob Sie auch dabei waren. Aber auch hierbei geht es wieder darum, deutlich zu machen, dass wir schon einmal einen Beschluss hatten. Der Landtag hatte das ja schon einmal beschlossen.

(Zuruf von der SPD)

- Ja, was für das eine gilt, muss jetzt auch für das andere gelten, dass wir heute noch einmal dokumentieren, dass wir es brauchen.

Die Unternehmen haben uns schriftlich in Briefen 3,6 Millionen t genannt, hinter denen sie entlang der Saale stehen. Das wäre ihr Angebot: 3,6 Millionen t würden sie pro Jahr von der Straße auf die Wasserstraße verlagern. Ich denke, das sollte den Schweiß des Edlen wert sein.

Deshalb lassen Sie uns, meine Damen und Herren, heute ein Bekenntnis erstens zur Wasser- und Schifffahrtsdirektion Ost abgeben. Das steht nicht in dem Antrag, aber ich denke, das sollten wir auch deutlich machen.

Zweitens sollten wir heute deutlich machen, dass es mit den Planungen weitergehen soll. Da rollt noch kein Bagger; da passiert überhaupt noch nichts. Aber die Planun-

gen sollten fortgeführt werden, damit wir am Ende eine Abwägung zwischen Ökologie und Ökonomie vornehmen können.

Meine Damen und Herren! An dieser Stelle mache ich einen Strich, und nachdem ich den Strich jetzt gemacht habe, darf ich mich ganz herzlich von dem Hohen Haus verabschieden.

Meine Damen und Herren, 20 Jahre Landtag. Die eine oder andere Falte im Gesicht ist dazugekommen.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Die hätten Sie woanders auch bekommen!)

Ob ich sie wieder wegplätten kann, weiß ich nicht.

Ich bedanke mich ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit über die verschiedenen Legislaturperioden hinweg. Es war nicht immer einfach mit mir, oder umgekehrt: mit Ihnen, wie immer es auch war.

Ich bedanke mich natürlich bei meiner Fraktion, der CDU, am meisten, aber auch bei den anderen ganz herzlich.

Ich wünsche dem Hohen Haus vor allen Dingen eines für die nächste Legislaturperiode: Lebhaftige Diskussionen; das gehört dazu. Ich denke, wenn wir oberhalb der Gürtellinie bleiben, dann wird es auch für das Land Sachsen-Anhalt eine weitere gute Entwicklung geben. Wir brauchen Infrastruktur auch noch für die Zukunft. Deshalb ist für den Nachfolger oder für die Nachfolgerin noch genug Arbeit da.

Ich verabschiede mich, aber noch nicht als Minister. Ein paar Unterschriften werden wir bis zum 20. März 2011 schon noch leisten.

Herzlichen Dank. Ihnen alles Gute und Gottes Segen. - Danke schön.

(Starker, lang anhaltender Beifall im ganzen Hause)

Präsident Herr Steinecke:

Lieber Minister Dr. Daehre, herzlichen Dank. Es ist schon gar nicht so einfach. - Wir kommen dann zu den Debattenbeiträgen der Fraktionen. Als erster Fraktion erteile ich der SPD das Wort. Es spricht die Abgeordnete Frau Budde, anschließend Herr Dr. Köck.

Frau Budde (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dann lassen Sie mich zu Anfang - wir waren noch gar nicht darauf vorbereitet, dass die Abschiedsreden jetzt schon kommen - sowohl von mir ganz persönlich als auch - das darf ich, glaube ich, sagen - im Namen meiner SPD-Fraktion über alle Jahre hinweg Dank sagen, Karl-Heinz Daehre, für die Zusammenarbeit. Wir haben uns kräftig geschlagen und kräftig gestritten, wenn ihr in der Opposition wart und nur wir in der Regierung waren, und wir haben gut zusammengearbeitet, wenn wir gemeinsam in der Regierung waren. Danke für die 20 guten Jahre der Zusammenarbeit.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)

Genauso klar war aber auch die Einbringung des Antrags durch Herrn Schrader. So, wie es eingebracht worden ist, möchte man es wirklich als einen schönen Wahlkampfabschluss in diesem Landtag bezeichnen.

Man könnte auch fast sagen, da hat man den Kanal ja jetzt schon voll, wenn man die Einbringung gehört hat.

(Zustimmung bei der SPD)

Das ließ an Deutlichkeit wirklich gar nichts vermissen, wie es so ist, wenn sich die Regierungspolitik ändert. Wie verlässlich und seriös das für manche Unternehmen im Bereich der regenerativen Energie in Sachsen-Anhalt ist, wenn Sie die Verlängerung der Atomkraftwerklaufzeiten im Bund mit durchstimmen und sie auch noch fordern, haben Sie uns gerade gezeigt.

Ich meine, man muss auch selber daran denken, was man macht, bevor man das anderen vorhält. Ich glaube, dass hat keine positiven Auswirkungen auf Sachsen-Anhalt, jedenfalls nicht auf die Zigtausend Arbeitsplätze im Bereich der regenerativen Energien.

(Zuruf von Frau Dr. Hüskens, FDP)

- Es gibt immer auch Beispiele aus anderen Bereichen.

Was die Tonnagen angeht: Das ist in der Tat ein Problem, aber zumindest bleibt sich der Bund treu. Er geht nach seiner Einschätzung offenbar davon aus, was für Tonnagen auf den Wasserstraßen jetzt fahren, und bei der Regelung der Hartz-IV-Sätze geht er eben davon aus, was die Menschen jetzt verbrauchen. Vom System her ist das gleich. Darüber brauchen Sie sich nicht zu wundern. Das System der Neuberechnung der Hartz-IV-Sätze wurde nur auf die Wasserstraßen übertragen. Wir könnten uns ja vielleicht darin treffen, dass beides nicht richtig ist.

(Herr Scharf, CDU: Es gab schon bessere Vergleiche!)

- Das ist ein exakter Vergleich, Herr Scharf. Dahinter steckt das gleiche System. Es ist nur Mist, wenn man das zugeben muss. Das geht mir an manchen Stellen aber auch so.

Ich gebe zu, dass ich eine Auseinandersetzung zu dem Antrag zu dem Thema A 14 in der Art und Weise wie eben nicht erwartet habe. Ich befürchte ein wenig, dass das jetzt ähnlich werden wird, hoffe aber, dass wir es möglicherweise etwas ruhiger schaffen werden.

Was hat der Landtag zu den Themen Saale-Seitenkanal, Saale oder Verkehrsstraßen in dieser Legislaturperiode nicht schon alles beraten und beschlossen. Sie haben selbst darauf hingewiesen, dass es eine ganze Reihe von Beschlüssen gibt.

Wir haben Beschlüsse gefasst im Juli 2006, im Februar 2010 und im Juni 2010. Ich würde sagen: Dem ist nichts hinzuzufügen. Der Landtag hat sich eindeutig dazu bekannt. Er hat gesagt, er will eine umweltverträgliche und wirtschaftliche Nutzung der Elbe und der Saale als Bundeswasserstraßen. Das ist das, was der Verkehrsminister ausgeführt hat. Von einem Ausbau ist dabei nicht die Rede, sondern von Unterhaltungs- und Erhaltungsmaßnahmen. Darin treffen wir uns wahrscheinlich auch fraktionsübergreifend hier im Landtag. Das ist die Geschäftsgrundlage, auch über die Legislaturperiode hinaus, wie ich denke.

Der Landtag hat beschlossen, dass die Landesregierung gebeten wird, gegenüber der Bundesregierung auf die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens zum Bau des Saale-Seitenkanals hinzuwirken. Auch das ist noch im Werden. Wie wir eben gehört haben und schon vorher aus der Zeitung wussten, ist der Scoping-Termin abge-

sagt worden. Karl-Heinz Daehre bemüht sich darum, einen neuen Scoping-Termin zu bekommen. Ich denke, der ist auch notwendig, weil in diesem Verfahren eine umfangreiche Abwägung stattfinden wird. Sowohl die Naturschutzverbände BUND und Nabu als auch die Vertreter der Kammern, der Wirtschaft und der Landesregierung werden sich sicherlich äußern.

Wir haben beschlossen, dass wir darum bitten, dass uns die Bundesregierung eine abschließende Aussage gibt, ob und, wenn ja, unter welchen Bedingungen eine Finanzierung des Vorhabens erfolgen wird. Auch das steht noch aus. Darüber haben Sie heute im Ausschuss diskutiert. Ich gehe davon aus, dass es für die Ausschüsse und für den Landtag in dieser Legislaturperiode vielleicht das letzte Mal gewesen sein wird, dass sich damit aber auch die Ausschüsse des nächsten Landtags zu befassen haben werden.

Dann haben Sie in Ihrer Einbringungsrede sehr deutlich gesagt, was Sie damit erreichen wollen. Es ist ein bisschen das Mikado-Spiel angesprochen worden: Wer zuerst zuckt, der ist schuld, dass das Vorhaben möglicherweise nicht kommt. Mit anderen Worten, aber so ähnlich haben Sie es formuliert. Ich glaube nicht, dass wir uns im Land an diesem Mikado-Spiel beteiligen sollten.

(Zustimmung von Frau Fischer, SPD)

Das, was ich eben vorgetragen habe, sind Beschlüsse, die gelten. Diesen Beschlüssen ist nichts hinzuzufügen. Diese Beschlüsse sind auf der Grundlage des Koalitionsvertrages gefasst worden und zu diesem steht die SPD-Landtagsfraktion. Deshalb glaube ich, dass es besser wäre, die fachliche Diskussion nach dem Scoping-Termin weiterzuführen und uns heute hier nicht gegenseitig vorzuführen. Ich glaube, dass dieser Beschluss heute nicht notwendig sein wird.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Steinecke:

Herzlich Dank, Frau Budde, für den Beitrag. - Wir kommen zum Debattenbeitrag der Fraktion DIE LINKE. Herr Dr. Köck, Sie haben das Wort.

Herr Dr. Köck (DIE LINKE):

I have a dream: Vom Pier des Oberhafens Magdeburg legt ein Koppelverband ab. Das sind vier fest miteinander verbundene Schubleichter á 500 t Tragkraft, die von einem leistungsfähigen Schubboot vor sich hergeschoben werden. Die Ladung: Streusalz für das Ruhrgebiet. Die Rückladung: zwei leere und zwei mit Altreifen für das Zementwerk Bernburg gefüllte Schubleichter. Sie sind schon im Zweierpack auf der Elbe in Richtung Saale unterwegs. Sie sind Teil eines regen Shuttleverkehrs zwischen Halle, Bernburg und dem Mittellandkanalhafen von Magdeburg.

Meine Damen und Herren! Ein solcher Traum ist für all diejenigen, die das Projekt Saalekanal - das sage ich ganz bewusst - alternativlos verfolgen, natürlich ein Alptraum; denn dieser Traum kommt auch ohne den Saale-Seitenkanal aus.

Der Traum bietet jede Menge Raum zum weiterträumen. Er ist aber kein Hirngespinnst; denn ein neuer Leichtertyp mit besonders geringem Tiefgang hat gerade das Licht der Welt erblickt. Ich habe ihn mir angeschaut und bin äußerst optimistisch.

Ich habe mit dem Schöpfer gesprochen: Dieser große Leichter kann um Segmente verkleinert werden und kann auch auf der Saale fahren, so wie sie jetzt ist.

Die verladende Wirtschaft steht der Idee dieses Shuttleverkehrs durchaus aufgeschlossen gegenüber, wartet aber den Ausgang des Tauziehens um den Saalekanal ab.

Zurzeit scheinen den Kanalbefürwortern die Felle davonzuschwimmen. Wenn das Wirklichkeit wird, was bislang bekannt geworden ist, dann würde die Saale einem Anschlussgleis der Bahn gleichgesetzt. Aber das Anschlussgleis würde durchaus auch dem Bild der Shuttleverkehre entsprechen.

Ich habe von einem Insider bei einer Veranstaltung in Halle - ich glaube, am vergangenen Donnerstag war die Veranstaltung - zugerannt bekommen: Auch wenn der Saalekanal da ist, wird auf dem Wasserweg nie ein Container Halle erreichen, weil ein dreilagiger Verkehr auf der Saale nicht möglich ist und sich ein zweilagiger Verkehr nicht rechnet. Alle Brücken müssten angehoben werden.

(Herr Dr. Schrader, FDP: Das ist doch Quatsch! - Herr Wolpert, FDP: Machen wir jetzt Politik auf Zuruf: Das habe ich von dem und dem gehört?)

Was das kostet, kann ich nicht beurteilen. Auf jeden Fall ist davon die Rede, dass schon 30 Millionen € für den Halleschen Hafen verausgabt worden sind. 5 Millionen € wurden in die Schleusenautomatisierung gesteckt. Wer nicht will, dass diese Mittel vergeblich verausgabt worden sind, der muss natürlich für einen Seitenkanal sein. Mit den 100 Millionen € für den Seitenkanal belaufen sich die Investitionen auf insgesamt 135 Millionen €. Wer kann dann noch dagegen sein, wenn wir eine Staustufe in der Elbe ins Gespräch bringen sollten?

Meine Damen und Herren! Die Wirtschaft tut bisher nichts dafür, um der Politik helfend zur Seite zu springen. Die Saale ist schon jetzt bis Halle für Europaschiffe bis 1 350 t schiffbar - nicht ganz problemlos, aber es geht.

(Herr Felke, SPD: Zwischen Calbe und Halle!)

Sie haben sich arrangiert. Seit mehreren Jahren findet kein Verkehr mehr auf der Saale statt.

(Herr Gürth, CDU: Sie sind ja wirklich gegen alles! Sie sind wie die Grünen! Sie können doch nicht ständig gegen alles sein!)

- Nein! - Kali und Salz betreibt vom Hafen Haldensleben aus einen so genannten Börde-Feeder, das heißt, einen Shuttleverkehr zum Hamburger Hafen. Auf der Strecke fährt zweimal wöchentlich ein Motorgüterschiff.

Auf der Konferenz in der vergangenen Woche in Halle ist der Vertreter vom Sodawerk Staßfurt gefragt worden: Sie müssen doch vehement für diesen Saalekanal sein?

(Herr Gürth, CDU: Wer war das?)

Darauf sagte er: Na ja, das ist zwar gut, aber wir haben uns mit der Situation arrangiert.

(Herr Gürth, CDU: Na, ist das schön, wenn sie es jetzt über die Straßen karren? - Herr Weigelt, CDU: Sollte man einmal Herrn Dr. Müller in Bernburg fragen! Sie lassen sich immer von den falschen Leuten beraten, Herr Dr. Köck! - Weitere Zurufe von der CDU)

Von Herrn Scheurell war vorhin im Ausschuss das zu hören, was wir schon lange gesagt haben: Das Schiff wird auch gebraucht, um Druck auf die Tarife der Bahn auszuüben.

(Zustimmung bei der LINKEN - Frau Take, CDU, lacht - Herr Wolpert, FDP: Jetzt wird es aber abenteuerlich!)

Wir haben hier nicht erst seit dem Jahr 2006, sondern bereits seit dem Jahr 2002 und auch schon vorher konstruktive Vorschläge unterbreitet, wie man die Schifffahrt im Bereich des Elbstroms auch ohne den Saale-Seitenkanal gestalten könnte. Um das noch einmal klipp und klar zu sagen: Die LINKE ist für die Binnenschifffahrt auf Elbe und Saale, aber in den Grenzen, die die ökologische Situation der Flüsse zulässt.

Das ist der große Unterschied zu den Grünen, die sagen: Wir wollen überhaupt keine Gütertransporte. Nein, wir wollen sie ausdrücklich, aber nicht auf Kosten der Flüsse.

(Beifall bei der LINKEN - Herr Gürth, CDU: Aber nicht wirtschaftlich!)

Unser Vorschlag war, die Wirtschaft am Saale-Ausbau zu beteiligen. Sie sollte eine Garantieerklärung für die Mengen abgeben, die sie zukünftig einmal dort verschiffen will. Wenn sie diese später nicht einhält: Regress.

(Zuruf: Das ist doch Staatswirtschaft!)

Wir haben vorgeschlagen, eine neue Elbe-Vereinbarung abzuschließen, in der all diese Fragen festgeschrieben werden, verbindlich für alle, damit das Misstrauen aufgehört, dass dann, wenn die Summen alle ausgegeben sind, kein Elbe-Ausbau erfolgen kann. - Abgelehnt!

Wir haben gesagt, lasst uns doch die Elbe-Schifffahrtsakte erneut aufmachen und völkerrechtlich mit Tschechien zusammen die Ausbaustandards der Elbe festlegen. - Abgewiesen! Vorhin war von Herrn Daehre zu hören, die Tschechen sind jetzt in Europa vorstellig geworden und möchten diese aus den Zeiten des Wiener Kongress von 1815 stammende Vereinbarung gerne erneuert haben.

Der Hafenchef von Haldensleben sieht die Entwicklung an der Saale überhaupt nicht gern. Er hat sich bloß gefürchtet, in der Öffentlichkeit mit mir zitiert zu werden.

(Herr Gürth, CDU: Das kann ich auch verstehen! Das ist nachvollziehbar!)

Das ist aber schon viele Jahre her.

Also, meine Damen und Herren, da der Euro nur einmal ausgegeben werden kann, würde ich - das ist wieder ein Stückchen Traum - gerne ein Förderprogramm für den Aufbau einer Schubbootflotte für die Shuttle-Verkehre initiieren. Möge man sich meines Traums erinnern, wenn seine Realisierung läuft. Sollte ich noch einmal für eine Wahlperiode von den Wählerinnen und Wählern meines Wahlkreises Halle-Neustadt beauftragt werden, würde ich nicht beim Träumen stehen bleiben. Das kann ich Ihnen versprechen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Dr. Köck. - Wir kommen dann zum Debattenbeitrag der CDU. Der Abgeordnete Herr Scheurell erhält jetzt das Wort. - Ach, Entschuldigung, Herr

Doege hat noch eine Frage. Das können Sie, wenn Sie wollen, vom Platz aus machen. Bitte, Herr Doege, fragen Sie.

Herr Doege (SPD):

Ich stelle keine Frage, ich mache eine Kurzintervention.

Präsident Herr Steinecke:

Also intervenieren Sie.

Herr Doege (SPD):

Bei den Dingen, die jetzt hier vorgetragen worden sind, Herr Dr. Köck, frage ich mich an mancher Stelle, woher Sie diese Weisheiten nehmen, die Sie uns hier so verkünden. Ich komme zufällig aus einer Hafenstadt. Ich verfolge die Entwicklung unseres Hafens, weil es eine kommunale Gesellschaft ist, seit mehr als einem Jahrzehnt intensiv. Woher Sie die Weisheit nehmen, dass ein zweilagiger Containerverkehr völlig unwirtschaftlich ist, müssen Sie mir mal erklären. Er findet beispielsweise bei uns auch statt, wenn es nicht anders geht und die Schifffahrtsverhältnisse es nur so hergeben. Ich sage Ihnen, der Hafen Aken arbeitet bis auf ein einziges Jahr in der zurückliegenden Zeit immer mit mehr als mit einer schwarzen Null. Das muss man erst einmal vormachen.

Sie behaupten immer wieder, es würde Staustufen an der Elbe geben. Das ist schlicht und einfach eine Behauptung, die Sie, der BUND und andere immer wieder vorbringen. Wenn man Unsinn wiederholt, wird er dadurch nicht besser!

(Zuruf von der LINKEN: Frage stellen!)

- Ich mache eine Kurzintervention, ich muss keine Fragen stellen; Entschuldigung.

Dann das Thema, die Wirtschaft soll sich am Saale-Ausbau beteiligen. Das würde im Umkehrschluss genauso bedeuten, jedes Unternehmen, das an Straßen oder die Bahn angeschlossen wird, müsste sich dann auch am Ausbau beteiligen. Das kann ja eine Forderung von Ihnen sein; ist mir bisher aber nicht bekannt.

Eine neue Elbe-Erklärung brauchen wir, glaube ich, nicht. Es ist bei der ersten Elbe-Erklärung auf Staustufen an der Elbe verzichtet worden. Im Gegenzug hat man der Industrie zugesichert, die Elbe so zu unterhalten, dass sie wirtschaftlich und auch touristisch schiffbar ist.

Was die Tschechen fordern, ist nichts Neues, sondern sie fordern lediglich die Einhaltung dessen, was in der Elbe-Schifffahrtsakte seit dem Wiener Kongress festgelegt worden ist.

Dann zu Ihrem Traum, der für mich - na ja - ein bisschen ein Albtraum ist. Ich kehre das einfach mal um und sage: Wir haben dann beispielsweise eine Bahnstrecke zwischen Halle und Magdeburg unter anderem mit den Stationen Bernburg und Calbe. Aber dummerweise ist der Abschnitt zwischen Calbe und Magdeburg für eine Schmalspurbahn ausgebaut.

(Unruhe bei der LINKEN)

Sie können da natürlich auch mit Zügen fahren. Aber Sie können nicht wirtschaftlich fahren. Die LINKE - Sie können doch einfach mal zuhören - -

Präsident Herr Steinecke:

Lassen Sie doch Herrn Doege das zu Ende bringen.

Herr Doege (SPD):

Sie wollen keinen Ausbau des Saale-Kanals, und Sie wollen letztendlich die Einstellung der Schifffahrt auf der Elbe. Dann sagen Sie das so klar. Dann ziehen Sie damit doch in den Wahlkampf. Ich sage Ihnen nur: Wir werden natürlich den Unternehmen und allen anderen sagen, dass Sie für diesen verkehrspolitischen Irrweg stehen. Dann müssen Sie auch mit den Konsequenzen leben.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank für Ihre Intervention. - Sie können antworten, aber Sie müssen nicht. Wenn Sie wollen, dann können Sie.

Herr Dr. Köck (DIE LINKE):

Ja, möchte ich schon. - Unsere Vorschläge haben wir schon mehrfach hier zur Diskussion gestellt. Es kam aber nie zu einer ehrlichen Diskussion, weil diese Diskussion natürlich dem Projekt Saale-Kanal nicht förderlich sein könnte. Aber wir haben den großen Vorteil, sollte es tatsächlich den Worst Case geben, dann haben wir ein Konzept, das auch für die Zukunft trägt. Da möchte ich jetzt Sie auffordern, unser Konzept nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Selbst wenn Sie für den Saale-Kanal streiten, hätten Sie eine Alternative, wenn er dann nicht kommt. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Herzlichen Dank. - Wir kommen dann zum Debattenbeitrag der CDU. Der Abgeordnete Scheurell hat das Wort. Bitte.

Herr Scheurell (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die FDP-Fraktion hat einen wichtigen und nach unserer Überzeugung vor allen Dingen auch richtigen Antrag gestellt. Das ist, liebe liberale Freiheitskämpfer, nicht immer so, sehr häufig aber eben doch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte es jetzt Ihnen und mir ersparen, das, was die sehr geehrte Frau Fraktionsvorsitzende - bei euch heißt das Vorsitzende - Budde

(Heiterkeit - Frau Budde, SPD: Heißt das bei euch anders?)

- für mich ja - für die SPD-Fraktion hier schon richtig festgestellt hat, zu wiederholen, nämlich die Erläuterung, wann welcher Beschluss gefasst wurde und dass diese Beschlüsse Gültigkeit haben auch über Wahlkampftermine und Parteitagebeschlüsse hinaus. Das ist eine richtige und gute Entscheidung.

Deswegen erspare ich uns jetzt auch die Wiederholung, wann welcher Erörterungstermin - neudeutsch Scoping-Termin - vom Bund kurzerhand abgesagt wurde, und komme dazu, noch einmal zu erläutern, dass es im Inland kein wirtschaftlicheres und kostengünstigeres Verkehrsmittel als das Binnenschiff gibt. Es ist das Rückgrat des kombinierten Verkehrs und eignet sich hervorragend zum Transport von nicht zeitsensiblen Schüttgütern wie

Kohle, Erze und Container, natürlich auch zu einzelnen Transporten, wie zum Beispiel Turbinen und Windkraftanlagen und was es sonst noch an großen Gütern gibt, die über die Straße und über den Schienenweg gar nicht mehr transportabel sind.

Je nach Größe ersetzt ein Binnenschiff zwischen 80 und 100 Lkw-Ladungen. Die externen Kosten dieses Verkehrsträgers wie die Emissionen jeder Art oder Unfälle sind im Vergleich zu Lkws und der Schiene mit Abstand die geringsten. Damit schont er nicht nur in ganz erheblichem Maße die Umwelt, sondern auch ganz wesentlich unser Straßen- und Schienennetz, und das bei deutlich geringeren Emissionen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wie gestaltet sich das Binnenwasserstraßenverkehrsnetz Deutschlands im Jahr 2011? - Rund 7 500 km Binnenwasserstraßen sind derzeit in Betrieb. Das Eisenbahnnetz mit seinen 36 000 km ist etwa fünf Mal, das Straßenverkehrsnetz mit 53 000 km etwa sieben Mal so groß, meine Damen und Herren.

Zweifellos haben Neu- und Ausbaumaßnahmen an der Verkehrsinfrastruktur gerade nach 1990 auf allen drei Transportnetzen zu Qualitätszuwächsen geführt. Dennoch müssen wir feststellen, dass die Verkehrsstärken bereits heute streckenweise ein Niveau erreicht haben, das einen störungsfreien Verkehrsfluss kaum noch ermöglicht.

Auch auf der Schiene gibt es nach Analysen der DB Netz AG und des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen zahlreiche Abschnitte, die durch mangelnde Streckenleistungsfähigkeit, durch Streckenüberlastungsprobleme, durch Kapazitätsprobleme bzw. -überlastungen gekennzeichnet sind.

Hingegen verfügt die Binnenwasserstraße auf allen wichtigen Korridoren über erhebliche Kapazitätsreserven. Dies gilt nach Meinung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung sowohl für den gegenwärtigen Stand als auch unter Berücksichtigung prognostizierter Aufkommenszuwächse im Güterverkehr im Jahr 2015.

(Zustimmung von Herrn Weigelt, CDU)

Meine Damen und Herren! Unser Minister, dem ich an dieser Stelle noch einmal namens unserer Fraktion für die geleistete Arbeit danken möchte, hat vorhin sehr deutlich vorgebracht und uns auch heute im Ausschuss darüber informiert, dass die Anlieger der Saale sich dazu bekannt haben, dass ca. 3,6 Millionen t Güter pro Jahr transportiert werden könnten.

Meine Damen und Herren! Angebot schafft Nachfrage

(Zuruf von der LINKEN: Na, na!)

und natürlich auch fürderhin Entlastung anderer Verkehrsnetze. Lassen Sie uns deshalb doch nachher in der Antragsbestätigung noch einmal demonstrieren, wie wichtig unserem Bundesland dieser Verkehrsträger Binnenwasserstraßennetz ist. Denn, meine Damen und Herren, uns geht es nicht um Anschlussgleise. Von einem Binnenwasserstraßennetz können wir nur sprechen, wenn auch der Anschluss der Saale ermöglicht wird.

(Zustimmung von Minister Herr Dr. Daehre)

Das geht nun einmal nicht wie ein Katheder durch eine verstopfte Blutbahn, sondern da muss operiert werden, damit diese Ader funktionieren kann.

(Herr Felke, SPD: Ein Bypass! - Heiterkeit)

Meine Damen und Herren! Ich erspare es uns jetzt auch, über die 5,1 Millionen € zu diskutieren, die in die Ertüchtigung der Schleusen investiert wurden. Ich erspare es uns auch, darüber zu diskutieren, was die trimodale Schnittstelle, der Saale-Hafen Halle gekostet hat. Wir müssen diese Investitionen jetzt mit Leben erfüllen. Das, meine Damen und Herren, ist unsere Aufgabe heute und fürderhin auch der nächsten Landtage in Sachsen-Anhalt.

Die ganzen technischen Details sind allen Abgeordneten noch einmal erläutert worden. - Ich möchte die Redezeit nicht überschreiten. - Unser Verkehrsminister, die Abgeordneten im zuständigen Ausschuss und natürlich die Freunde der Hebung der Saale-Schifffahrt, die heute auch hier vertreten sind, haben fantastisch zugearbeitet. Es ist sehr informativ und dient noch einmal zur Untermauerung dieses Antrags, den die FDP-Fraktion eingebracht hat.

Wir haben - das ist auch schon gesagt worden - eine staugeregelte Saale. Sie ist Realität. Lediglich die Schleuse Klein Rosenberg konnte aufgrund des Zweiten Weltkrieges nicht mehr fertig gestellt werden. Ein alternativ gebauter Kanal würde die windungsreiche Mündungsstrecke schonen.

Meine Damen und Herren! Ohne investive Maßnahmen verabschiedet man sich vom Fördergedanken, gerade in den ostdeutschen Bundesländern. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag; denn die Wirtschaft und die Menschen dieser Region haben es nicht verdient, abgekoppelt zu werden durch irgendwelche realitätsfernen Beschlüsse, die irgendwo vorbereitet werden. - Danke.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Herr Steinecke:

Herzlichen Dank dem Abgeordneten Herrn Scheurell. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt als letzter Debattenredner Herr Dr. Schrader das Wort. Bitte schön.

Herr Dr. Schrader (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister Daehre, vielen Dank auch von unserer Fraktion für die engagierte, spannende, faire und, was den Fortschritt im Bereich der Infrastruktur, Straßenverkehr, Schiene und Wasserstraßen betrifft, auch erfolgreiche Zusammenarbeit.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Herr Felke, ich hatte jetzt ein bisschen Zeit, über die Hintergründe Ihrer Frage nachzudenken. Aber ich brauchte dafür nicht lange; denn Ihre Fraktionschefin Frau Budde hat die Stichworte eigentlich dazu gegeben.

Sie haben nämlich gefragt: Wie werden Parlamentarier, ob sie der FDP, der CDU, der CSU, der LINKEN oder auch der SPD angehören, die im Bundestag vertreten sind, im Bund zu bestimmten Projekten abstimmen, die viel Geld kosten und bei denen es einen harten bundesweiten Wettbewerb gibt, weil viele Regionen um die Mittel kämpfen? - Die werden in erster Linie schauen - das ist ein eisernes Prinzip -, wie die politische Willensbildung vor Ort ist.

Wenn sie feststellen, dass eine Regierungspartei wackelt, das vielleicht gar nicht so richtig will, dann werden zehn andere die Hände heben und sagen: Wir wissen

ein Projekt, bei dem alle einmütig dafür sind. Dort wird es dann gemacht.

Deshalb ist es wichtig, dass wir heute diesen Antrag eingebracht haben. Deshalb ist es wichtig, dass er zur Abstimmung kommt. Frau Budde, er ist nicht überflüssig. Es ist dringlicher denn je, gerade in Vorbereitung der nächsten Woche, dass ein ganz klares Signal kommt.

(Beifall bei der FDP - Frau Fischer, SPD, winkt ab)

- Frau Fischer, Sie brauchen nicht abzuwinken. Das ist einfach so. Sie sind mit verantwortlich. Die SPD ist Regierungspartei. Wenn die Bundestagsabgeordneten, egal welcher Couleur, erfahren, hier wackelt eine Regierungspartei, gibt es eine gute Gelegenheit für alle anderen im Bund zu sagen, dann gehen die Mittel eben woanders hin. Das darf nicht passieren.

(Zustimmung bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Um diese Irritation auf Bundesebene zu zerstreuen, damit es keine Richtungsänderung gibt gegenüber dem bisherigen Verfahren in der Meinungsfindung, bitten wir herzlich darum, über diesen Antrag namentlich abstimmen zu lassen.

Lassen Sie uns ein kraftvolles Zeichen setzen für den Fortschritt im Lande, für umweltfreundliche Gütertransporte und für kluge Verkehrspolitik. Für ein kraftvolles Zeichen in Richtung Bund bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der FDP)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Dr. Schrader. Sie hatten die namentliche Abstimmung vorhin schon beantragt.

Wir kommen dann zur namentlichen Abstimmung, meine Damen und Herren. Herr Kosmehl wird wieder die Namen aufrufen. Wer für diesen Antrag ist, der stimmt mit Ja, wer dagegen ist, mit Nein, bzw. er enthält sich der Stimme. - Herr Kosmehl, bitte beginnen Sie mit dem Namensaufruf.

(Namentliche Abstimmung)

Abstimmungsverhalten der Abgeordneten:

Frau von Angern	Nein
Herr Barth	Nein
Herr Bergmann	Nein
Herr Bischoff	Nein
Herr Prof. Dr. Böhmer	Ja
Herr Bommersbach	Ja
Herr Bönisch	Ja
Herr Borgwardt	Ja
Herr Born	-
Herr Dr. Brachmann	Nein
Frau Brakebusch	Ja
Herr Brumme	-
Frau Budde	Nein
Frau Bull	Nein
Herr Bullerjahn	Nein
Herr Czeke	Nein
Herr Daldrup	Ja

Frau Dirlich	Nein
Herr Doege	Ja
Herr Dr. Eckert	Nein
Herr Felke	Ja
Frau Feußner	Ja
Frau Fiedler	Nein
Herr Dr. Fikentscher	Nein
Frau Fischer	Nein
Herr Franke	-
Herr Gallert	-
Herr Gebhardt	Nein
Herr Geisthardt	Ja
Frau Gorr	Ja
Herr Graner	Nein
Frau Grimm-Benne	Nein
Herr Grünert	Nein
Herr Gürth	Ja
Herr Güssau	Ja
Frau Hampel	Nein
Herr Harms	Ja
Herr Hartung	Ja
Herr Hauser	Ja
Herr Heft	-
Herr Henke	Nein
Herr Höhn	-
Frau Hunger	Nein
Frau Dr. Hüskens	Ja
Herr Jantos	Ja
Frau Dr. Klein	Nein
Herr Kley	Ja
Frau Knöfler	-
Herr Dr. Köck	Nein
Herr Kolze	Ja
Herr Kosmehl	Ja
Herr Krause	Nein
Frau Dr. Kuppe	Nein
Herr Kurze	-
Herr Lange	Nein
Herr Lienau	Ja
Herr Lüderitz	Nein
Herr Madl	Ja
Herr Mewes	Nein
Herr Miesterfeldt	-
Frau Mittendorf	Nein
Frau Dr. Paschke	Nein
Frau Penndorf	Nein
Herr Poser	-
Herr Dr. Püchel	Ja
Herr Radke	Ja
Herr Reichert	Ja
Frau Reinecke	Nein
Frau Rente	Nein
Frau Rogée	Nein
Herr Rosmeisl	Ja

Herr Rothe	Nein
Herr Rotter	Ja
Frau Rotzsch	Ja
Herr Scharf	Ja
Herr Dr. Schellenberger	Ja
Herr Scheurell	Ja
Frau Schindler	Nein
Frau Schmidt	Nein
Herr Dr. Schrader	Ja
Herr Schulz	Ja
Herr Schwenke	Ja
Frau Dr. Späthe	Nein
Herr Stahlknecht	Ja
Herr Steinecke	Ja
Herr Sturm	Ja
Frau Take	Ja
Herr Dr. Thiel	Nein
Herr Thomas	Ja
Frau Tiedge	Nein
Herr Tögel	Nein
Herr Tullner	-
Herr Weigelt	Ja
Frau Weiß	Ja
Frau Wernicke	Ja
Herr Wolpert	Ja
Herr Zimmer	Ja

Präsident Herr Steinecke:

Meine Damen und Herren! Hat jemand noch nicht abgestimmt? - Die Abgeordneten Herr Born und Herr Franke.

Schriftführer Herr Kosmehl:

Herr Born?

(Herr Born, SPD: Nein!)

Herr Franke?

(Herr Franke, FDP: Ja!)

Präsident Herr Steinecke:

Meine Damen und Herren! Ich frage zum letzten Mal: Ist noch jemand im Saal, der nicht abgestimmt hat? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und unterbreche die Sitzung für die Auszählung. Warten Sie bitte das Ergebnis im Saal ab.

Unterbrechung: 13.04 Uhr.

Wiederbeginn: 13.06 Uhr.

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen das Ergebnis bekannt geben. Mit Ja haben 46 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 42. Es gab keine Stimmenthaltung. Neun Abgeordnete waren nicht anwesend.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Damit ist der Antrag angenommen und wir können den Tagesordnungspunkt verlassen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 31** auf:

Zweite Beratung

Gesetzliche Regelung zur anonymen Geburt

Antrag der Fraktion der FDP - **Drs. 5/21**

Legalisierung der anonymen Geburt in Deutschland

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS - **Drs. 5/34**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Recht und Verfassung - **Drs. 5/3109**

Die erste Beratung fand in der 3. Sitzung des Landtages am 9. Juni 2006 statt. Berichterstatterin ist die Abgeordnete Frau von Angern. Es ist vereinbart worden, keine Debatte hierzu zu führen. Sie haben das Wort, Frau von Angern.

Frau von Angern, Berichterstatterin des Ausschusses für Recht und Verfassung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Die Anträge der Fraktionen der FDP und der Linkspartei.PDS sind in der 3. Sitzung des Landtages am 9. Juni 2006 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Recht und Verfassung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Soziales überwiesen worden.

Seitens der Fraktion der FDP wurde beantragt, der Landtag wolle per Beschluss die Landesregierung auffordern, einen Gesetzentwurf zur Regelung der anonymen Geburt in den Bundesrat einzubringen oder gegebenenfalls zu unterstützen. Der Gesetzentwurf solle dabei die Fassung der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses des Bundesrates, BR-Drs. 682/04, zum bereits im Juni 2002 in den Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf des Landes Baden-Württemberg zur Regelung der anonymen Geburt, BR-Drs. 506/02, der aufgrund der Neuwahl zum 16. Deutschen Bundestag der Diskontinuität anheimfiel, aufnehmen.

Ferner solle die Landesregierung aufgefordert werden, eine entsprechende Informationskampagne zu entwickeln, um die Bürger, insbesondere Frauen in Notlagen, über die zur Verfügung stehenden Hilfsangebote bis hin zu Möglichkeiten der geheimen Geburt aufzuklären.

Die Fraktion der Linkspartei.PDS beantragte gleichermaßen, dass der Landtag beschließen wolle, die Landesregierung aufzufordern, sich im Bundesrat für einen die anonyme Geburt legalisierenden Gesetzentwurf einzusetzen, der unter anderem sicherstellen solle, dass die Mutter ohne Beratungspflicht ihr Kind anonym, ohne die Angabe ihrer Personalien, zur Welt bringen kann. Zudem solle der Mutter die Möglichkeit eingeräumt werden, innerhalb von zwei Monaten nach der Geburt den Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe zu kontaktieren und damit die Anonymität straflos aufzugeben. Der Träger solle einen Vormund benennen und die Adoption einleiten.

Darüber hinaus solle sichergestellt werden, dass eine gegebenenfalls erforderliche psychologische oder sozialpädagogische Nachbetreuung angeboten wird. Die Kosten der anonymen Geburt sollen von der Landeskasse getragen werden.

Zugleich solle die Landesregierung aufgefordert werden, über den aktuellen Sachstand der Bundesratsinitiative

als auch über ihr eigenes Wirken in den Ausschüssen für Recht und Verfassung und für Soziales zu berichten.

In der 3. Sitzung am 5. Juli 2006 befasste sich der Ausschuss für Recht und Verfassung erstmals mit den vorgenannten Anträgen und kam überein, diesbezüglich eine Anhörung durchzuführen. Diese fand in der 8. Sitzung am 15. November 2006 unter Beteiligung des mitberatenden Ausschusses für Soziales sowie von Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, der Kirchen, der Krankenkassen, diverser Kliniken und Universitäten sowie weiterer Verbänden statt.

In der Folge ließ sich der Ausschuss mehrfach durch die Landesregierung zum jeweils aktuellen Sachstand, insbesondere zu den Verfahren auf der Bundesebene, Bericht erstatten.

Angesichts einer vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegebenen Studie vereinbarte der Ausschuss in der 46. Sitzung am 9. Dezember 2009, zunächst deren Ergebnisse abzuwarten und sich dann erneut damit zu befassen. Einer Mitteilung der Landesregierung zufolge seien erste Ergebnisse frühestens Mitte 2010 zu erwarten und ein Abschluss der Datenauswertung erst Mitte 2011 möglich.

Eine weitere, für die 54. Sitzung am 1. September 2010 vorgesehene Behandlung der Thematik wurde vertagt, da sich der Ausschuss zunächst im Rahmen einer Delegationsreise in die Tschechische Republik vom 19. bis 21. September 2010 über die dortigen Erfahrungen mit der anonymen Geburt informieren wollte.

Daraufhin befasste sich der Ausschuss in der 59. Sitzung am 8. Dezember 2010 erneut mit der Thematik und verständigte sich darauf, in der nachfolgenden Sitzung eine vorläufige Beschlussempfehlung an den mitberatenden Ausschuss für Soziales zu erarbeiten, die dann in der 60. Sitzung am 12. Januar 2011 einstimmig verabschiedet wurde.

Der Ausschuss für Soziales befasste sich in der 62. Sitzung am 19. Januar 2011 mit der Thematik und der vorläufigen Beschlussempfehlung des Ausschusses für Recht und Verfassung und schloss sich dieser mit 10 : 1 : 0 Stimmen an.

Sehr verehrte Damen und Herren, der Ausschuss für Recht und Verfassung hat sich in der 61. Sitzung am 2. Februar 2011 mit den vorstehend bezeichneten Anträgen befasst und einstimmig die Ihnen in der Drs. 5/3109 vorliegende Beschlussempfehlung verabschiedet.

Im Namen des Ausschusses für Recht und Verfassung bitte ich um Ihre Zustimmung zu dieser Beschlussempfehlung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN, bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank für die Berichterstattung, Frau von Angern. - Es ist vereinbart worden, keine Debatte zu führen. Meine Damen und Herren! Wir kommen damit zum Abstimmungsverfahren. Wer der Beschlussempfehlung in der Drs. 5/3109 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ich sehe Zustimmung bei allen Fraktionen. Wer lehnt sie ab? - Niemand. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist der Beschlussempfehlung zugestimmt worden. Wir kommen zum letzten Tagesordnungspunkt.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 30** auf:

Beratung

Behandlung im vereinfachten Verfahren gemäß § 38 Abs. 3 GO.LT (Konsensliste) - Drs. 5/3096

Modellprojekte für Schülergerichte

Antrag der Fraktion der FDP - **Drs. 5/40**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Recht und Verfassung - **Drs. 5/3018**

Öffnung der Ehe für Personen gleichen Geschlechts

Antrag der Fraktion DIE LINKE - **Drs. 5/2791**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Recht und Verfassung - **Drs. 5/3019**

Konzept zur Neuausrichtung von Aussteigerprogrammen

Antrag der Fraktion der FDP - **Drs. 5/2808**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres - **Drs. 5/3050**

Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Abstimmung über die Konsensliste in der Drs. 5/3096. Wer der Konsensliste zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Zustimmung bei allen Fraktionen. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Sehe ich ebenfalls nicht. Damit ist die Konsensliste so beschlossen worden.

Meine Damen und Herren! Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt. Es bestand der Wunsch einiger Abgeordneter - das wurde auch im Ältestenrat so bekannt gegeben -, persönliche Worte an das Plenum zu richten. Wir behandeln diese als **Erklärungen außerhalb der Tagesordnung gemäß § 68 der Geschäftsordnung**. Als erstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Herrn Professor Dr. Böhmer das Wort.

Herr Prof. Dr. Böhmer (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich gehöre zu denen, die heute das letzte Mal an einer Landtagssitzung teilgenommen haben. Ich habe auch nicht vor, mich wieder in den Landtag zu drängeln. Ich war von Anfang an dabei. Ich kann mich noch an die erste Sitzung in Dessau erinnern. Ich habe hier manche spannende Diskussionsrunde mitgemacht.

Zweimal - in der vierten und in der fünften Legislaturperiode - haben Sie mir das Vertrauen ausgesprochen und mich mit der Aufgabe der Wahrnehmung der Funktion eines Ministerpräsidenten betraut. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich. Ich hoffe, Sie nicht allzu sehr enttäuscht zu haben.

Wir haben einiges zusammen geschafft. Ich denke, wir können durchaus - ohne uns theatralisch auf die Schulter zu klopfen - sagen: Wir haben das Land ein bisschen weiterentwickelt und vorwärtsgebracht.

(Beifall im ganzen Hause)

Wenn Sie durch das Land fahren und mit den Menschen sprechen, dann hören Sie - auch außerhalb von Sachsen-Anhalt habe ich das schon gehört -, dass wir in den

letzten Jahren einen anderen Eindruck gemacht hätten, als das früher der Fall war. Ich möchte das jetzt nicht alles aufzählen. Das könnte tendenziös ausgelegt werden. Das ist aber nicht meine Absicht.

Wir haben gemeinsam daran gearbeitet. Auch dann, wenn wir nicht einer Meinung waren, bin ich immer davon ausgegangen, dass jeder für dieses Land das Beste wollte, auch wenn wir einander gelegentlich nicht von den Gedanken des jeweils anderen überzeugen konnten.

Es war nie mein Stil - ich hoffe, dass Sie mir nicht das Gegenteil nachweisen können -, eine Meinung, die ich nicht geteilt habe, dadurch zu übertönen, dass ich sie diffamiert hätte. Ich habe hingegen immer versucht, andere Meinungen zu widerlegen und für den eigenen Standpunkt zu werben. Aber ich habe nie versucht, einen anderen Standpunkt zu diffamieren oder zu skandalisieren, wie das neuerdings in der Politik Mode geworden ist. Ich fände es gut und für das Ansehen der Abgeordneten und der Politiker zuträglich, wenn sich dieser Stil durchsetzen würde.

(Beifall im ganzen Hause)

Sie werden in der nächsten Zeit hier in Sachsen-Anhalt Wahlkampf machen müssen. Das gilt aber nicht nur für Sie, sondern für uns alle. Dazu gehört es, dass jeder seine Sicht der Dinge darstellt und für seine Ansichten wirbt. Das sollte aber meiner Ansicht nach so geschehen, dass er den anderen, den politischen Gegner, wie es so schön heißt, dabei nicht verletzt, sondern versucht, ihn zu widerlegen.

(Beifall im ganzen Hause)

Zumindest den Medien, die davon leben und glauben, sich dadurch bekannt zu machen, dass sie möglichst eine parlamentarische Diskussion wie einen Boxwettkampf kommentieren, mag mein Vorschlag nicht unmittelbar gefallen. Die sprechen in solchen Fällen von „Kuschelwahlkampf“ und ähnlichen Dingen. Ich glaube, niemand hat vor, mehr zu kuscheln als nötig. Ich sage aber auch: Gelegentlich tut auch das der Seele gut.

(Heiterkeit und Zustimmung im ganzen Hause)

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, möchte ich mich bei Ihnen allen bedanken - auch bei der Opposition. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass Sie in dieser Legislaturperiode einmal meinen Rücktritt gefordert hätten. Insofern haben Sie mir die Arbeit leicht gemacht.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen - Zuruf von der FDP: Sollen wir das noch tun?)

Aber auch die eigene Fraktion hat mir die Arbeit leicht gemacht; denn dort ist mein Rücktritt gefordert worden - das hat aber keine Mehrheit gefunden.

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Hause)

Insofern bleibt mir nur übrig, Ihnen persönlich alles Gute zu wünschen. Denen, die in der nächsten Legislaturperiode wieder für das Land Sachsen-Anhalt Verantwortung übernehmen, wünsche ich spannende Diskussionen, aber möglichst richtige und für unser gemeinsames Land Sachsen-Anhalt zukunftsweisende Entscheidungen. In diesem Sinne: Ihnen, aber auch uns in Sachsen-Anhalt alles Gute. - Vielen Dank.

(Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen - Starker, lang anhaltender Beifall im ganzen Hause)

Präsident Herr Steinecke:

Herr Ministerpräsident, ich danke Ihnen. Sie haben sicherlich am Beifall des ganzen Hauses gemerkt, dass auch wir Ihnen danken. Wir wünschen Ihnen persönlich alles Gute, vor allem Gesundheit. Es war angenehm, mit Ihnen zu arbeiten.

Nunmehr hat Herr Dr. Fikentscher, der ebenfalls nicht mehr kandidiert, um das Wort gebeten. Herr Dr. Fikentscher, Sie haben das Wort.

Herr Dr. Fikentscher (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Blick richtet sich nicht zurück, sondern nach vorn, und zwar insbesondere auf die weitere Entwicklung und Festigung der Demokratie in unserem Lande. Weil ich aber im Unterschied zu den meisten von Ihnen dem nächsten Landtag nicht mehr angehören werde, gebe ich Ihnen fünf Wünsche mit auf den Weg, die mir noch unerfüllt erscheinen - verbunden mit der Hoffnung, dass Sie sich künftig weiter dafür einsetzen. Sie betreffen alle das Ansehen und die Bedeutung des Landtages.

Erstens hoffe ich, dass allmählich nicht nur in diesem Hause, sondern im ganzen Lande klar ist: Hier und nicht irgendwo sonst konzentriert sich der für die Demokratie so entscheidende Meinungsbildungsprozess, an dessen Ende Entscheidungen für das ganze Land getroffen werden.

Den Bürgerinnen und Bürgern sollte deswegen immer wieder erklärt werden, wie sich dieser Vorgang abspielt. Denn im Landtag gibt es nicht nur das Plenum und die öffentlichen Debatten, hier gibt es auch die Sitzungen der Ausschüsse, der Unterausschüsse, der Fraktionen sowie der Arbeitskreise und der Arbeitsgruppen. Darüber hinaus gibt es die Diskussionen innerhalb und außerhalb von Fraktionen sowie zwischen einzelnen Abgeordneten. Es gibt Anhörungen und Gespräche mit Betroffenen. Es werden Meinungen eingeholt und Argumente ausgetauscht sowie Kompromisse ausgelotet und geschlossen. Erst nach diesem mühsamen Prozess wird entschieden.

Sie alle, meine Damen und Herren, wissen das. Wenn es aber den Menschen im ganzen Land nicht immer wieder klargemacht wird, dann brauchen wir uns über die häufige Geringschätzung des Landtages nicht zu wundern. Falls sich Schulen - dort müssen wir beginnen - nicht für diese Wissensvermittlung öffnen, dann sollten die Abgeordneten dafür sorgen.

(Beifall im ganzen Hause)

Zweitens wünsche ich mir, dass der immer wiederkehrende Vorwurf, wir Abgeordneten wüssten nicht über die Verhältnisse im Lande und über die Lage der Menschen Bescheid, mehr und mehr zurückgedrängt wird. Ich behaupte, dass es keine Gruppe gibt, die dieses Land in seiner Vielgestaltigkeit so gut kennt wie die Landtagsabgeordneten.

Sie kommen aus allen Regionen. Jeder spricht bei seiner Wahlkreisarbeit in seinem Bürgerbüro mit ganz vielen unterschiedlichen Menschen und ist vor Ort gut unterrichtet. Jeder hat ein persönliches Umfeld und eine Partei mit all ihren Gliederungen, Kontakten und Austauschmöglichkeiten. Jeder hat ein besonderes Arbeitsgebiet, das sich meistens über das gesamte Land erstreckt. Und durch die vielen kommunalen Mandate sowie Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden, Kirchen,

Gewerkschaften, Freundeskreisen, Gesprächsrunden, Sprechstunden usw. sind die Abgeordneten tausendfach im Land verankert. Zudem stehen sie über Fraktionsgrenzen hinweg in einem ständigen Austausch untereinander. Das, meine Damen und Herren, kann keine andere Personengruppe im Lande von sich sagen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Drittens wünsche ich mir einen Landtag mit Abgeordneten, von denen sich jeder Einzelne für das gesamte Land interessiert und einsetzt. Es gehört zu den fatalen Missverständnissen der Demokratie, dass sich einzelne Abgeordnete fast ausschließlich ihrem Wahlkreis oder einer bestimmten Interessengruppe verpflichtet fühlen.

(Beifall im ganzen Hause)

Deren Anliegen sind in den Händen der kommunalen Volksvertreter sowie der Vertreter anderer Organisationen oder Initiativen gut aufgehoben. Landtagsabgeordnete sind dafür gewählt, die Interessen des Landes in ihrer Gesamtheit zu vertreten, gelegentlich auch gegen manche lokalen oder auf Gruppen beschränkte Wünsche und Forderungen.

(Beifall bei der SPD)

Viertens hoffe ich, dass der Landtag nicht mehr Kompetenzen aus der Hand gibt, als es durch Europa- und Bundespolitik unvermeidbar ist;

(Beifall im ganzen Hause)

denn der auch durch unser eigenes Handeln beförderte Prozess, als dessen Ergebnis mehr und mehr Entscheidungsbefugnisse in andere Hände gegeben worden sind, ist besorgniserregend.

(Zustimmung von Herrn Czeke, DIE LINKE)

Er führt zwar weniger - wie gelegentlich gesagt wird - zu einer Entpolitisierung; denn politisch ist alles, was öffentliche Angelegenheiten betrifft, wohl aber zu einer Entparlamentarisierung. Ohne Parlamentshoheit hat dann auch das Volk nicht einmal mehr den indirekten Zugriff auf die vielen Entscheidungen, durch die es sich besonders betroffen fühlt und an denen es zumindest gelegentlich und in Teilbereichen mitwirken möchte und wohl auch könnte. So entsteht Entfremdung, Distanz zur Politik und Verdross, ausgedrückt in dem Satz: Wir können nichts tun, die da im Landtag offenbar auch nicht - warum also wählen gehen?

Schließlich wünsche ich mir, dass jedem Mitglied des Landtages und damit dem Landtag insgesamt seine grundsätzliche Bedeutung immer wieder gegenwärtig ist. Der Landtag ist das unverzichtbare Bindeglied zwischen dem Volk auf der einen Seite und der Regierung bzw. Verwaltung auf der anderen. Diese würde sich ohne Kontrolle trotz bester Absichten schrittweise verselbständigen.

Um seine Position voll auszufüllen, muss der Landtag nicht nur selbstbewusst, sondern auch kompetent sein. Falls es an Letzterem fehlt, sollte dieser Mangel durch zusätzliche Leistungen oder auch Personal ausgeglichen werden, selbst wenn das Geld kostet. Wendet er dann seine Rechte voll an und schöpft seine Möglichkeiten voll aus, so hätten wir einen Landtag, der nicht immer wieder unterschätzt oder gar missachtet wird.

Meine Damen und Herren! Sie hören, ich wünsche mir das Einfache, das schwer zu machen ist. Aber das könnten dauerhaft anzustrebende Ziele bleiben; denn es ist

unverzichtbar, an unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung, der wir so viel verdanken, unablässig weiterzuarbeiten. In dieser Grundordnung gilt der Satz: Das Herzstück der Demokratie ist das Parlament. - Ich danke Ihnen.

(Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen
- Starker, lang anhaltender Beifall im ganzen Hause)

Präsident Herr Steinecke:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir als Präsident das letzte Wort - so viel Zeit muss sein. Meine Damen und Herren! Als Sie mich am 24. Juni 2006 zum Präsidenten des Landtages gewählt haben, sprach mir der damalige Alterspräsident Herr Dr. Fikentscher nicht nur Glückwünsche aus, sondern er verband damit auch den Wunsch und die Aufforderung - ich darf ihn zitieren -:

„Mögen Sie ein gerechter und auch fürsorglicher Präsident sein, der mit glücklicher Hand die Geschicke dieses Hauses leitet und sein Amt gerecht und zum Wohle des Landes Sachsen-Anhalt wahrnimmt.“

Ob das gelungen ist, meine Damen und Herren, können nur Sie beurteilen. Ich kann Ihnen nur versichern, dass das Bemühen auf jeden Fall vorhanden war.

Sie haben - das möchte ich hier ausdrücklich betonen - meinen Kollegen, dem Präsidium und den Schriftführern, stets Unterstützung gewährt und uns die Sitzungsleitung nie schwer gemacht. Ich darf Ihnen für die Fairness und für Ihre engagierte Arbeit auch im Namen der Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke und des Vizepräsidenten Herrn Dr. Fikentscher herzlich Dank sagen.

Ich danke aber auch den Damen und Herren der Landtagsverwaltung. Sie haben dafür gesorgt, dass stets ein reibungsloser und effizienter Ablauf des Parlamentsbetriebs gewährleistet war. Auch dafür meinen Dank, auch im Namen des Hohen Hauses.

(Beifall im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren! Wir Mitglieder des Landtages der fünften Wahlperiode werden so bis zum 20. März 2011 sicherlich nicht noch einmal zusammenkommen. In Momenten wie diesen spürt man, was es heißt, ein politisches Mandat auf Zeit zu haben. Man kann sagen, eine arbeitsreiche und politisch spannende Wahlperiode liegt hinter uns. Natürlich werden alle das Recht für sich in Anspruch nehmen, ihre eigene Bilanz zu ziehen. Ich meine, die Bilanz unserer Arbeit kann sich durchaus sehen lassen.

Meine Damen und Herren! Unsere Aufgaben in den vergangenen fünf Jahren bestimmte natürlich die Landesverfassung. Dieses Haus ist den Aufgaben nicht zuletzt im Zusammenspiel von Landtagsmehrheit und Regierung auf der einen und der parlamentarische Opposition auf der anderen Seite in bemerkenswert stabiler Weise gerecht geworden. Unser Parlament ist professionell. Diese Professionalität konnten wir auch beweisen. Wir brauchen uns in der Bundesrepublik Deutschland nicht zu verstecken.

Meine Damen und Herren! Für die Freunde der Statistik wird unsere Landtagsverwaltung wie immer einen Bericht über die Wahlperiode erstellen. Das wird für den einen oder anderen womöglich ein Leckerbissen sein.

Zahlen sagen nicht alles, aber doch eine ganze Menge. Wir sind hier im Plenum zu 89 ganztägigen Sitzungen zusammengekommen. Nach dem heutigen Stand gab es in dieser Wahlperiode insgesamt 992 Ausschusssitzungen, wobei allein der Finanzausschuss mit 108 Sitzungen die Hundertermarke überschritten hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Drucksachen haben die 3 000er-Marke überschritten. Es wurden 1 275 Kleine Anfragen gestellt und Antworten von der Regierung gegeben.

Es wurden drei Untersuchungsausschüsse eingesetzt, die in unserem Auftrag als Kontrolleure tätig wurden.

Wir haben - das haben wir heute behandelt - eine Enquetekommission gebildet, die die Regierung bei der Personalentwicklung unterstützt.

Schließlich haben wir mit dem Bildungskonvent in einer zentralen Frage der Landespolitik eine neue Form des Miteinanders von Landespolitik und Gesellschaft praktiziert. Dennoch bleibt neben der Möglichkeit, dass das Volk selbst initiativ wird, dieser Landtag, dieser Plenarsaal der zentrale Ort der Landespolitik.

Meine Damen und Herren! Es ist aber auch festzustellen, dass sich das Parlament für alle die Menschen bewegenden politischen Problemlagen offen gezeigt hat; das will ich an dieser Stelle ausdrücklich betonen. Es hat sich am Ende des Verfahrens auch stets als entscheidungsfähig erwiesen. Das gilt für zentrale Reformvorhaben der Koalition, wie etwa die Gemeindegebietsreform, den Landesentwicklungsplan oder die komplizierten Fragen und Beschlüsse zum Haushalt. Meine Damen und Herren, dafür herzlichen Dank.

Dass wir in einem Zeitzugeprojekt damit begonnen haben, die Ereignisse der ersten Wahlperiode aufzuzeichnen, fand ich besonders wichtig; denn die Jahre gehen unweigerlich ins Land und mit ihnen auch die Erinnerung daran. Ich denke, dass wir auch den 20. Geburtstag des Parlaments am 28. Oktober 2010 im Kloster Unser Lieben Frauen würdevoll begehen konnten. Dass uns der Bundespräsident dabei seinen Respekt zollte, sollte uns natürlich noch zusätzlich anspornen.

Auch an den beeindruckenden Auftritt von Gabriel Bach und Romani Rose am Holocaust-Gedenktag hier im Plenarsaal denke ich - Sie sicherlich auch - gern zurück.

Bemerkenswert fand ich auch unsere Veranstaltungen zu „Jugend debattiert“ und unser Jugendparlament. Hierbei konnten sich junge Menschen in Demokratie üben. Auch dafür meinen herzlichen Dank.

Meine Damen und Herren! Aufhören, loslassen und gehen zu können, wenn es für einen selbst der richtige Zeitpunkt ist, das nötigt mir Respekt und auch Hochachtung ab.

Herr Ministerpräsident Professor Dr. Böhmer, Frau Dr. Kuppe, Frau Wernicke, Herr Dr. Fikentscher und Herr Dr. Püchel, Sie haben den Zeitpunkt selbst bestimmen können. Diese Frauen und Männer gehören seit dem 28. Oktober 1990 unterunterbrochen dem Landtag von Sachsen-Anhalt an. Sie sind sozusagen die Frauen und Männer der ersten Stunde. Ich will Herrn Minister Daehre, der schon gegangen ist, mit einbeziehen, auch wenn er seit dieser Zeit mit Unterbrechungen Abgeordneter war. Diese Abgeordneten werden nicht wieder für den Landtag von Sachsen-Anhalt kandidieren.

Ihnen gelten unser besonderer Dank, unsere Anerkennung und unser Respekt.

Meine Damen und Herren! Es werden aber auch bisher vertraute Gesichter der fünften Wahlperiode fehlen. Stellvertretend nenne ich die Kolleginnen Frau Fiedler und Frau Schmidt sowie die Kollegen Brumme, Reichert, Dr. Eckert und Madl. Auch sie und andere werden nicht für die sechste Wahlperiode kandidieren. Sie alle haben sich auf ihre Art und Weise verdient gemacht um das Wohl unseres Landes Sachsen-Anhalt. Dafür gebühren ihnen ebenfalls Dank und Anerkennung.

(Beifall im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren! Ich danke aber auch allen anderen Kolleginnen und Kollegen für die engagierte Arbeit in der fünften Wahlperiode. Viele stellen sich erneut zur Wahl. Vor Ihnen liegt nun ein kurzer, aber intensiver Wahlkampf. Dazu wünsche ich Ihnen einen überzeugenden Auftritt sowie einen fairen Wettstreit im Ringen um die besten Lösungen.

Letztlich werden die Bürgerinnen und Bürger am 20. März 2011 über die Zusammensetzung des neuen Landtages entscheiden, und das ist auch gut so. Der Souverän, das Volk, hat in einer freiheitlichen Demokratie nun einmal immer das letzte Wort. Ich rufe deshalb alle wahlberechtigten Frauen und Männer unseres Landes nochmals auf, am 20. März 2011 von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Von ihrer Entscheidung hängt es ab, wie sich der neue Landtag zusammensetzt.

Meine Damen und Herren! Mit der friedlichen Revolution im Herbst 1989 haben die Menschen in der DDR den Weg erkämpft für die Einheit unseres Vaterlandes in Frieden und Freiheit sowie das Recht, frei wählen zu

können. Nun haben wir aber auch die Freiheit, uns für Demokratie, für Toleranz und für eine solidarische Gesellschaft immer neu zu entscheiden und uns dafür einzusetzen.

Mein Dank gilt nochmals meiner Kollegin Frau Dr. Paschke und meinem Kollegen Herrn Dr. Fikentscher sowie den Schriftführerinnen und Schriftführern für die angenehme und kooperative Zusammenarbeit. Ich danke an dieser Stelle aber auch den Fraktionsvorsitzenden und den Parlamentarischen Geschäftsführern für die stets faire, lösungsorientierte und sachbezogene Zusammenarbeit.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich danke aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Verwaltung, unseren Saaldienern und unseren Technikern, allen, die es ermöglicht haben, dass wir problemlos tagen konnten.

Meine Damen und Herren! Zum Schluss danke ich auch - das will ich ausdrücklich betonen - unseren Familien und unseren Partnern. Sie waren es, die uns den Rücken freigehalten haben und es uns erst ermöglicht haben, diese solide Arbeit zu leisten. Ich glaube, auch das hat einen Beifall verdient.

(Beifall im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren! Ich wünsche uns eine friedliche Zeit, Ihnen allen persönlich Gesundheit und Wohlergehen. Gott schütze unser Bundesland Sachsen-Anhalt!

Ich schließe die 46. Sitzungsperiode und darf Sie zu einem kleinen Empfang einladen.

Schluss der Sitzung: 13.36 Uhr.